



IRAN'S PRESIDENTIAL
IRANS ELECTIONS
PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN
۱۴۰۰ ————— 2021

INHALT

1

DER FES-BLOG ZU IRANS PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2021

2

EINLEITUNG

4

WAS IRANS NEUER PRÄSIDENT FÜR EUROPA BEDEUTET

Cornelius Adebahr

7

RAISSIS „ROADMAP“ FÜR DIE WIRTSCHAFT: MEHR ALS EINE FATA MORGANA?

Amir Alizadeh

10

KONVERGENZ UND KONTINUITÄT – IRANS REGIONALPOLITIK UNTER PRÄSIDENT RAISSI

Hamidreza Azizi

13

WERDEN DIE ATOMGESPRÄCHE IN WIEN UND DAS SCHICKSAL DES JCPOA DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN IRAN BEEINFLUSSEN?

Aniseh Bassiri-Tabrizi

16

WIRTSCHAFTSKRISE UND WAHLBETEILIGUNG IN IRAN

Esfandiyar Batmanghelidj

19

KLARSICHTIGER PRAGMATISMUS: KATAR UND DAS KOMMEN UND GEHEN IRANISCHER WAHLEN

Cinzia Bianco

22

DAS ENDE DER ENTSPANNUNG: DIE TÜRKISCH-IRANISCHEN BEZIEHUNGEN NACH DEN IRANISCHEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Salim Çevik

25

AUF KONFRONTATIONSKURS: DIE WÄHLER*INNEN UND DIE HARDLINER DES IRANISCHEN REGIMES

Borzou Daragahi

29

STRATEGISCHE KONTINUITÄT – DAS PARADOX DES POLITISCHEN WANDELS IN IRAN

Michel Duclos

32

EINE KRITISCHE PHASE: EINE EMIRATISCHE PERSPEKTIVE AUF DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN IRAN

Ebtesam al-Ketbi

35

IRANS SOZIALE FRAGE – IM SCHATTEN VON POLITIK UND WAHLKAMPF

Ali Fathollah-Nejad & Arash Sarkohi

39

BEI DEN WAHLEN GEHT ES UM DIE WIRTSCHAFT, DOCH DIE GEWERKSCHAFTEN VERWEIGERN JEGLICHES ENGAGEMENT

Zep Kalb

42

WOHIN DES WEGES? DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN UND IRANS HANDELSSTRATEGIE

Bijan Khajepour

45

DIE EU UND IRAN NACH ROHANI: BEZIEHUNGEN AUF SPARFLAMME?

Eldar Mamedov

49

DIE GELENKTEN WAHLEN

Negar Mortazavi

52

UNTER DEN TALAREN: EIN FAVORIT MIT DUNKLER VERGANGENHEIT

Omid Rezaee



56

FORTSCHRITTE IM BLICK: WÄHREND IRAN AUF DIE WAHLEN ZUSTEUERT, VERSUCHEN DIE USA DIE ATOMVERHANDLUNGEN AUF KURS ZU HALTEN

Laura Rozen

60

KEINE ILLUSIONEN – UNSER VERHÄLTNIS MIT IRAN BLEIBT SCHWIERIG

Nils Schmid

63

IRANS ZIVILGESELLSCHAFT DISKUTIERT DEN KURS: KAUM HOFFNUNG AUF WANDEL DURCH WAHLEN

Tara Sepehri Far

66

MISSTRAUEN UND NEUER PRAGMATISMUS: SAUDI-ARABIEN UND DIE WAHLEN IN IRAN

Sebastian Sons

69

SPÄTES CRESCENDO MIT GROSSEM FINALE: WIE IN IRAN WAHLKAMPF GEMACHT WIRD

Adnan Tabatabai

72

ALLEN WIDRIGKEITEN ZUM TROTZ – IRANS FRAUEN DRÄNGEN AUCH WEITERHIN AUF VERÄNDERUNGEN

Sussan Tahmasebi

77

WÄHLEN ODER NICHT WÄHLEN: ZUR BEDEUTUNG VON PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN IRAN

Azadeh Zamirrad

80

ALLES BEIM ALTEN: DER ISRAELISCHE BLICK AUF DIE IRANISCHE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

Raz Zimmt

83

ÜBER DIE AUTOR*INNEN

EINLEITUNG

Im Juni 2021 war die iranische Bevölkerung aufgerufen, einen neuen Präsidenten zu wählen – in einer Wahl, die zu den umstrittensten in der Geschichte der Islamischen Republik zählte. An den Urnen sollte der Nachfolger von Hassan Rohani bestimmt werden, der nach acht Jahren im Amt nicht mehr antreten durfte. Doch auch darüber hinaus eröffneten die Wahlen ein neues Kapitel in der Geschichte des post-revolutionären Irans: Selbst nach den Maßstäben der Islamischen Republik stellte das Ausmaß, mit dem das Nezam, der nicht gewählte „tiefe Staat“, in den Wahlvorgang eingriff, ein Novum dar. Im In- und Ausland gab es Kritik an dem umfassenden Ausschluss von ernstzunehmenden Wettbewerbern, insbesondere aus dem Lager der Moderaten und Reformkräfte, für den letztlich Wahlsieger, Ebrahim Raisi.

Die Umstände und Implikationen der iranischen Wahlen 2021 verdienen eine eingehende Diskussion. Um zu dieser beizutragen, veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zwischen Mai und Juli 2021 einen Blog. Auf diesem teilten international renommierte Expert*innen ihre Einschätzungen zu verschiedenen im Zusammenhang mit der Wahl relevanten Aspekten, von der Innenpolitik über wirtschaftliche und soziale Fragen bis hin zur Außenpolitik.

Die Debatte über die Bewertung der Präsidentschaftswahlen 2021 geht weiter. Viele Fragen über ihre Auswirkungen auf die iranische Politik, auf die Politik anderer Staaten gegenüber Iran sowie auf das politische System der Islamischen Republik bleiben offen. Angesichts dessen möchten wir mit dieser Publikation die Beiträge des Blogs für Leser*innen mit einem Interesse an den Wahlen 2021 in Iran auch für die Zukunft zugänglich machen. Als zeitgenössische Texte geben sie Einschätzungen und Beobachtungen aus den Wochen rund um die Wahlen wieder. Wie hoffen, dass sie, in Retrospektive gelesen, auch künftig einen Beitrag zur weiterhin hoch relevanten Diskussion leisten.



DER FES-BLOG ZU IRANS PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2021

EINE VIELSCHICHTIGE DEBATTE MIT OFFENEM UND KRITISCHEM BLICK

Am 18. Juni können die Iraner*innen den neuen Präsidenten ihres Landes wählen. Zur Disposition steht dabei die Nachfolge von Hassan Rohani, der nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten darf. Dessen Präsidentschaft, die 2013 mit dem Versprechen eines Neuanfangs im Zeichen von „Besonnenheit und Hoffnung“ (tadbir va omid) begann, endet mit einer multidimensionalen Krise.

Im Innern scheiterten Rohanis Bemühungen um Reformen, etwa zur Stärkung von Bürgerrechten oder zur Einführung internationaler Normen in der Wirtschaft. Ebenso missglückte sein Vorhaben, Korruption und Nepotismus Einhalt zu gebieten. Außenpolitisch wurde die größte Errungenschaft seiner Präsidentschaft, der Abschluss der Wiener Nuklearvereinbarung 2015, durch den einseitigen Rückzug der Vereinigten Staaten in 2018 zunichtegemacht. In der Folge stürzten Washingtons Sanktionen die iranische Wirtschaft in ihre schwerste Rezession seit dem Krieg mit Irak in den 1980er-Jahren. Potenziert wurden die Probleme Irans schließlich durch die Corona-Pandemie, die das Land gegenwärtig mit einer vierten Infektionswelle heimsucht.

Vor diesem Hintergrund verschlechterte sich in den zurückliegenden Jahren die Situation im Land erheblich. Große ökonomische Not erfasste weite Teile der iranischen Bevölkerung, was einherging mit einer Schrumpfung der Mittelschicht und einem Hochschnellen der Armutsrate. In allen Landesteilen fanden in den vergangenen Jahren Proteste statt, in denen die Iraner*innen ihren Unmut über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Land zum Ausdruck brachten. Von staatlicher Seite wurden diese, selbst nach den Maßstäben der Islamischen Republik, mit enormer Härte niedergeschlagen. Zu beklagen sind hunderte Todesopfer, während in den Gefängnissen des Landes noch immer tausende politische Häftlinge sind, Tendenz weiter steigend.

Angesichts dieser Lage bleibt ungewiss, ob die Mehrzahl der Iraner*innen dem Aufruf zur Wahl folgen und in einem Monat an die Urnen treten werden. Politikverdrossenheit hat sich breitgemacht, was mittlerweile auch Meinungsumfragen von Medien vor Ort zeigen.

Derweil machen sich die Hardliner daran, ihre Macht im Land weiter auszubauen. Schon bei den Parlamentswahlen 2020 erzielten sie einen klaren Sieg, auch begünstigt durch den massenhaften Ausschluss von Kandidat*innen aus dem Lager der Moderaten und Reformen. Der Preis für diesen Sieg war allerdings eine historisch niedrige Wahlbeteiligung – der Islamischen Republik kommt das Volk abhanden.

Maßgeblich entschieden werden Wahlen in Iran ohnehin durch die Frage, wer überhaupt als Kandidat*in zugelassen wird. Dabei wird der politische Wettbewerb durch den sogenannten „Wächterrat“ massiv unterhöhlt. Dieses de facto vom Volk nicht legitimierte Gremium entscheidet nach politischen Kriterien, wer bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen antreten darf. Dass Wahlen in der Islamischen Republik weder frei noch fair sind, ist daher gleichermaßen offensichtlich wie bedeutsam.

Dennoch ist in Iran nicht nur der politische Wettbewerb größer und das Feld der politischen Akteure breiter als in den meisten übrigen Ländern der Region. Auch bei den Wahlen selbst ist keineswegs vorab klar, wer gewinnt. Weder den Wechsel 2005 von Mohammad Chatami zu Mahmud Ahmadinedschad noch den 2013 von Ahmadinedschad zu Rohani hatten Beobachter*innen im Vorfeld erwartet. Innerhalb der (engen) Grenzen des politischen syst-



tems der Islamischen Republik können Präsidenten schließlich durchaus auch eigene Akzente setzen. Rohani, Ahmadinedschad, Chatami und zuvor Ali Akbar Haschemi Rafsandschani taten dies allesamt, nach innen wie nach außen.

Angesichts dieser Gemengelage lohnt sich ein offener und kritischer Blick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Iran. Der FES-Blog möchte hierzu in den kommenden Wochen eine vielschichtige Debatte bieten und Schlaglichter auf jene Aspekte werfen, die für die Iraner*innen im Kontext der Wahlen wichtig sind. Aber auch Grundsätzliches, etwa die Frage nach der Bedeutung von Wahlen in einem autokratischen System, sowie die Perspektiven ausgewählter Regionalakteure sollen Beachtung finden. Mit der Diskussion dieser – tendenziell vom tagesaktuellen Geschehen losgelösten – Fragen versteht sich der Blog als Ergänzung der fortlaufenden Presseberichterstattung zu den Wahlen.

Der Blog erscheint parallel in deutscher und englischer Sprache und wird getragen von den Beiträgen renommierter internationaler Expert*innen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

WAS IRANS NEUER PRÄSIDENT FÜR EUROPA BEDEUTET

Acht Jahre lang dachte man in Europa, Teheran könne ein Partner sein. Diese Zeit endet nun, da ein Hardliner als Präsident nachrückt. Dies sollte die EU dazu motivieren, neben dem Atomdossier auch die regionalen Sicherheitsbedrohungen zu adressieren.

Natürlich entscheidet die europäische Politik nicht über die Wahlen in Drittländern, auch wenn es Präferenzen geben mag. Vor vier Jahren, als Ebrahim Raissi erfolglos gegen den amtierenden Präsidenten Hassan Rohani antrat, schienen beide echte Alternativen zu verkörpern: Ein moderater Amtsinhaber, der sich soeben verpflichtet hatte, das Atomprogramm seines Landes zu reduzieren, gegen einen wenig bekannten Vertreter des Klerus. Nun übernimmt Letzterer, ein Hardliner und zuletzt Oberster Richter, von seinem früheren Kontrahenten: Am vergangenen Freitag errang Raissi einen Erstrundensieg über eine sehr begrenzte Anzahl von Gegnern.

Eine völlig neue Politik dürfen die Iraner*innen – und mit ihnen die Regierungen Europas – dennoch nicht erwarten. Eher wird es weitergehen wie bisher. Denn die Regierung Rohani hatte sich bereits von dem pragmatischen Kurs entfernt, den der Präsident in seinem ersten Wahlkampf versprochen hatte und der zum Atomabkommen von 2015 führte. Es war die Aufkündigung des sogenannten Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) durch die USA, die die internationale Öffnung Irans 2018 stoppte. Heute kontrollieren die sogenannten Prinzipalisten*innen alle Hebel der Macht in der Islamischen Republik: gewählte Instanzen wie das Parlament und nun das Präsidialamt ebenso wie die nichtgewählten Instanzen, vom Obersten Führer über die Justiz bis hin zum Sicherheitsapparat.

Tatsächlich wurden die Regeln des politischen Systems so ausgelegt, dass der konservative Spitzenkandidat maximal profitieren konnte. Der Wächterrat säuberte das Feld der (wenigen) Kandidatinnen und Kandidaten, bis kein ernsthafter Konkurrent für Raissi mehr im Rennen war. Die Mitglieder dieses klerikalen Juristengremiums sind handverlesen: Sie wurden mehrheitlich entweder vom Obersten Führer, Ali Chamenei, oder vom Justizchef der letzten zwei Jahren, Raissi höchst selbst, nominiert.

An öffentlicher Unterstützung, die sich in Wahlen manifestiert, ist die Führung Irans offensichtlich nicht mehr interessiert. Bei der Parlamentswahl 2020, die den Madschles unter konservative Kontrolle gebracht wurde, lag die Wahlbeteiligung bei historisch niedrigen 42,5 Prozent. Nach dem offiziellen Ergebnis der jetzigen Auszählung liegt sie bei unter 49 Prozent. Millionen von Stimmzetteln wurden als sichtbares Symbol des Protests absichtlich ungültig gemacht.

Die konservative Wende, die sich in der Wahl Raissis andeutet, wird für Europa eine wesentlich härtere Zeit bringen – bei den laufenden Atomverhandlungen ebenso wie in der bilateralen Annäherung zwischen Iran und Europa oder im regionalen Kontext. Die Islamische Republik wird sich nicht länger den Anschein von Mäßigung geben, sondern konsequent den Kurs der Hardliner fahren.

MÖGLICHER ABSCHLUSS DER ATOMGESPRÄCHE NOCH VOR DER AMTSÜBERGABE

Die Gespräche zur Wiederbelebung des Atomabkommens wurden nach der Präsidentschaftswahl noch einen Tag fortgesetzt und dann für eine weitere, nunmehr siebte, „allerletzte Schlussrunde“ vertagt. Ursprünglich strebten



die Unterhändler*innen einen Kompromiss über die Rückkehr der USA und Irans zum JCPOA noch vor dem Wahltag an. Aktuell lautet ihr Ziel, dies vor der Amtseinführung der nächsten Regierung Anfang August zu tun, auch wenn auf iranischer Seite nach der Wahl wenig Änderung zu erwarten ist. Denn es war der Oberste Führer der Islamischen Republik, der die Rückkehr zum Atomabkommen genehmigte unter der Bedingung, dass die USA ihre Sanktionen aufheben.

Ein unmittelbarer Anliegen ist die Ermöglichung von Inspektionen der iranischen Atomanlagen durch die Internationalen Atomenergiebehörde. Ein entsprechendes Interimsabkommen lief bereits aus, was die Kontrollmöglichkeiten der Behörde vor Ort drastisch beschneidet. Da die iranische Führung aber offenbar auf die Aufhebung der Sanktionen setzt, dürfte es hierbei in erster Linie um den Aufbau von Druckpotenzial gehen.

Sollte es eine Verständigung über die Wiederbelebung des JCPOA vor Raissis Amtsantritt geben, wird er sich der daraus folgenden Vorteile rühmen können - und jedes verbleibende Defizit seinem Vorgänger anlasten. Die europäischen Regierungen wiederum sollten anfangen, sich den zahlreichen anderen Herausforderungen durch Iran zu widmen, nicht zuletzt den Folgen der Rückkehr des Hardliners ins Präsidentenamt für die iranische Gesellschaft.

DER MANN AN DER SPITZE HAT BLUT AN DEN HÄNDEN

Der 60-jährige Raissi ist ein Hodschatoleslam, ein Kleriker mittleren Ranges, dem das Justizsystem Irans bestens vertraut ist. Der Sohn einer klerikalen Familie aus der schiitischen heiligen Stadt Mashhad vertritt konservative Ansichten in sozialen Fragen, von der Kleiderordnung bis zur Internetnutzung und der Islamisierung der Universitäten. Raissi behauptet, ein direkter Nachkomme des Propheten zu sein – daher das "Sayed" in seinem Namen und der schwarze Turban auf seinem Kopf.

Der nächste Präsident ist in der Tat ein politischer Neuling. Nach der Revolution von 1979 machte er zunächst als stellvertretender Staatsanwalt von Teheran Karriere, stieg später zum Generalstaatsanwalt auf und wurde nach seiner gescheiterten Präsidentschaftskandidatur 2019 Oberster Richter. Zwischen 2016 und 2019 leitete Raissi die Stiftung Astan Quds Razavi, die den Imam-Ali-Schrein seiner Heimatstadt bewacht. Die Stiftung ist einer der größten und reichsten Mischkonzerne Irans, mit Beteiligungen in den Bereichen Bau, Landwirtschaft, Energie, Telekommunikation und Finanzdienstleistungen. Während die Stiftung seit Anfang 2021 mit US-Sanktionen belegt ist, macht Washington auch Raissi direkt für die Förderung der „heimischen und ausländischen Unterdrückung“ verantwortlich: Er leitete die Niederschlagung der Proteste vom November 2019, als Hunderte ihr Leben verloren; Tausende sitzen nach wie vor im Gefängnis.

Vor allem ist Raissi aber berüchtigt für die Rolle, die er als mutmaßliches Mitglied eines vierköpfigen Todesgremiums bei der Massentötung tausender politischer Gefangener 1988 spielte. Er selbst weist diese Anschuldigung zurück. So sehr dies bürgerlich gesinnte Iraner*innen abstößt, so sympathisch macht es Raissi im inneren Zirkel des Regimes, denn er hat ein persönliches Interesse daran, das System zu erhalten – und, nach Möglichkeit, zu festigen.

Mit Raissi an der Spitze der iranischen Regierung schwindet somit jede Hoffnung auf eine Reform von innen. Im Gegensatz zu Rohani, der für den Fall des Ablebens Chameneis ein Referendum zur Reform der Staatsführung forderte, scheint Raissi entschlossen, den Status quo aufrechtzuerhalten oder gar zu zementieren. Möglicherweise sieht er sich als nächsten Obersten Führer der Islamischen Republik.

Dies alles wird jede auf die iranische Innenpolitik abzielende europäische Initiative erschweren. Schon jetzt gibt es wenig Raum für das "konstruktive Engagement", auf das die EU mit dem Atomdeal hoffte. So lehnte die iranische Führung westliche Impfstoffe und Hilfslieferungen ab und behinderte damit die humanitäre Zusammenarbeit



während der Pandemie. Akademiker*innen mit internationalen Kontakten gelten als potenzielle Spione. Bemühungen, der geschundenen Umwelt des Landes zu helfen, werden so blockiert.

Schließlich ist in Schweden jüngst ein Gerichtsverfahren gegen einen mutmaßlichen Helfer der Morde von 1988 angelaufen. Sollte der neue iranische Präsident in dem Urteil prominente Erwähnung finden, würde dies den europäisch-iranischen Dialog mit Sicherheit behindern – ähnlich wie das „Mykonos-Urteil“ eines deutschen Gerichts 1997 nach der Ermordung vier iranischer Oppositionspolitiker auf deutschem Boden.

DAS GROSSE GANZE IN DEN BLICK NEHMEN: REGIONALE SICHERHEIT

Selbst wenn ein reaktiviertes JCPOA eine erneute Kontrolle über das iranische Atomprogramm und im begrenzten Umfang Handel mit sich bringt, wird es kein Sprungbrett für eine innere Öffnung sein. Doch es sollte, indem es die Gefahr einer iranischen Bombe vom Tisch nimmt, einen koordinierten Fokus auf regionale Sicherheitsfragen ermöglichen.

Der neue Präsident wird wahrscheinlich die iranischen Regionalpolitik fortsetzen, die darin besteht, den Einfluss des Landes durch Stellvertreter auszuweiten und gleichzeitig den diplomatischen Austausch mit besorgten Nachbarn anzuregen. Da Raissi wenig Hinweise auf seine eigenen Prioritäten gegeben hat, wird erwartet, dass er sich den mächtigen Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) beugt, die in Absprache mit dem Obersten Führer die regionalen Aktivitäten steuern. Diese umfassten in den vergangenen Jahren gewaltsame Angriffe auf arabische Tanker und Ölinstallationen ebenso wie Gespräche über die Sicherheit auf See und das Bemühen um regionale Deeskalation mit den Vereinigten Arabischen Emiraten bzw. Saudi-Arabien. Die neue iranische Führung wird also nachdrücklich ihre Sicherheitsinteressen vertreten, jedoch ohne isolationistische Tendenzen.

Für die EU ist das eine Gelegenheit, die eigene Herangehensweise zu überdenken und konkret den Fokus vom Nukleardossier auf das große Ganze in der Region zu setzen. Dort verschieben sich die politischen Grundlagen, seit Israel diplomatische Abkommen mit zwei Golfstaaten geschlossen hat. Einige von diesen sprechen bereits direkt mit Teheran, und Washington möchte sich von diesem konflikträchtigen Schauplatz zurückziehen. Es wird Zeit, dass Europa Vorschläge unterbreitet, wie kollektive Sicherheit am Persischen Golf organisiert werden kann.

RAISSIS „ROADMAP“ FÜR DIE WIRTSCHAFT: MEHR ALS EINE FATA MORGANA?

Wie realistisch sind die großen Versprechungen des neuen Präsidenten für die iranische Wirtschaft?

Es werde das „Tor zum grünen Garten“ versprochen. [So beschrieb das liberale Wirtschaftsmagazin Tejarat-e Farda](#) auf seiner Titelseite den diesjährigen Präsidentschaftswahlkampf in Iran. Die großen Ankündigungen der Kandidaten seien aus Sicht der Wochenzeitschrift nichts weiter als „leere Versprechungen“.

Man muss die persische Redewendung nicht kennen, um zu verstehen, worauf der Titel hinaus will. Ein Blick auf die düstere Illustration mit einer kleinen Tür, die halboffen inmitten einer trockenen Wüste den trügerischen Weg zu einer Oase öffnet, genügt um zu verstehen, was gemeint ist.

„Wie wurden Präsidentschaftswahlen zu einem Wettstreit mit trügerischen Versprechungen?“, fragt Tejarat-e Farda weiter und kritisiert, dass strukturelle Reformen in iranischen Wahlkämpfen keinen Platz hätten. Da es in Iran keine Parteien gibt und die Kandidierenden keine ausführlichen Wahlprogramme veröffentlichen, ist in der Tat unbekannt, welche wirtschaftlichen Ansichten sie haben und wofür genau sie antreten. Statt echter Programmatik standen in Wirtschaftsfragen (auch) bei diesen Wahlen Slogans und teils regelrecht populistische Versprechungen im Mittelpunkt.

Von zentraler Bedeutung ist dabei die Frage, inwieweit Präsidenten überhaupt Wirtschaftsreformen auf den Weg bringen können, da die Ursachen der wirtschaftlichen Probleme Irans eher politischer als administrativer Natur sind. Mit ihrer beschränkten Macht und Autorität können Präsidenten hier ohnehin nur begrenzt Einfluss nehmen. Dies war auch einer der Hauptgründe für die historisch niedrige Wahlbeteiligung bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen.

Auch der Wahlsieger, Ebrahim Raisi, hat während seines Wahlkampfs viele Versprechungen gemacht. Er legte dabei eine [„Roadmap für die Wirtschaft“](#) vor, die sieben Bereiche umfasst: die „Steigerung von Produktion und Exporten“, die „Senkung der Kosten für Familien“, die „Reform der Haushaltsstruktur“, die „Erhöhung der Einkommen“, die „Reform der Finanzbranche“, die „Reform des Steuersystems“ und schließlich die „Erhöhung von Transparenz“.

Doch die Erläuterungen zu diesen Zielen und die Maßnahmen zu ihrer Erreichung sind sehr allgemein und vage gehalten. Nichtsdestotrotz muss sich der neue Präsident an diesen Zielen messen lassen.

HAUSHALTSDEFIZIT

Der chronisch defizitäre Staatshaushalt ist die „Mutter aller Probleme“ der iranischen Wirtschaft. Gerade für dieses Problem sind die meisten Lösungen rein politischer Natur.

Raissi gibt an, die operative Budgetierung „genau umzusetzen“ – freilich ohne zu sagen, was genau er damit meint. Unabhängig davon bedarf es jedoch weitaus größerer Anstrengungen, um das strukturell bedingte Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen: Sanktionen müssen aufgehoben, außenpolitische Beziehungen normalisiert, die Ölexporte wiederhergestellt, Subventionen abgebaut, Steuerbefreiungen für halbstaatliche Stiftungen und Organisationen abgeschafft und Ausgaben gekürzt werden. Die Umsetzung all dieser Maßnahmen erfordert den vollen Rückhalt des gesamten politischen Establishments (den Raissi aktuell zu haben scheint – was jedoch nicht zu vorschnellen Schlüssen verleiten sollte, wie das Beispiel des in Ungnade gefallenen Ahmadinedschads zeigt).

Im laufenden persischen Jahr wird sich das Haushaltsdefizit [laut offizieller Statistiken](#) auf ca. 3.200 Billion IRR belaufen (rund 10,5 Milliarden EUR nach freiem Wechselkurs). Ungefähr 40 Prozent des gesamten Budgets. In den letzten zwanzig Jahren betragen die Deviseneinnahmen der iranischen Zentralbank im Durchschnitt jährlich 45 Milliarden USD. Doch in den letzten zwei Jahren, nach dem Wiederinkrafttreten der US-Sanktionen, schrumpfte dieser Betrag auf lediglich neun Milliarden USD pro Jahr. [Laut dem iranischen Ölminister](#) sind die Öleinnahmen des Landes in den letzten drei Jahren um insgesamt mehr als 100 Milliarden USD gesunken.

Falls die Sanktionen in den nächsten Monaten aufgehoben werden, wird die Zuführung der Öleinnahmen in die iranische Wirtschaft, für die neue iranische Regierung eine weitere Herausforderung sein. Denn der plötzliche Anstieg der Ressourcen um voraussichtlich etwa 50 Milliarden USD pro Jahr könnte, wenn sie nicht richtig verwaltet werden, nach zwei Jahren ein Schock für die iranische Wirtschaft sein.

DIE „LENKUNG“ VON GELDMENGEN

Das chronische Haushaltsdefizit bringt unmittelbar eine weitere Herausforderung von großer Tragweite mit sich: steigende Liquidität. Allein in den letzten zehn Jahren hat sich die Geldmenge in Iran mehr als verzehnfacht.

Trotzdem sind viele iranische Unternehmen nicht ausreichend finanziert. Sowohl die hohe Inflation als auch der Verfall der Währung bedeuten, dass die Iraner*innen eher in Anlagen wie Immobilien, Gold oder Devisen investieren, die den Kaufkraftverlust absichern. Raissi betont daher, wie viele andere Politiker*innen auch, dass diese wachsende Geldmenge „in die Produktion gelenkt“ werden müsse.

Wenn allerdings mit der „Lenkung von Geldmengen“ schlicht Vergabe von Krediten an das produzierende Gewerbe gemeint ist, wäre dies der falsche Ansatz. Viele Politiker*innen in Iran sind überzeugt, in der Industrie bestehe großer Investitionsbedarf, da Unternehmen keinen Zugang zu Kapital hätten. Es gibt jedoch Anzeichen, die das Gegenteil vermuten lassen. Die mangelnde Nachfrage nach produktiven Investitionen, nicht nach Geldressourcen, ist das eigentliche Problem.

Dies führt direkt zu einem weiteren Problem der iranischen Wirtschaft. Ein wichtiges Zeichen für die sinkende Nachfrage nach Investitionen ist die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen (der Wert der Anlagen, die von inländischen Wirtschaftseinheiten erworben werden, um sie länger als ein Jahr im Produktionsprozess einzusetzen). Die Wachstumsrate der Anlageinvestitionen ist seit Mitte der 2000er Jahre deutlich rückläufig. Ab 2011 war das Wachstum der Anlageinvestitionen in den meisten Jahren negativ und die reale Investitionsrate sank von Jahr zu Jahr.

In der Tat konnte in den letzten zehn Jahren in der iranischen Wirtschaft ein sehr seltenes Phänomen beobachtet werden. Der Abwärtstrend bei den Neuinvestitionen erreichte einen Punkt, an dem die jährlichen Neuinvestitionen geringer waren als die Abschreibung der bestehenden Vermögenswerte. Anders ausgedrückt: Die Abschreibung von Maschinen und anderen Anlagegütern war größer als die Summe der Investitionen in der Wirtschaft. Somit ging das Nettokapitalvermögen des Landes [in den letzten zwei Jahren zurück](#).



Bei seiner ersten Pressekonferenz sagte Raissi lediglich, dass Iran „einer der sichersten Orte“ sei und dass seine Regierung diese Sicherheit für alle Unternehmer*innen und Investor*innen garantieren werde. Die Steigerung der Investitionsnachfrage erfordert jedoch weitaus mehr. Die Lösung besteht nicht darin, die Geldmenge lediglich „in die Produktion zu steuern“. Vielmehr müssen weitere Schritte erfolgen, etwa die effektive Kontrolle von Inflation, die Beseitigung von Korruption, die Verbesserung des Geschäftsumfelds (des „Business Environments“), der Abbau der Bürokratie oder die Vereinheitlichung der Wechselkurse.

INFLATION

Eine weitere chronische Krankheit der iranischen Wirtschaft und gleichzeitig Folge von Haushaltsdefiziten und Erhöhung der Geldmenge, ist die extrem hohe Inflation. Laut dem Statistischen Zentrum des Iran (SCI) lag die Inflationsrate im Zwölfmonatszeitraum, der am 20. Mai endete, bei 43 Prozent. So hoch wie in den letzten 26 Jahren nicht mehr. Raissis Roadmap verspricht, dass die Inflationsrate in zwei Jahren auf weniger als die Hälfte der Inflation im letzten persischen Jahr 1399 sinken wird. Mit anderen Worten hat der neue iranische Präsident das Inflationsziel für das Jahr 2023 auf 18 Prozent festgelegt. Darüber hinaus will Raissi die Inflation in den Folgejahren „in Richtung eines einstelligen Bereichs“ bringen.

Bereits das Inflationsziel von 18 Prozent ist ehrgeizig, da die Eindämmung der Inflation, zum Beispiel mit einer restriktiven Geldpolitik, mit dem Plan kollidiert, die stagnierende Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen.

AUTOMOBILBRANCHE

Ein gutes Beispiel für die Diskrepanz zwischen den Versprechen der Kandidaten und der Wirklichkeit in der iranischen Wirtschaft, bietet die Automobilindustrie. Diese ist der zweitgrößte iranische Industriesektor und kommt für 13 Prozent aller Arbeitsplätze in der Industrie auf.

Raissi verspricht, das Monopol der drei großen iranischen Hersteller Iran Khodro, Saipa und Pars Khodro brechen zu wollen. Aber weder er noch die anderen Kandidaten haben während des Wahlkampfs zum dreieinhalb Jahre währenden Importverbot von PKWs eine klare Stellung bezogen. Importverbote wurden nach den Sanktionen verhängt, um die knappen Deviseneinnahmen gezielter verwenden zu können. Es ist fraglich, wie die Bekämpfung des Monopols möglich sein wird, ohne das Verbot aufzuheben.

Der zweite Punkt in den Plänen Raissis für die Automobilbranche ist die „faire Preisgestaltung“ – die eigentlich nicht zu den Aufgaben des Staats in einer Marktwirtschaft gehört. Ein Blick auf die Jahresabschlüsse der drei großen Autohersteller des Landes im vergangenen Jahr genügt, um zu zeigen, was die staatliche Preiskontrolle bisher erreicht oder vielmehr angerichtet hat. Demnach haben die drei Konzerne durchschnittlich 1.220 Millionen IRR für jedes produzierte Fahrzeug ausgegeben, für den Verkauf von jedem Auto aber im Durchschnitt nur 1.140 Millionen IRR erwirtschaftet (ca. 4.100 bzw. 3.800 EUR). Dieser erhebliche Verlust ist primär auf die Preispolitik der Regierung zurückzuführen. Eine Liberalisierung des Automobilmarkts und eine Öffnung der Industrie für ausländische Investments und Wissenstransfers hat der neue Präsident bislang noch nicht in Erwägung gezogen.

Die nächsten Jahre werden zeigen, ob Raissi seine Versprechen (auch nur ansatzweise) einlösen können. Aktuell spricht nicht viel dafür, dass er die hierfür notwendigen weitreichenden Schritte unternehmen wird. Vielmehr bleibt zu befürchten, dass die Versprechungen doch nur ein „Tor zum grünen Garten“ sind.

KONVERGENZ UND KONTINUITÄT – IRANS REGIONALPOLITIK UNTER PRÄSIDENT RAISSI

In der Regionalpolitik dominieren die Hardliner schon jetzt die Strategie und deren Umsetzung. Substanzielle Änderungen sind unter dem nächsten Präsidenten nicht zu erwarten.

Wer als Wahlsieger in der Abstimmung über die Nachfolge des moderaten iranischen Präsidenten Hassan Rohani hervorgehen würde, stand quasi fest. Der Ausschluss der reformorientierten und gemäßigten Kandidierenden veranlasste über die Hälfte der Wahlberechtigten, am 18. Juni zuhause zu bleiben. So war es keine Überraschung, dass der konservative Kleriker und Justizchef Ebrahim Raisi das Rennen um die Präsidentschaft mit überwältigender Mehrheit gewann.

Beobachter*innen gehen zu Recht davon aus, dass die Wahl Raissis und der vollständige Ausschluss der Moderaten aus wichtigen Regierungsinstitutionen den Beginn bedeutender Veränderungen in der iranischen Politik markieren. Die iranische Außenpolitik und insbesondere die Nahoststrategie des Landes dürften hiervon jedoch ausgenommen sein und weder eine substanzielle Neuorientierung noch fundamentalen Richtungswechsel erfahren.

Rohanis achtjährige Präsidentschaft war geprägt von deutlich unterschiedlichen Ansätzen in der Regionalpolitik von Regierung und Außenministerium einerseits und den Hardlinern, insbesondere der Revolutionsgarde und ihrer Verbündeten, andererseits. Überzeugt, dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen nationalen Interessen und der Sicherheit Irans und seiner Nachbarn besteht, verfolgten die Gemäßigten einen grundsätzlich liberalen, auf Dialog und Diplomatie basierenden Kurs. Außenminister Mohammad Javad Zarif und andere hohe Beamte der Regierung Rohani verwiesen nicht zuletzt deshalb immer wieder auf die Idee eines kollektiven Sicherheitssystems in der Region und schlugen Initiativen wie das Hormuz Peace Endeavor (HOPE) oder ein „Persian Gulf Security Forum“ vor.

Im Gegensatz dazu verfolgen die Hardliner in ihrer Nahostpolitik einen realpolitischen Ansatz und sind überzeugt, der Ausbau der eigenen Stärke sei das wichtigste Instrument zur Garantie maximaler nationaler Sicherheit. Zwar schließen sie den Dialog mit anderen Staaten in der Region nicht aus, glauben jedoch, dass dieser nur aus einer Machtposition heraus zu führen ist. Ihr Ansatz impliziert überdies eine unbeugsame und kompromisslose Haltung gegenüber den USA.

Zu Beginn seiner Präsidentschaft verfolgte Rohani die beschriebene moderate Variante der Regionalpolitik. Die Hardliner durchkreuzten seine Bemühungen jedoch im Januar 2016 mit dem Sturm auf die saudi-arabische Botschaft in Teheran und das saudische Konsulat in Mashhad. Der darauf folgende Rückzug der USA aus dem 2015 vereinbarten Atomabkommen JCPOA – Rohanis wichtigste politische Errungenschaft – sorgte für eine weitere Schwächung der Position der gemäßigten Fraktion in der iranischen Außenpolitik, insbesondere in der Region. Im Januar 2021 erklärte Zarif in einem Interview, dass das Außenministerium in der Politik Irans in der Region „quasi keine Rolle“ spiele. In einer polarisierenden Äußerung, die im April an die Medien durchsickerte, konstatierte er überdies, dass sein Amt durch die Revolutionsgarde regionalpolitisch völlig ins Abseits gedrängt worden sei.

Die Hardliner dominierten also bereits lange vor den Wahlen vom 18. Juni die Gestaltung und Umsetzung der iranischen Politik in der Region. Wer diesbezüglich noch Zweifel hatte, wurden von Ayatollah Seyyed Ali Chamenei

selbst eines Besseren belehrt: In einer Rede sagte der Oberste Führer mit aller Deutlichkeit, dass Irans Außenpolitik nicht vom Außenministerium sondern auf höherer Ebene bestimmt werde.

Ebrahim Raissi und die ihm nahestehenden Politiker*innen – einschließlich der beiden Hardliner, die ihre Kandidaturen im Rennen um die Präsidentschaft zurückzogen, um ihn zu unterstützen – sind überzeugte Anhänger*innen der realpolitischen Version der iranischen Regionalpolitik. Der neu gewählte Präsident verteidigt explizit den Einfluss und das Engagement Irans in der Region, die er als relevante Machtfaktoren begreift. „Irans regionale Macht ist wichtiger als die Verteidigungs- und Raketenkapazitäten des Landes“, sagt er und fügt hinzu: „Amerika und Israel wissen, dass Iran große operative Kapazitäten und eine Vormachtstellung [in der Region] hat.“ Selbstbewusst erklärt er weiter: „In der Region ist ohne die Zustimmung der Islamischen Republik kein Gleichgewicht möglich.“ Saeed Jalili und Hossein Amir-Abdollahian, zwei Hardliner-Politiker, die als potenzielle Außenminister in Raissis Kabinett gehandelt werden, vertreten eine noch radikalere Haltung.

Gewiss lässt sich das sogenannte Lager der Hardliner in der iranischen Politik nicht über einen Kamm scheren. In vielen Fragen herrschen deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen und Vertreter*innen dieser Strömung. Doch in der Außenpolitik scheint man sich in den beschriebenen realistischen Grundprinzipien einig zu sein. Insofern wird Ebrahim Raissis Wahlsieg vermutlich zu mehr außenpolitischer Homogenität zwischen Regierung und jenen staatlichen Institutionen führen, die bereits vor seiner Wahl von der Hardliner-Fraktion und vor allem von der Revolutionsgarde gesteuert wurden. Da sich Regierung und Außenministerium schon in der Vergangenheit auf die Umsetzung der auf einer höheren Ebene geplanten Politik beschränkt haben, wird es Kontinuität in der allgemeinen außenpolitischen Ausrichtung und den Strategien in der Region geben. Gleichzeitig wird dieser Grundkonsens bei der Implementierung bestimmter regionaler Politik das Vertrauen der nicht gewählten staatlichen Institutionen – insbesondere des Obersten Nationalen Sicherheitsrats (SNSC) und der Revolutionsgarde – in das Außenministerium stärken.

Damit reduziert sich das Potenzial für Spannungen zwischen der Regierung und den genannten Institutionen. Es ist gleichermaßen zu erwarten, dass von der Regierung vorgeschlagene Initiativen nicht unmittelbar von den Hardlinern behindert oder sabotiert werden, wie es 2016 im Fall der geplanten Annäherung an Saudi-Arabien geschah.

Dieser neue Trend wird sich auch praktisch in verschiedener Hinsicht auswirken. Erstens wird Teheran angesichts der Tatsache, dass die Hardliner-Fraktion das regionale Engagement als Schlüsselement von Irans nationaler Macht betrachtet, weiterhin aktiv die Regierung des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad sowie die verbündeten und „Proxy-“Gruppen der Islamischen Republik im Irak, Jemen, Libanon und Syrien unterstützen. Aus diesem Grund wird Teheran auch keinesfalls bereit sein, die Rückkehr zum JCPOA durch ein regionales Abkommen mit Washington zu ergänzen.

Vielmehr wird Iran die Nuklear- und die Regionalfrage weiterhin als zwei separate Dossiers betrachten: Während die Atomfrage eine Angelegenheit von Iran und den USA ist, bei der die Staaten der Region – entgegen ihrem erklärten Wunsch – auch weiterhin keine Rolle spielen, müssen Fragen der Regionalpolitik in direkten Gesprächen zwischen Teheran und den Nachbarn geregelt werden.

Tatsächlich nimmt der regionale Dialog bereits Fahrt auf. Vor einigen Monaten begann ein Prozess der Annäherung zwischen Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE). VAE-Vizepräsident und Premierminister Scheich Mohammed bin Rashid Al Maktoum gehört zu den ersten hochrangigen Persönlichkeiten der Region, die Raissi zum Wahlsieg gratulierten. Gleichzeitig wird erwartet, dass die vom Irak vermittelten Gespräche zwischen Iran und Saudi-Arabien unter Raissi fortgesetzt werden. Laut Zarif wollten saudische Offizielle den Ausgang der iranischen Wahl abwarten, bevor sie die Verhandlungen fortsetzen würden, doch man versicherte ihnen bereits vor dem 18. Juni, dass auch die nächste Regierung in Teheran die Spannungen mit Riad entschärfen wolle. Das ist nachvollziehbar, denn schließlich führte nicht das Außenministerium die Verhandlungen mit den Saudis, sondern von Anfang an der SNSC.



Zu bedenken ist gleichwohl, dass in der Logik der Hardliner Verhandlungen nur aus einer Position der Macht heraus sinnvoll sind. Dass Iran in jüngerer Zeit Interesse an einer Deeskalation der Spannungen mit Saudi-Arabien demonstrierte, rührt daher, dass Riad zunehmend von Teheran und seinen jemenitischen Huthi-Verbündeten unter Druck gesetzt wird und letztlich keine andere Wahl hat, als sich mit der Islamischen Republik zu einigen. Infolgedessen könnte jede mögliche zukünftige Verschiebung des regionalen Kräfteverhältnisses zu Ungunsten Irans beide Seiten in die Ära der Spannungen zurück katapultieren, obwohl Teheran sich durchaus ernsthaft für eine diplomatische Lösung engagiert.

Raissis Regionalpolitik wird eine Kombination aus fortgesetzten Bemühungen um eine Ausweitung des regionalen Einflusses und dem Wunsch nach einer Entschärfung der Spannungen mit den arabischen Nachbarn sein. Der diesem Ansatz innewohnende Widerspruch zwischen Sicherheitslogik und diplomatischem Vorgehen könnte die iranische Strategie in der Praxis jedoch scheitern lassen.

WERDEN DIE ATOMGESPRÄCHE IN WIEN UND DAS SCHICKSAL DES JCPOA DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN IRAN BEEINFLUSSEN?

Es ist unwahrscheinlich, dass die Ereignisse bei den Atomverhandlungen Einfluss darauf haben, wer der nächste iranische Präsident ist. Doch das Wahlergebnis wird in den nächsten Jahren die Taktik Irans in der Atomfrage prägen.

Nur knapp drei Wochen vor den Präsidentschaftswahlen in Iran stellt sich die Frage, ob und wie der Verlauf der Atomverhandlungen in Wien das Wahlergebnis beeinflussen wird und welche Konsequenzen dies für das iranische Nukleardossier haben wird. Überraschenderweise scheint es aktuell, anders als in der Vergangenheit, keinen Zusammenhang zwischen den anstehenden Wahlen und den Atomverhandlungen zu geben. Gleichwohl wird das Wahlergebnis mit großer Sicherheit Auswirkungen auf die Taktik Irans in der Atomfrage haben.

Seit Beginn der Atomverhandlungen 2003 gab es in Iran vier Präsidentschaftswahlen. Es waren vor allem die Wahlen der Jahre 2005 und 2013, die Mahmoud Ahmadinedschad beziehungsweise Hassan Rohani ins Amt brachten, welche die Nukleardiplomatie des Landes jeweils deutlich prägten.

Ahmadinedschad gewann 2005 vor allem, weil er sich erfolgreich als Mann des Volkes präsentierte. Er positionierte sich damit völlig anders als Kandidaten wie Akbar Hashemi Rafsandschani, gegen den er in der Stichwahl antrat und den er beschuldigte, die Grundsätze der Islamischen Republik und ihrer Wirtschaft zum eigenen Vorteil zu vertreten. Der Hardliner Ahmadinedschad stützte sich auf seine Moscheen und die Netzwerke der Revolutionsgarden und konnte so eine unerwartet starke Unterstützung für sich selbst mobilisieren. Die Atomverhandlungen spielten in seinem Wahlkampf jedoch keine Rolle und trugen so auch nicht zu seinem Erfolg bei. Nach Ahmadinedschads Wahl nahm Teheran in der Außenpolitik jedoch eine grundlegend andere Haltung ein als die reformorientierte Vorgängerregierung Mohammad Chatamis. Bei den Atomverhandlungen setzte er diese mithilfe eines neuen Verhandlungsteam durch, das jenes der Vorgängerregierung ablöste, und sich deutlich gegen Deutschland, Frankreich und Großbritannien (die sogenannte E3), die EU und die Internationale Atomenergiebehörde IAEA positionierte. Kurz nach Ahmadinedschads Sieg zog sich Iran schrittweise aus den Gesprächen mit der E3 zurück und [nahm seine Nuklearaktivitäten wieder auf](#), die unter dem vorherigen Amtsinhaber eingestellt worden waren. Zwar wurden die Verhandlungen mit China, den Europäern, Russland und den USA während der beiden Amtszeiten Ahmadinedschads fortgesetzt, doch signifikante Fortschritte in Richtung eines Abkommens oder einer Deeskalation blieben aus. Stattdessen baute Iran sein Atomprogramm aus, steigerte die Anreicherung und Lagerung von Uran und errichtete eine unterirdische Urananreicherungsanlage in Fordo.

Im Unterschied zu Ahmadinedschad steht Rohanis Wahlsieg 2013 durchaus im Zusammenhang mit den Atomgesprächen. Als ehemaliger Chefunterhändler während der Präsidentschaft Chatamis bezeichnete Rohani die Außenpolitik und den Abbau der Spannungen auf internationaler Ebene als Schlüssel zur Lösung der Probleme Irans, einschließlich der maroden Ökonomie.

Besonders kritisch sah Rohani die Politik Ahmadinedschads in der Nuklearfrage. Er argumentierte, dass eine konstruktivere Atomdiplomatie nötig sei, um zu einem Deal zu kommen und die Aufhebung der das Land massiv belastenden internationalen Sanktionen zu erreichen. Rohani errang seinen Sieg bei den Wahlen indem er den

Iraner*innen Hoffnung machte: Sie würden unmittelbar von den Atomgesprächen profitieren, da sie ein Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage wären. Tatsächlich hatte seine Wahl einen signifikanten Einfluss auf die iranische Position in den Verhandlungen. Bald nach seinem Amtsantritt nominierte auch er ein neues Team von Unterhändler*innen, das er mit erfahrenen Diplomaten besetzte. Die Leitung übernahm Außenminister Mohammed Dschawad Sarif, der selbst lange Zeit in den USA tätig war.

Bereits im November, knapp drei Monate nach Übernahme der Regierungsgeschäfte, erfolgte der Abschluss der Interimsvereinbarung [Joint Plan of Action \(JPOA\)](#). Nach über zwei Jahren intensiver Verhandlungen konnte schließlich im Juli 2015 die Einigung auf den [Joint Comprehensive Plan of Action \(JCPOA\)](#) verkündet werden. 2017 wurde Rohani im Amt bestätigt. Er hatte die Wähler*innen davon überzeugt, dass er vollenden könne (und solle), was er begonnen hatte, nämlich den Atomdeal in konkrete wirtschaftliche Vorteile für das iranische Volk zu wenden.

Vier Jahre später machen die Gespräche in Wien immer noch Schlagzeilen, doch die Iraner*innen sind deutlich weniger an ihnen interessiert, geschweige denn, dass sie hoffen, Fortschritte in den Verhandlungen könnten tatsächlich spürbare Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Situation bringen. Selbst in der Zeit, in der alle Parteien das Abkommen wie vereinbart umsetzten, war Iran nicht vollständig im globalen Finanzsystem integriert: Aus Angst vor US-Sanktionen zögerten viele Banken und Unternehmen nach wie vor, Geschäfte mit Teheran zu machen. [Damit starb die letzte Hoffnung auf eine rasche Erholung der iranischen Wirtschaft](#). Die Chancen auf einen Aufschwung als Konsequenz des JCPOA verringerten sich weiter, als die USA 2018 den Deal aufkündigten, wieder Sanktionen verhängt wurden und die von Präsident Donald Trump eingeleitete Kampagne des „maximalen Drucks“ begann. Zwar hielt Iran ein weiteres Jahr an der vollständigen Umsetzung der Vereinbarungen fest, doch die übrigen JCPOA-Unterzeichnerstaaten konnten nicht genügend Maßnahmen ergreifen um zu verhindern, dass das Land in eine tiefe Rezession stürzte.

Angesichts all dessen ist es unwahrscheinlich, dass die Verhandlungen in Wien für die Entscheidung der Iraner*innen am 18. Juni ausschlaggebend sein oder

beeinflussen wird, ob sie überhaupt zur Wahl gehen. Selbst wenn in Richtung Rückkehr zum JCPOA Fortschritte erzielt

werden und ein Kompromiss vor den Wahlen erreicht wird, wird sich daran nichts ändern. Damit die positive Wirkung einer Aufhebung der Sanktionen die iranische Wirtschaft tatsächlich erreicht, müssen anderen Maßnahmen ergriffen werden als 2016. Und selbst in einem Best-Case-Szenario werden diese Veränderungen Zeit brauchen. Drei Wochen reichen nicht, um eine Ankündigung aus Wien in greifbare ökonomische Vorteile zu übersetzen, die die Iraner*innen tatsächlich spüren und denen sie vertrauen können.

Nichtsdestoweniger werden einige Präsidentschaftskandidaten mit ihrer Position zur Nuklearfrage in den Wahlkampf ziehen. Der gemäßigte Konservative Ali Laridschani griff bereits einige Slogans Rohanis aus dem Jahr 2013 auf und erklärte, dass ein Verhandlungserfolg in Wien [„der Wirtschaft des Landes Luft zum Atmen verschafft“](#). Doch diese Parolen werden Jahre, nachdem sie zum ersten Mal laut wurden, ohne dass dies zu einer substantiellen Verbesserung der iranischen Wirtschaftslage führte, kaum dazu beitragen, dass sich die Wahllokale füllen oder es zu einer plötzlichen Welle der Hoffnung auf einen Aufschwung kommt. Dies ist nun umso mehr der Fall, da Laridschani mittlerweile vom Wächterrat von den Wahlen ausgeschlossen wurde, und die verbliebenen Kandidaten kaum Interesse daran haben, was in Wien passiert.

Wahrscheinlicher ist hingegen, dass das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen ein weiteres Mal Einfluss auf die außenpolitische Taktik Irans haben wird, insbesondere hinsichtlich der Atomgespräche. Zwar spielen der nationale Konsens und die Position des Obersten Führers eine relevante Rolle beim iranischen Vorgehen auf internationaler Bühne. Doch selbst eine Persönlichkeit des Establishments wie Präsident Rohani hat im Vorfeld der anstehenden Wahlen auch daran erinnert, dass seine Regierung in den vergangenen acht Jahren alle von ihr geführten Verhandlungen erfolgreich zu Ende bringen konnte, während frühere Präsidenten (gemeint ist Ahmadinedschad) immer mit „einer Resolution gegen Iran“ vom Verhandlungstisch zurückkehrten. Es spielt also durchaus eine Rolle, wer iranischer Präsident ist.



Wenn auch nicht davon auszugehen ist, dass die Iraner*innen auf der Grundlage der Aussagen oder Überlegungen der Kandidaten zur Atomfrage entscheiden werden, wen sie wählen wollen, und das unabhängig von den zwischen heute und dem 18. Juni in Wien abgegebenen Erklärungen (so es denn welche gibt): Ihre Stimmen (oder ihr Wahlverzicht) werden in den nächsten Jahren doch die Haltung des Landes in der Außenpolitik prägen, insbesondere in der Atomfrage.

WIRTSCHAFTSKRISE UND WAHLBETEILIGUNG IN IRAN

*Eine hohe Wahlbeteiligung wird bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen nicht erwartet, Beobachter sprechen von einer Legitimitätskrise der Staatsführung. Oder ist es die Wirtschaftslage des Landes, die Wähler*innen davon abhält, ihre Stimme abzugeben?*

Die Präsidentschaftswahlen in Iran, die in eine kritische Phase fallen, werden überschattet von Erwartungen einer geringen Wahlbeteiligung. Bereits seit mehreren Monaten konstatieren politische Kommentare eine sich abzeichnende Unlust der iranischen Bevölkerung, an die Wahlurnen zu strömen. Meinungsumfragen belegen diesen Trend. Der Wahlkampf läuft, doch die meisten Kandidierenden sind wenig inspirierend. Diejenigen, die ihre Anhänger*innen zur Stimmabgabe bewegen könnten, werden vermutlich vom Wächterrat nicht zugelassen. Eine niedrige Wahlbeteiligung scheint vorbestimmt.

Im Grunde überrascht das nicht: Die politische Reaktion auf wirtschaftliche Schocks zeigt sich nicht selten in einer geringen Bereitschaft, zur Wahl zu gehen. Seit drei Jahren leidet Iran unter einer Wirtschaftskrise, die durch die von den USA im Mai 2018 wieder eingeführten Sekundärsanktionen und die Covid-19-Pandemie noch angeheizt wurde. Sie steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit bei den Wahlberechtigten, die sich mit hohen Inflationsraten, Massenarbeitslosigkeit und zunehmender wirtschaftlicher Ungleichheit herumschlagen müssen. Die Iraner*innen glauben nicht mehr, dass die Regierung diese Probleme lösen kann. Und sie bezweifeln, dass es einen Unterschied macht, ob sie wählen gehen oder nicht.

Anlässlich einer im März 2021 durchgeführten Erhebung fragte die renommierte [Iranian Students Polling Agency](#) (ISPA), welchen Themen sich die neue Regierung mit Priorität widmen sollte. Nur gut zehn Prozent der Befragten nannten die nationale Sicherheit an erster Stelle. Kandidaten wie der ehemalige Verteidigungsminister und Ex-Brigadegeneral der Revolutionsgarden Hossein Dehghan können sich also kaum darauf verlassen, dass sie gewählt werden, weil sie in diesem Bereich über Erfahrung verfügen. Das Kriterium für die Beurteilung der Kandidierenden ist bei den anstehenden Wahlen vor allem die Aussicht auf Erfolge in drei Feldern, die unmittelbar mit der ökonomischen Lage des Landes verbunden sind.

Für 31 Prozent und damit für die relative Mehrheit der Teilnehmenden an der ISPA-Umfrage ist „Gerechtigkeit“ der wichtigste Aspekt. Hierbei thematisieren sie nicht nur Ungleichheit bei den Einkommen, die Kluft zwischen dem städtischen und ländlichen Raum und ähnliche Probleme. Als politisch brisantester Komplex erweist sich vielmehr die Korruption in Iran. Die Wahlmüdigkeit vieler Bürger*innen rührt aus der Wahrnehmung, dass es den Politiker*innen vor allem um ihr eigenes Wohl geht. Kandidaten wie Ebrahim Raisi, aktuell an der Spitze der Justiz stehend und sich im Wahlkampf in der Rolle des Kämpfers gegen die Korruption gerierend, oder Ex-Präsident Mahmoud Ahmadinedschad, der mit populistischen Parolen punkten will und erklärt, er werde den Mächtigen die Wahrheit sagen, bieten Wählenden, die mehr Gerechtigkeit fordern, fundamental andere Visionen an. (Ahmadinedschad bewirbt sich erneut um das Präsidentenamt, wird aber vermutlich wieder nicht zugelassen werden.) Korruption impliziert jedoch nicht nur Fragen von Recht und Gesetz. Das Thema steht auch weit oben auf der politischen Tagesordnung, weil die iranische Wirtschaft am Boden liegt. Angesichts ihrer eigenen ökonomischen Malaise sind die Iraner*innen zunehmend empört über Schmiergelder, Vetternwirtschaft, Veruntreuung und Vorteilnahme der politischen Klasse.

Zwanzig Prozent der von ISPA Befragten erwarten, dass der Staat sich mit Priorität der wirtschaftlichen Probleme des Landes annimmt und handelt. Ebenfalls zwanzig Prozent wünschen sich bessere internationale Beziehungen und die Förderung der heimischen Industrie. In ihren Antworten zeichnen sich zwei Optionen für eine wirtschaftliche Erholung Irans ab: ein diplomatischer Durchbruch, damit sich das Land von den Sanktionen erholen kann, und der Aufbau der sogenannten Widerstandsökonomie, die mehr Autonomie und Unabhängigkeit von der Weltwirtschaft bringen soll.

Zwar werden die beiden Ansätze von iranischen Politiker*innen häufig konträr dargestellt, doch es herrscht zunehmend Konsens, dass es eine Kombination von Maßnahmen geben muss. Eine Förderung der verarbeitenden Industrie im Land ist unerlässlich. Ohne Technologietransfers und Investitionen ist dieses Ziel jedoch nicht zu erreichen. Das bedingt jedoch die Aufhebung der Sanktionen, was auch eine Steigerung der Exporte der iranischen Industrie ermöglichen würde. Dieser entstehende Konsens wird von einigen Präsidentschaftskandidaten aufgegriffen, indem sie erklären, beide Wege einschlagen zu wollen. So tritt der Gouverneur der iranischen Zentralbank Abdolnasser Hemmati mit der Hoffnung an, Kapital zu schlagen aus seinem Erfolg bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Iran seit seinem Amtsantritt in 2018, kurz nachdem Präsident Donald Trump die Sanktionen gegen Iran wieder verhängt hat. Saeed Mohammad, ein weiterer Kandidat, der wahrscheinlich nicht antreten darf, versucht, mit seiner Erfahrung beim „Umgehen von Sanktionen“ als Chef der großen, von den Revolutionsgarden kontrollierten Baufirma Khatam al-Anbiya, zu punkten. Während Hemmati als Schlüsselfigur der iranischen Wirtschaftsdiplomatie Bekanntheit erlangte, unter anderem durch die Förderung iranischer Interessen in Ländern wie China oder Irak, verspricht auch Mohammad, „internationale Fähigkeiten“ zu nutzen, damit die Sanktionen aufgehoben werden. An das Atomabkommen werde sich die iranische Regierung halten, erklärt er.

Unabhängig von ihren jeweiligen Prioritäten sind die Wähler*innen in Iran skeptisch, ob ihre Beteiligung an den Wahlen überhaupt etwas bewirken kann. Laut der bereits zitierten ISPA-Umfrage gehen 28 Prozent der Befragten davon aus, dass ihre Stimme signifikante Bedeutung für die Lösung der Probleme im Land haben kann. Fast ebenso viele – 27 Prozent – sind vom Gegenteil überzeugt. Beobachter*innen in Iran und im Ausland interpretieren die zu erwartende niedrige Wahlbeteiligung als Gefahr für die Legitimität der Islamischen Republik insgesamt. Die Wahlmüdigkeit hängt offenbar mit der sichtbaren Schwäche des Reformersblocks und den mageren Aussichten auf politische und ökonomische Reformen im Land zusammen. Mit Blick auf die Fragen, die vor allem die Mittelschicht umtreiben, dürfte diese Diagnose richtig sein. In ihren Augen ist das politische Establishment völlig verkrustet. Pläne von Präsidenten, die wie Mohammad Chatami und Hassan Rohani die Wünsche der Mittelschicht repräsentieren, wurden vom politischen System vereitelt, ihr ökonomisches und soziales Programm blieb weitgehend unerledigt. Das Desinteresse an den Wahlen reicht aber weit über die Mittelschicht hinaus: Wahlmüde sind auch die Arbeiterklasse und Wähler*innen in ländlichen Regionen, die sich in der Vergangenheit von konservativeren Kandidaten schnell mobilisieren ließen.

In einer umfassenden Studie von 2016 stellten Kevan Harris und Daniel Tavana fest, dass 87 Prozent der Iraner*innen „sich nicht mit einer bestimmten politischen Gruppierung“ identifizieren. Dabei gaben 75 Prozent der Befragten an, sie seien „an Politik interessiert“.

Die Bürger*innen des Landes haben eine klare Vorstellung, welche Prioritäten ihre Regierung verfolgen sollte, und nehmen Anteil an der Politik. Dennoch stehen sie keinem spezifischen Lager nahe, und die Annahme, dass ihre Wahlbeteiligung kaum Einfluss auf das Regierungshandeln hat, ist weit verbreitet. Damit stellt sich die Wahlmüdigkeit in Iran als weitaus trivialeres Phänomen dar als die Zweifel an der Legitimität der Regierung, die von ausländischen Medien gern zitiert werden.

Mehrere sozialwissenschaftliche Studien konnten eindrücklich belegen, dass die Wahlbeteiligung im Nachgang zu einer Wirtschaftskrise generell sinkt, insbesondere wenn die Depression Folge eines exogenen Schocks ist. Doch ökonomische Probleme senken nicht automatisch den Grad der Politisierung. In Iran nahmen die Proteste und die Mobilisierung der Werktätigen mit den sich verschlechternden ökonomischen Bedingungen zu. Allerdings unter



graben Wirtschaftsprobleme das Vertrauen in die Regierung. Resignation macht sich breit und es wird schwerer, die Wahlberechtigten zu mobilisieren.

Eine genauere Analyse dieses Phänomens wäre eine wertvolle, gleichwohl herausfordernde Aufgabe für die Sozialwissenschaften. Vom Ende des Iran-Irak-Kriegs bis zur Verhängung der Finanzsanktionen in 2012, die die Wirtschaft um sieben Prozent einbrechen ließen, erlebte Iran keine bedeutende Rezession. Die Wahlbeteiligung ging zwischen 2009 und 2013 zwar von knapp 85 Prozent auf etwa 76 Prozent zurück, doch reflektiert das zum Teil auch die politischen Nachwehen nach Ahmadinedschads umstrittenen Wahlsieg im Jahr 2009. Die Tatsache, dass die Zahl der Wählenden von 2009 und 2013 nicht stärker fiel, lässt mit Blick auf die für den Juni 2021 erwartete deutlich geringere Wahlbeteiligung vermuten, dass diese eher Skepsis gegenüber den Fähigkeiten der Regierung nach drei Jahren der Rezession zum Ausdruck bringt, statt Sorgen über die Legitimität des Systems.

Allerdings werden auch die Zweifel an der Legitimität wachsen, sollte die iranische Bevölkerung ihre Exekutive und das Parlament weiterhin als unfähig und unwillig wahrnehmen, die grundlegenden Wirtschaftsprobleme des Landes anzugehen. Aber die wahrscheinliche Rückkehr zum Atomabkommen und die vorsichtige wirtschaftliche Erholung Irans nach der Pandemie öffnen ein Fenster für eine technokratische Führung, das Vertrauen in die Verbindung zwischen politischer Partizipation und Regierungspolitik, das es für kurze Zeit in der ersten Amtsperiode Rohanis gab, wiederherzustellen. Diejenigen Iraner*innen, die sich an den anstehenden Wahlen beteiligen, tun es nicht als „Reformer“ oder „Hardliner“, und vermutlich entscheiden sie sich auch nicht für einen bestimmten Kandidaten, weil sie einer bestimmten Strömung nahestehen. Vielmehr werden sie ihren Stimmzettel in die Wahlurne werfen, weil sie hoffen, dass der Gewählte – gleichgültig welcher – die Wirtschaftskrise überwinden kann.

KLARSICHTIGER PRAGMATISMUS:

KATAR UND DAS KOMMEN UND GEHEN IRANISCHER WAHLEN

Auch mit einem Hardliner im Präsidentenamt in Teheran ist Katar entschlossen, seine Politik des pragmatischen Engagements fortzusetzen. Konstruktive Beziehungen zu Iran sind elementarer Bestandteil der außenpolitischen Strategie Dohas.

Katar blickt pragmatisch auf die iranischen Präsidentschaftswahlen am 18. Juni. Denn seit Jahrzehnten prägt Pragmatismus die Beziehungen der beiden Staaten. Sowohl der katarische Emir Tamim bin Hamad al-Thani als auch Außenminister Mohammed bin Abdulrahman al-Thani sind dem aktuellen iranischen Außenminister Javad Zarif persönlich verbunden. Mit einer – hypothetischen – Regierung Zarif hätten sie außerordentlich gut zusammenarbeiten können. Doch wie andere pragmatische Akteure in der Region kann Doha mit einer Reformregierung in Teheran ebenso gut leben, wie mit einer konservativen. Man weiß im Emirat sehr genau, welchen Einfluss und welche Macht die Institutionen des Deep State, das Amt des Revolutionsführers und die Revolutionsgarden, in Iran haben.

Mit besonderer Aufmerksamkeit blicken die Entscheidungsträger*innen in Katar auf den Obersten Führer der Islamischen Republik. Doha verfolgt mit Interesse, welche Kandidierenden Ali Chameneis Unterstützung genießen. Alles scheint auf Ebrahim Raissi zuzulaufen, einen konservativen Politiker, der im März 2019 von Chamenei selbst zum Chef der Justiz ernannt wurde. Bisher ergab sich noch keine Gelegenheit für eine direkte Kontaktaufnahme, doch das Emirat ist bereit und nutzt entsprechende institutionelle Bindungen und persönliche Beziehungen – auch angesichts der sich zunehmend verdichtenden Anzeichen, dass Raissi nach dem Tod Chameneis Nachfolger des 82-jährigen Revolutionsführers werden könnte. Bereits seit Monaten bereitet sich Katar, angesichts der zunehmend schwierigeren politischen Situation der Reform*innen, auf eine Hardliner-Regierung in Teheran vor. Denn die Probleme der Reform*innen begannen lange bevor der Wächterrat, das mächtige, über Kandidaturen entscheidende, iranische Wahlgremium, nur sieben konservative Kandidierende zur Wahl zuließ.

Gemeinsame Interessen, darunter insbesondere die geteilte Souveränität beim weltgrößten South Pars/North Dome Gasfeld, zwangen Iran und Katar schon in den 1990er Jahren zu Dialog und Zusammenarbeit. Die Nähe des großen Nachbarn mit seiner herben Wirtschaftskrise und disruptiven Außenpolitik erweist sich für Katar unweigerlich als Risiko. Gleichzeitig werden die iranisch-katarischen Beziehungen auch als Chance wahrgenommen.

Im Rahmen eines „Risikoausgleichs“ (hedging) können gute Beziehungen zu Teheran ein nützliches Gegengewicht angesichts der Risiken sein, die andere Akteur*innen – Golfmonarchien wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) – darstellen. Aus diesem Grund lud Ex-Emir Hamad bin Khalifa al-Thani – sehr zum Verdross anderer GCC-Mitglieder – den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad zur Konferenz des Golfkooperationsrats im Dezember 2007 nach Doha ein, um Gespräche über Grenzsicherheit, kritische Infrastruktur und potenzielle gemeinsame Militärmanöver zu führen. Emir Hamad und sein mächtiger Premierminister Hamad bin Jassim al-Thani sind die beiden wichtigsten Architekten der katarischen Politik der vorsichtigen Annäherung an Iran. Ihr Vermächtnis gaben sie 2013 erfolgreich an Emir Tamim weiter. Hamad bin Jassims kluge Politik war ein meisterhafter und doch gewagter Versuch der Ausgewogenheit, der ihm seitens der Saudis und der VAE sogar den Vorwurf der Komplizenschaft mit dem iranischen Regime einbrachte.

Diese Absicherung erwies sich als effizient, als Saudi-Arabien, die VAE und Bahrain im Juni 2017 sämtliche Grenzen – zu Land, Luft und Wasser – mit Katar schlossen. Der Transit durch den iranischen Luftraum und die territorialen Gewässer wurde in diesem Moment für Katar

lebenswichtig. Anders hätte das Land sich nicht der vollständigen Isolation entziehen und die eigenen Energieresourcen exportieren können. Die wichtigste Einkommensquelle wäre damit versiegt, die zweifellos bedeutendste Rettungsleine in der Krise gerissen. Iran schickte zudem Hilfslieferungen, damit Doha die drohende Lebensmittelknappheit abwenden konnte.

Auch nach dem offiziellen Ende der Golfkrise als Ergebnis der im Januar 2021 verabschiedeten Al-Ula-Deklaration sieht Katar keine Veranlassung, das in den vergangenen Jahren aufgebaute geopolitische Netzwerk aufzulösen. Zahlreich sind die Gründe, die Politik des pragmatischen Engagements mit dem Nachbarn Iran aufrecht zu erhalten.

Die Schlüsselfrage für Doha bleibt, unabhängig von der jeweiligen iranischen Führung, die Kontinuität des diplomatischen Engagement Irans auf internationaler und regionaler Ebene. Während Katar davon ausgeht, dass gleichgültig wer das Land regiert, ein gewisses Maß an strategischer Kontinuität in Teheran besteht, steht die Frage im Raum, ob diese auch eine Bindung an den Westen impliziert. Andererseits ist es für Katar zwar wichtig, ein konstruktives, funktionierendes Verhältnis zu Iran aufrechtzuerhalten, doch die Kontakte zu den Rivalen Irans – Saudi-Arabien und USA – sind strategisch nicht weniger relevant. Als Gastgeber des regionalen Hauptquartiers des US Central Command am militärischen Stützpunkt Al-Udeid sieht Katar die USA seit Jahrzehnten bereits als geopolitischen Garanten seiner Sicherheit. Stellt die Katarpolitik Saudi-Arabiens und der Emirate aktuell auch die größte Bedrohung der katarischen Stabilität dar, dürfen die engen historischen, politischen, sozialen und kulturellen Bindungen auf der Arabischen Halbinsel dennoch nicht übersehen werden.

Insofern empfindet Katar eine Eskalation in der Region und auf internationaler Ebene als kontraproduktiv und gefährlich. Die zunehmenden Spannungen könnten schnell ihren Preis fordern. Um diese Risiken abzuwenden, bemüht sich Doha vorsichtig und diplomatisch um Teheran und setzt damit eine Politik fort, die bereits angesichts der Schwierigkeiten und Sensibilitäten im Zusammenhang mit der Agenda des „maximalen Drucks“ des früheren US-Präsidenten Donald Trump griff. So beeilte sich Katar, Emissäre nach Iran zu senden, als der General der Revolutionsgarden Qassem Suleimani im Januar 2020 durch einen amerikanischen Luftangriff ums Leben kam, um dort zu versichern, dass dieser Luftschlag nicht von Al-Udeid geführt worden war und es keine Vergeltung auf katarischem Boden geben würde. Dies erklärt, warum Katar seine guten Beziehungen zu Iran und den USA anbot, um eine Deeskalation zwischen beiden Staaten zu unterstützen.

Bereits seit den ersten Verhandlungen und der 2015 erfolgten Unterzeichnung des Wiener Atomabkommens unterstützt Katar das Atomabkommen, den Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA). Jetzt, da die Regierung Joe Biden in den USA an einer Wiederaufnahme des Deals arbeitet, hat Katar mehrfach angeboten, den Dialog zwischen den Parteien zu fördern, nicht zuletzt um den eigenen politischen und diplomatischen Einfluss auszubauen. Bisher verhallte dieses Angebot ungehört, da es direkte Beziehungen zwischen den Regierungen in Washington DC und Teheran gibt und die Europäische Union wirksam vermittelt. Unter einer Regierung Raissi könnte dieses Angebot jedoch neu bewertet werden: Der Präsidentschaftskandidat neigt den Hardlinern zu, über den Westen äußerte er sich immer wieder skeptisch und wegen der Menschenrechtsverletzungen seit 2019 steht er in den USA auf der Sanktionsliste. Hier muss natürlich die iranische Seite erst das eigene Misstrauen angesichts der inhärenten Ambiguität der katarischen Position – Freundschaft mit allen – überwinden.

Ähnliches Misstrauen von mehr als einer Seite hinderte Katar bislang ebenfalls daran, zwischen Iran und Saudi-Arabien zu vermitteln oder den regionalen Sicherheitsdialog zu fördern, den Doha befürwortet, um mehr Stabilität in der Region zu erreichen. Es gibt eine große Bandbreite von Wahrnehmungen und Positionen zwischen Doha einerseits und Riad und Abu Dhabi andererseits. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Fragen, bei denen Iran



eine Rolle spielt. Es mangelt an Vertrauen, dass Doha die strategischen Interessen Riads bei Fragen wie den ballistischen Raketenkapazitäten Irans oder der Zukunft von Iran kontrollierte Gruppierungen adäquat vertritt. So lange das geopolitische Gleichgewicht in der Region volatil bleibt, kann Doha jedoch als relevanter Mittler für die Golfmonarchien und insbesondere für Iran agieren. Hier spielen auch die besonderen Beziehungen zur Türkei und die Intervention als relevanter Vermittler in afghanischen Konflikten und andernorts im Nahen Osten und Afrika eine Rolle.

Überdies wird nach einer Wiedereinsetzung des JCPOA jede neue Regierung in Iran am Erhalt und Ausbau der Beziehungen zu Katar in den Bereichen Energie, Handel und Investitionen interessiert sein. Die iranischen Exporte nach Katar stiegen von 60 Millionen US-Dollar im Jahr 2016 auf \$250 Millionen zwischen 2017 und 2018. Das weist auf ein signifikantes Potenzial. In jüngerer Zeit wurde auch die Gemeinsame Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder installiert, die sich um die Förderung des Handels kümmern soll. Katar half Iran auch in der Zeit der COVID-19-Pandemie und schickte Lieferungen mit Medikamenten und medizinischen Hilfsgütern.

Die anstehenden Präsidentschaftswahlen in Iran könnten wichtige politische Entwicklungen im Land mit sich bringen. Für die Beziehungen der Islamischen Republik zu den Playern in der Region, die gelernt haben, mit dem iranischen System umzugehen, werden sie jedoch vergleichsweise wenig Veränderungen bringen. Dies betrifft auf jeden Fall auch Katar, ein Land, das seit langem an einer Politik des pragmatischen Umgangs mit Iran festhält und davon vermutlich auch in näherer Zukunft nicht abgehen wird.

DAS ENDE DER ENTSPANNUNG:

DIE TÜRKISCH-IRANISCHEN BEZIEHUNGEN NACH DEN IRANISCHEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Nach einer Phase außergewöhnlich guter Beziehungen sind die Türkei und Iran nun auf Kollisionskurs. Der Ausgang der Wahlen wird daran nichts ändern.

Während Rohanis Amtszeit endet, beginnt eine neue Phase in den Beziehungen zwischen Ankara und Teheran: Die Türkei bereitet sich auf eine Zeit verstärkter Konflikte vor. Der Grund dafür liegt jedoch nicht allein im Wechsel an der Staatsspitze Irans und der zu erwartenden Amtsübergabe an einen konservativen Präsidenten, sondern ist auf systemischen Wandel und regionale Neuorientierungen zurückzuführen. Die Faktoren, die in den vergangenen vier bis fünf Jahren die Kooperation beider Länder beförderten, ändern sich. Neue Konflikte sind die Folge.

Traditionell sind die türkisch-iranischen Beziehungen von einem Mix aus Kooperation und Konfrontation geprägt. Dennoch entwickelten die beiden Staaten eine diplomatische Tradition, die ein stabiles Pendeln der Beziehungen innerhalb eines Rahmens von begrenzter Zusammenarbeit und kontrollierter Rivalität ermöglichte. Der wichtigste Faktor in diesem Arrangement ist die Wirtschaft, die insbesondere in den von Rivalität geprägten Phasen zentrale Bedeutung hatte und hat.

In der Ära Rohani erreichten die türkisch-iranischen Beziehungen ein bis dahin nie gesehenes Maß an Kooperation, das sich auf vier Faktoren stützt. Erstens, die verstärkt antiwestliche Haltung in der Türkei. Um sich den Rückhalt der Öffentlichkeit zu sichern, spielte der türkische Präsident Tayyip Erdogan die nationalistische Karte. Sein außenpolitischer Diskurs stützte sich zunehmend auf eine gegen den Westen gerichtete Haltung, mit dem er die Zustimmung zu seiner Innenpolitik absichern wollte. Je mehr Distanz zwischen der Türkei und ihren westlichen Verbündeten, desto freundlicher die Beziehungen zu Iran.

Zweitens, der Beginn des Astana-Prozesses in Syrien. In der ersten Amtszeit Rohanis war Syrien das Hauptproblem im bilateralen Verhältnis von Türkei und Iran. Während die Türkei das Assad-Regime stürzen wollte, bemühte sich Iran, zusammen mit Russland, intensiv darum, Assad an der Macht zu halten. Ende 2016 richtete die Türkei ihre Prioritäten in Syrien jedoch neu aus, nachdem deutlich wurde, dass der Versuch, Assads Regime zu beenden, gescheitert war. Im Rahmen des Astana-Prozesses erfolgt seitdem eine enge Koordination der russischen, türkischen und iranischen Syrienpolitik.

Drittens, die Kooperation im Nordirak. Sowohl die Türkei als auch Iran lehnten das Unabhängigkeitsreferendum der Kurdischen Regionalregierung in 2017 ab.

Es sind diese drei Faktoren, die zu einer Verbesserung der türkisch-iranischen Beziehungen beigetragen haben. Der wichtigste Aspekt in diesen politischen Flitterwochen der beiden Länder ist jedoch die Konkurrenz auf regionaler Ebene zu Saudi-Arabien und den VAE. Je stärker sich die saudisch-emiratische Achse außenpolitisch manifestierte und sich um den Ausbau einer dominanten Stellung in der Region bemühte, desto intensiver gestaltete sich die Annäherung zwischen der Türkei und Iran. Dies zeigte sich besonders deutlich während der 2017 einsetzenden Blockade Katars. Beide Länder waren Ziel dieser Blockade und beeilten sich, Partei für Katar zu ergreifen, damit der kleine Golfstaat dem Druck seiner mächtigeren Nachbarn widerstehen konnte.



Das alles hat sich mittlerweile geändert, und der Wandel wird weitgehend oder gänzlich unabhängig davon, wer der künftige iranische Präsident ist, von Dauer sein. Die Türkei nimmt aktuell eine Neuorientierung ihrer Außenpolitik vor. Es ist deutlich geworden, dass der in innenpolitischer Absicht geführte antiwestliche Diskurs ein Level erreicht hat, das den außenpolitischen Preis zu sehr in die Höhe treibt. Vor allem ist es das Ende der Amtszeit Donald Trumps, der Erdogan einen Blankoscheck ausgestellt hatte, das die Türkei zu dieser Reorientierung drängt. In der Ära Biden muss sich die Türkei den Kontroversen mit den Amerikanern und den amerikanischen Verbündeten in der Region stellen. Aktuell bemüht sich das Land um eine Wiederannäherung an Ägypten, Saudi-Arabien und die VAE sowie Israel. Bislang sind nur kleine Erfolge zu verzeichnen, und dies ausschließlich in der Beziehung zu Ägypten, doch die Politik des Rapprochement an die prowestlichen Regimes in der Region unterminieren perspektivisch die vertieften Beziehungen zwischen Türkei und Iran. Eine derartige Veränderung erfolgt zwar unabhängig davon, wer das Präsidentenamt in Iran innehat, doch wird sie durch eine konservative Regierung mit Sicherheit befördert, denn die Konservativen werden sich durch eine Anpassung der türkischen Politik gegenüber den prowestlichen Regierungen in der Region vermutlich stärker bedroht fühlen.

Das Ende der Amtszeit Donald Trumps hat nicht nur Konsequenzen für die Türkei, sondern auch für die saudisch-emiratische Achse. Ohne den Blankoscheck, den der frühere US-Präsident ausgestellt hatte, sind deren Handeln deutlich engere Grenzen gesetzt. Damit verliert auch das Motto seine Gültigkeit, das die iranisch-türkischen Beziehungen zuletzt prägte. Künftig wird es nicht mehr heißen können: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“.

Irans Bedeutung für den Astana-Prozess sinkt ebenfalls in dem Maß, in dem dieser zunehmend zu einem türkisch-russischen Kooperationsprojekt wird beziehungsweise zu ganz persönlichen Verhandlungen zwischen Putin und Erdogan. Wer der neue Mann an der Spitze Irans wird, ist in diesem Zusammenhang irrelevant, da die iranische Syrienpolitik ohnehin eher von den Revolutionsgarden als vom Präsidenten oder Außenminister gestaltet wird.

Neben diesen Veränderungen in den äußeren Umständen stehen sich die beiden Länder auch im Irak und im Kaukasus politisch konträr gegenüber. Im Kaukasus mündete die türkisch-aserbaidschanische Zusammenarbeit während des aserbaidschanisch-armenischen Krieges um Bergkarabach im Oktober 2020 in ein gemeinsames militärisches Vorgehen. In der iranischen Politik ist die Aserbaidschan-Frage seit langem ein sensibles Thema. Zu einer Konfrontation zwischen beiden Staaten kam es bereits im Dezember 2020, als Erdogan in Baku ein nationalistisches Gedicht zitierte: Es war ein poetischer Aufruf zur Einheit der Aserbaidschanischen Republik und der Region Aserbaidschan in Iran. Das verstärkte Engagement der Türkei und die militärische Intervention in der Region wird die Beziehungen weiter belasten. Da es hier um die nationale Sicherheit geht und unter den verschiedenen politischen Gruppierungen Irans in dieser Frage Konsens herrscht, wird die Position Irans in dieser Frage nicht davon beeinflusst, wer Präsident ist. Die anstehenden Wahlen werden also auch hier keine Rolle spielen.

Eine weitere Front, an der die begrenzte Kooperation gegen die kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen 2017 von erneuter Konfrontation abgelöst wurde, ist Irak. Die Türkei, EU und USA stufen die PKK als Terrororganisation ein, und die Türkei dringt in ihrem Kampf gegen die kurdischen Rebellen immer weiter in den Nordirak vor. Aktuell ist die Bergregion im Norden Iraks entlang der türkisch-irakischen Grenze unter türkischer Militärkontrolle. Ein Ausbau der türkischen Militärpräsenz in der Region wird angestrebt. In einer Neugewichtung der Kräfteverhältnisse sehen wir aktuell auch die Parteinahme der Türkei für die Kurdische Regionalregierung gegen die von Iran unterstützten Milizen, die faktisch Bündnispartner der PKK sind. Da Iran seinen Einflussbereich in Irak nicht verlieren möchte, scheint ein Kräftemessen der beiden Länder unvermeidlich. Gleichwohl wird der kommende Präsident Irans wenig Einfluss auf die Irakpolitik seines Landes haben, denn diese ist, wie im Fall Syriens, die quasi exklusive Domäne der Revolutionsgarden. Allerdings würde ein Hardliner beziehungsweise konservativer Präsident im Amt, der seine Politik stärker an den Revolutionsgarden ausrichtet, vermutlich einen kohärenteren Ansatz sowohl in der Irak- als auch in der Syrienpolitik fahren.



Die iranisch-türkischen Beziehungen werden sich aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren verschlechtern. Darauf haben die Wahlen nur einen geringen Einfluss. Zum einen ist es der Wandel im regionalen Kontext, der beide Staaten in entgegengesetzte Richtungen drängt, und zwar unabhängig davon, wer Präsident ist. Zum anderen ist der iranische Präsident in der Außenpolitik nur einer von mehreren Akteur*innen und insbesondere da, wo die Interessen der nationalen Sicherheit berührt sind, ist seine Macht begrenzt. Der konservative Hardliner an der Spitze des Staates, von dessen Wahl aktuell ausgegangen wird, leistet zur Verschlechterung der bilateralen Beziehungen insofern nur einen marginalen Beitrag.

Zu erwarten ist eine Phase der Rivalität, die jedoch begrenzt bleiben wird. Angesichts ähnlicher Kapazitäten in den beiden wichtigsten Nationen der Region werden Iran und die Türkei sich auf kontrollierte Konkurrenzen beschränken. Nach einer Lockerung oder Aufhebung der amerikanischen Sanktionen gegen Iran wird überdies der Handel wieder zur wichtigsten Grundlage der Beziehungen beider Länder werden.

AUF KONFRONTATIONSKURS:

DIE WÄHLER*INNEN UND DIE HARDLINER DES IRANISCHEN REGIMES

*Die Präsidentschaftswahlen in Iran rücken näher und die Wähler*innen stehen vor einem Dilemma. Für die Hardliner im Regime hingegen ist die Sache klar: Sie wollen ihre Macht festigen, koste es, was es wolle.*

Keine der Optionen, die sich bei den Präsidentschaftswahlen am 18. Juni bieten, macht die iranischen Wähler*innen glücklich. Ihre Wahlmöglichkeiten sind – selbst gemessen am ohnehin beklagenswerten Standard der Islamischen Republik – sehr begrenzt.

Mit keiner der Strategien, die sie im letzten Vierteljahrhundert entwickelten, um einen friedlichen politischen Wandel im Land voranzutreiben, waren die Iraner*innen erfolgreich.

Die wiederholt zum Schweigen gebrachte Mehrheit des Landes, de facto ein Bündnis der Mittelschicht, Frauen, Jugendlichen und Minderheiten im Land, strömte bei den Präsidentschaftswahlen 1997 und 2001 und den Parlamentswahlen des Jahres 2000 an die Wahlurnen. Die Wahlbeteiligung lag 1997 bei 80 und 2001 bei 67 Prozent.

Geändert hat sich dennoch nichts. Die in den Institutionen des iranischen Deep State eingebetteten extremistischen Hardliner blockierten die Agenda des Reformpräsidenten Mohammed Chatami und der Fraktion der reformorientierten Front Zweiter Khordad, die nominell im iranischen Parlament die Mehrheit hatte.

„In den ersten Jahren der Amtszeit Mohammad Chatamis [Ende der 1990er] erstarkte die Mittelschicht im Land. Sie glaubte, sie könnte die Struktur des Landes mitbestimmen und das System durch die Wahl kompetenter Politiker*innen erneuern“, erklärt ein Autor aus Teheran. „Doch ihre Initiativen wurden abrupt gestoppt. Die Hardliner taten alles, um die Reformier*innen zum Schweigen zu bringen. Chatamis Untätigkeit und Schwäche in der zweiten Amtszeit ließen seine Wähler*innen frustriert zurück.“

Empört und entsetzt angesichts der Aussicht auf eine weitere Präsidentschaft Ali Akbar Hashemi Rafsandschanis verzichtete die Mittelschicht 2005 auf eine Stimmabgabe. Die Wahlbeteiligung sank auf 59 Prozent. Doch das Ergebnis, das sie am Ende bekam, war schlimmer als der Kandidat, den sie verhindern wollte. Präsident Mahmoud Ahmadinedschad verstärkte nicht nur die Repression, nahm zuvor gewährte Freiheiten zurück und trieb die Wirtschaft weiter in die Krise, er beschädigte mit giftigen Reden und Gesten auch massiv den Ruf Irans auf internationalem Parkett.

Im Vorfeld der Wahlen von 2009 trugen iranische Aktivist*innen die grüne Farbe der Wahlkampagne von Mir-Hossein Mousavi auf die Straße. Erfüllt von Bürgerstolz hofften sie, Ahmadinedschad aus dem Amt jagen zu können. Am Wahltag vermeldeten offizielle Stellen eine Beteiligung von 80 Prozent. Nach dem skrupellosen Wahlbetrug durch die Anhänger*innen des Regimes, der Ahmadinedschad einen irrationalen, überwältigenden Sieg bescherte, versammelten sich die Menschen erneut zu Demonstrationen. Die Staatsmacht schlug ihren friedlichen Protest mit Tränengas, Knüppeln und scharfer Munition nieder.

Trotz größerer Skepsis unterstützten die Aktivist*innen 2013 und 2017 den moderaten Pragmatiker Hassan Rohani. Mit einer Wahlbeteiligung von über 70 Prozent verhalfen sie ihm in beiden Jahren zu einem Sieg über die Hardliner. Allerdings war Rohani nie ein Reformler, sondern vielmehr durch und durch ein Mann des Systems. Seine Wähler*innen irrten, als sie annahmen, dass die Apologeten des düsteren Regimes, die Kommandeure der Revolutionsgarden, Geheimdienstler und fanatischen Gefolgsleute der Welayat-e Faqi im Umfeld des Klerus in Ghom sowie die Institutionen des Obersten Führers, die schon Chatami (der 2013 ebenfalls antreten wollte) nicht duldeten, dem Zentristen Rohani gestatten würden, den politischen Raum zu öffnen, die Beziehungen zu den Weltmächten zu reparieren und dem Land ein gewisses Maß an Rechtsstaatlichkeit zu bringen. Der politischen Reife und Mäßigung der Wähler*innen begegneten sie mit eisiger Gleichgültigkeit. Chamenei und seine Kader in der Justiz und im Sicherheitsapparat verschärften die Repressionen, verweigerten sich jeglicher Transparenz und stoppten Rohanis Agenda einer „Reform Light“.

Hilfe bekamen sie von Donald Trump, dessen Politik des „maximalen Drucks“ und der Sabotage des Joint Comprehensive Plan of Action jene diskreditierte, die im Umfeld der Regierung für eine Annäherung argumentierten oder zumindest ein gewisses Maß an friedlicher Koexistenz mit den Vereinigten Staaten empfahlen.

Soweit die Vorgeschichte der nun anstehenden Präsidentschaftswahlen in Iran. Beobachter*innen konstatierten wenig überrascht, dass der Klartext redende Außenminister Mohammad Javad Zarif bereits vor dem 18. Juni durch ein geleaktes Audiointerview und eine von den Hardliner-Medien propagierte Schmutzkampagne aus dem Rennen gekickt wurde. Es wunderte auch niemanden, dass der Wächterrat die Kandidatur des nach den Aufständen von 2009 einige Zeit inhaftierten Reformers Mostafa Tadschzadeh nicht zuließ.

Das Gremium aus zwölf Vertretern des Klerus und der Justiz agiert zunehmend unverblümt als Handlanger der Hardliner des Regimes. Sein Programm trägt die Handschrift der Extremisten in der Elite der Islamischen Republik. Da Chamenei bereits über achtzig Jahre alt ist, sehen seine Jünger die Wahlen als eine großartige Gelegenheit, einen Nachfolger zu salben und die Zukunft Irans entsprechend ihren Interessen zu gestalten.

Durch den Ausschluss des ehemaligen Parlamentspräsidenten Ali Laridschani, vorgeblich weil seine Tochter Fate-meh Ardeschir-Laridschani in den USA lebt und arbeitet, zeigte das Regime einmal mehr, dass auch ein durch und durch pragmatischer Konservativer rechts von Präsident Hassan Rohani nicht mehr akzeptabel ist.

Den für die Mittelschicht annehmbaren, zur Wahl zugelassenen Kandidierenden – Zentralbankgouverneur Abdolnasser Hemmati und Chatamis früherer Minister für Jugend und Sport Mohsen Mehralizadeh – fehlt es nicht nur an Charisma, sondern auch an öffentlicher Unterstützung und Knowhow. Mehralizadeh wäre als Präsident eine schwächere, weniger aufgeklärte Version Chatamis; Hemmati ein noch zahnloserer Rohani, ohne dessen institutionelle Kompetenz und Unterstützung. Beides wissen die Iraner*innen nur zu gut.

„Meine Bekannten gehen nicht wählen“, berichtet ein mit den Reformler*innen sympathisierender Journalist in Teheran. „Sie wollen diese Wahlen nicht mit ihrer Stimmabgabe legitimieren. Es ist bekannt, dass die Zahlen nicht stimmen. Jede*r sieht, was hier geschieht. Das ist alles nur schöner Schein für die Außenwelt.“

In den ersten Junitagen wird das staatliche Fernsehen eine Reihe voraufgezeichneter Debatten ausstrahlen. Jedem der sieben zugelassenen Kandidaten stehen dreißig Minuten zur Verfügung. Die Sender berichten umfassend über die kommenden Wahlen.

Ungeachtet der Tatsache, dass er während einer der größten Wirtschaftskrisen in der Geschichte Irans an der Spitze der Zentralbank stand, versprach Hemmati in einem TV-Interview, im ersten Jahr seiner Präsidentschaft eine Million neue Arbeitsplätze zu schaffen. Mohsen Rezaei, Ex-Kommandeur der Revolutionsgarden und bereits mehrfach Kandidat für das Amt des Präsidenten, stellte in seinem Gespräch mit dem Sender eine fünffache Steigerung der monatlichen Barsubventionen in Aussicht, ein Programm, das die Inflation unweigerlich weiter anheizen wird.

Dagegen wird selbst im politischen Establishment des Landes deutliche Kritik laut. Aufrufe zum Wahlboykott kommen nicht zuletzt von Hassan Khomeini, dem Enkel des Gründers der Islamischen Republik, und vom früheren Präsidenten Mahmoud Ahmadinedschad.

„Die Mittelschicht ist unzufrieden. Sie will Wandel, sie will Verbesserungen in verschiedenen Bereichen, insbesondere in der Wirtschaft“, erklärt Mohammad Hashemi, Wissenschaftler und Autor in Teheran. „Allerdings fehlt es an zugkräftigen, charismatischen Kandidaten. Das ist das große Problem. Denn wenn [die Mittelschicht] nicht zur Wahl geht, wird ein Hardliner oder konservativer Politiker Präsident werden. Es wiederholt sich dann, was wir bei den letzten Parlamentswahlen erlebten.“

Mit frecher, geradezu boshafter Arroganz lehnte der Wächterrat die Kandidaturen des Regimeanhängers Laridschani oder des populären Reformers Tadschzadeh ab. Allzu offensichtlich und alles andere als subtil ist der Versuch, das Spielfeld in Richtung des von Chamenei präferierten Nachfolgers und ebenfalls aus Mashhad stammenden Raissi zu kippen, damit dieser die Wahlen gewinnt.

Die Dreistigkeit, mit der vorgegangen wird, ist auch eine Konsequenz des anstehenden Kampfes um die Nachfolge Chameneis. Die Hardliner brauchen jemanden, um den sie sich scharen können, wenn der Revolutionsführer stirbt, und Raissi, der Mann mit dem schwarzen Turban, ultrakonservativer Vertreter des Klerus und überzeugter Anhänger der Welayat-e Faqi, entspricht exakt diesen Anforderungen.

Chamenei und sein Zirkel fühlen sich stark: Sie überlebten einen Marathon von Herausforderungen, darunter mehrere Runden landesweiter Proteste gegen das Regime, vier Jahre Donald Trump und seine Kampagne des „maximalen Drucks“, den Absturz des Ölpreises und die verheerenden, anhaltenden Folgen des Coronavirus.

Die Demonstrationen von 2009 und ihre Nachwehen zeigten deutlich, wie tief die Kluft zwischen Regime und Mittelschicht ist. Die Proteste, die Ende 2017 begannen, und in denen vor allem die Unter- und untere Mittelschicht aus den entfernten Provinzen, die das Regime eigentlich als eigene Basis betrachtet, auf die Straße gingen und gegen den Obersten Führer der Islamischen Republik Parolen anstimmten, war ein eklatanter Beweis für die große Wut, die die iranische Öffentlichkeit verspürt.

„Wirtschaftsprobleme, Freiheitsbeschränkungen, Menschenrechtsverletzungen und internationale Isolierung zerstörten die Hoffnungen der Mittelschicht“, kommentiert ein Autor in Teheran. „Dass Wandel möglich ist im Iran, glaubt niemand mehr wirklich.“

Chamenei und seine Handlanger können sich also nicht länger der Illusion hingeben, die Islamische Republik genieße die Unterstützung des Volkes. Vielleicht werben er und seine Verbündeten deshalb so aggressiv für Raissi – kaum vier Jahre, nachdem ihm die Wähler*innen eine beschämende Niederlage gegen Rohani verpassten. Hardliner im Klerus und im Sicherheitsapparat mobilisieren jedenfalls für den sechzigjährigen Juristen, der in den vergangenen zwei Jahren die iranischen Justizbehörden leitete.

Eine Überraschung am 18. Juni ist dennoch nicht ausgeschlossen. Vielleicht gelingt es Hemmati am Ende, die Wählenden hinter sich zu bringen, wenngleich er nicht einmal Rohanis Unterstützung genießt. Mehralizadeh, der einzige Reformler unter den sieben Kandidierenden, könnte ebenfalls mehr Stimmen einsammeln als erwartet. 2013 trieb erst in den letzten Tagen vor der Wahl eine Blitzkampagne in den sozialen Medien die Wähler*innen zu Rohani.

Sollten die Iraner*innen ihre Stimmen für Hemmati oder Mehralizadeh abgeben, dann jedoch nicht, weil sie deren Programme befürworten oder ernsthaft Veränderungen erwarten. Es wird dann eher eine Protestwahl gegen Chamenei sein. Ebenso wie der Revolutionsführer ihre Hoffnungen auf ein Mindestmaß an Demokratie oder Good Governance in Iran enttäuschte, könnten sie nun seine Hoffnung auf die Wahl Raissis sabotieren. Raissi wird der



Menschenrechtsverletzungen beschuldigt und steht auf der Sanktionsliste der USA. Er ist einer der Juristen, die für die in den späten 1980er-Jahren verübten Massenexekutionen von Tausenden Gefangenen im Gefängnis von Evin verantwortlich gemacht werden.

Chameneis Hybris und seine schamlose Ignoranz gegenüber Wählerwünschen demonstrieren, dass die Masken in der Islamischen Republik gefallen sind. Chamenei, flankiert von uniformierten Angehörigen der Streitkräfte und zahlreichen im Schatten agierenden, das Regime stützenden Paramilitärs, droht den Iraner*innen mit höhnischem Lachen. Die Wähler*innen könnten am 18. Juni ebenso höhnisch antworten.

STRATEGISCHE KONTINUITÄT – DAS PARADOX DES POLITISCHEN WANDELS IN IRAN

Die Wahlen in Iran scheinen beschlossene Sache zu sein. Für die Hardliner ist der Weg zum Präsidentenamt frei. Dennoch sollten sich Brüssel und die EU-Mitgliedsstaaten auf einen Iran einstellen, der trotz aller Rhetorik auch künftig Interesse an konstruktiven Beziehungen zu Europa haben wird.

Der Schlüsselmoment der diesjährigen Präsidentschaftswahlen in Iran wird nicht der Wahltag am 18. Juni sein. Er liegt bereits in der Vergangenheit: Es war der 25. Mai, als die Entscheidung des Wächterrats über die Zulassung der Kandidat*innen durch das Innenministerium bekannt gegeben wurde. Entgegen aller Erwartungen wurden alle bekannten reformorientierten und gemäßigten Bewerber*innen aus dem Rennen genommen.

Disqualifiziert wurde der derzeitige Vizepräsident der Regierung Rohani, Eshagh Dschahangiri, der sich als begabter Debattenredner einen Namen gemacht hat. Auch der in der Öffentlichkeit durchaus beliebte Außenminister Mohammad Dschawad Sarif durfte nicht antreten, nachdem seine ablehnende Haltung gegenüber der Revolutionsgarde öffentlich wurde.

Die überraschendste Entscheidung fiel jedoch gegen einen anderen prominenten Vertreter der iranischen Politik: Ganz Teheran spekuliert über den Ausschluss des konservativen Ali Laridschani. Der frühere Parlamentspräsident und enge Berater Chameneis hatte mutmaßlich den Revolutionsführer persönlich um grünes Licht gebeten, bevor er seine Kandidatur erklärte. Dass der Wächterrat ihn dennoch nicht aufstellte, lässt vermuten, dass der Oberste Führer der Islamischen Republik letztlich seine Meinung änderte. Möglicherweise steht das in Zusammenhang mit Laridschanis Bruder Sadegh. Der ehemalige Chef der Justiz ist selbst Mitglied des Wächterrats, und ihm wird nachgesagt, dass er eigene Ambitionen habe, zu gegebener Zeit Chameneis Nachfolge anzutreten.

Eine andere denkbare Erklärung wäre die in Führungskreisen gehegte Besorgnis, Ali Laridschani könnte sich perspektivisch zu sehr auf die Moderaten und Reformer zubewegen. Der Revolutionsführer und sein Umfeld wollen kein Risiko eingehen. Eine weitere „gemäßigte“ Regierung wäre in einer schwierigen Zeit, in der die Nachfolge des Obersten Führers ansteht und ein heftiger Wettbewerb innerhalb der politischen Elite über den zukünftigen Kurs der Islamischen Republik zu erwarten ist, eine zusätzliche Belastung.

Eine andere Version dieser These verweist auf die Spaltungen innerhalb des „konservativen“ oder „prinzipientreuen“ Lagers: Vielleicht hat in diesem speziellen Fall Ali Chamenei nicht das letzte Wort gehabt.

DIE IRANISCHE POLITIK AM WENDEPUNKT

Zur Wahl stellt sich nun Justizminister Ebrahim Raissi, der als einziger starker Kandidat neben einer Reihe weitgehend unbekannter Namen übrig ist. Natürlich könnte sich auch der aktuelle Notenbankchef und kompetente Technokrat Abdolnaser Hemmati als großer Politiker im Kampf um die Präsidentschaft entpuppen. Doch die kurze Zeit, die den Kandidierenden für den Wahlkampf bleibt, lässt eine solche Entwicklung höchst unwahrscheinlich erscheinen. Überdies verfügt Hemmati nicht über eine eigene politische Machtbasis.



Der Jurist Raissi hat dagegen enge Verbindungen zum Sicherheitsapparat und tritt mit einem dunklen Vermächtnis zur Wahl an. Er war in die Unterdrückung von Volksbewegungen und insbesondere in die berüchtigten Massenhinrichtungen politischer Gefangener im Jahr 1988 involviert. Raissi ist überzeugter Konservativer und wird als Chameneis Erbe für das Amt des Obersten Führers gehandelt. 2017 hatte er sich schon einmal um die Präsidentschaft beworben. Damals verlor er gegen Rohani. Dennoch etablierte er sich durch seinen Wahlkampf als relevante politische Figur auf nationaler Ebene. In diesem Jahr scheint die Führung der Islamischen Republik sicherstellen zu wollen, dass Raissi die Wahl gewinnt. Die Präsidentschaft wäre, so wird weithin angenommen, für ihn das Sprungbrett, um eines Tages Oberster Führer zu werden.

Noch ist das alles Spekulation. Tatsache ist allerdings, dass am 18. Juni 2021 zum ersten Mal eine Präsidentschaftswahl in Iran stattfindet, bei der die Wählenden faktisch keine Optionen haben. Das wird auch von einigen Konservativen kritisiert. Die alte Regel, nach der der Wächterrat zwar entscheidet, wer sich zur Wahl stellen darf, doch gleichzeitig dafür sorgt, dass es einen echten Wettbewerb der Kandidierenden und damit eine echte Wahl für die Wahlberechtigten in Iran gibt, scheint aufgehoben.

Aus diesen Trends lassen sich mehrere vorläufige Schlussfolgerungen ziehen. Besonders besorgniserregend ist, dass die derzeitige Führung die öffentliche Meinung mittlerweile weitgehend ignoriert. Generell wird mit einer geringen Wahlbeteiligung gerechnet. Die Entfremdung zwischen der Mehrheit der urbanisierten Mittelschicht und dem Regime wird sich verstärken, eine (weitere) Schwächung der Legitimität der Islamischen Republik wird die Folge sein.

Die derzeitige Führung des Landes scheint das Legitimationsdefizit als gegeben hinzunehmen. Das eigene Überleben ist ihr offenbar wichtiger als die Förderung von Pluralismus im Land. Sollte sich das in den kommenden Jahren weiter ausprägen, würden wir Zeug*innen eines wichtigen Wendepunkts im Wesen der Islamischen Republik werden, die künftig noch weniger Raum für politischen Wettbewerb lässt und noch mehr auf die Unterdrückung von Forderungen des Volkes setzt.

Bis zu einem gewissen Grad wäre das eine Art „Normalisierung“ im regionalen Kontext, in dem sich Iran an den traditionell autoritären Regimen orientieren würde, hier mit einer religiös-militärischen Kaste an der Spitze. Es ist kaum vorstellbar, dass eine solche Entwicklung angesichts der Geschichte des politischen Engagements für Stabilität und Wohlstand in Iran auf lange Sicht etwas Gutes bedeutet.

EUROPA UND DAS PARADOX DES POLITISCHEN WANDELS IM IRAN

Paradoxerweise dürfte der Wesenswandel der Islamischen Republik jedoch kaum Auswirkungen auf die Außenpolitik Teherans haben. Denn die iranische Strategie wird von geopolitischen Realitäten und realpolitischen Überlegungen bestimmt. Die Staaten Europas, insbesondere die E3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien), sollten ihre Politik gegenüber Iran an dieser Prämisse ausrichten.

In der gegenwärtigen Situation ist unklar, ob die Wiener Atomgespräche noch vor der Wahl zu einem Kompromiss führen. Ob ein solcher dann akzeptabel ist oder nicht, und auch über den Zeitpunkt, entscheidet allein der Oberste Führer der Islamischen Republik. Tatsächlich deuten die Signale aus dem Land darauf hin, dass selbst die Hardliner verstehen, dass der Zustand der Wirtschaft, verstärkt durch die Folgen der Pandemie, gezielte Anstrengungen erfordert, um eine Aufhebung oder zumindest eine Milderung der US-Sanktionen zu erreichen.

Unabhängig davon, wie der nächste Präsident Irans heißen wird, sollte es daher Raum für Verhandlungen geben. Denkbar ist ohnehin, dass ein Präsident Raissi durchaus an der Wiederbelebung des Atomabkommens interessiert ist, um sein Legitimationsdefizit auszugleichen und seine Popularität zu steigern, und zwar im Kontext eines Systems, das sich homogener präsentiert als in der Vergangenheit. Die Herausforderung für die Europäer als ehrli-



che Makler in den laufenden Wiener Gesprächen wird sich gleichwohl nicht anders stellen als heute: Sie müssen ausgewogen agieren, um eine Lösung auszuhandeln, mit der sowohl Teheran als auch Washington leben können.

Darüber hinaus sollte Europa einen weiteren Faktor in Betracht ziehen. In den vergangenen Jahren der Sanktionen konnte die iranische Führung die Verlässlichkeit Chinas und Russlands als Alternative zum Westen testen. Teheran erklärte, durch einen umfassenden strategischen Deal eine neue Ära der Zusammenarbeit mit China einzuläuten, und wurde nicht müde, zu betonen, dass Europa mit Blick auf Trumps Strategie des „maximalen Drucks“ eine große Enttäuschung war. Die EU und insbesondere die E3 wären gut beraten, diese Aussagen nicht für bare Münze zu nehmen. Sie sollten vielmehr davon ausgehen, dass die Iraner – einschließlich der Konservativen und der immer mächtigeren religiös-militärischen Kaste – die strategischen Kräfteverhältnisse auch weiterhin richtig einschätzen.

Die iranische Führung ist sich der zunehmenden Polarisierung zwischen China und Russland gegenüber den USA und ihren Verbündeten bewusst und realisiert zweifellos auch das neue Selbstbewusstsein der Türkei und anderer Nationen. Für die Entscheidungsträger in Teheran ist ein exklusives Bündnis mit und damit eine Abhängigkeit von China und Russland keineswegs attraktiv. Das Land würde so gezwungen, die strategische Unabhängigkeit aufzugeben, die sich bislang in der revolutionären Losung „Weder Ost noch West“ manifestiert hat.

Vor diesem Hintergrund sollte Teheran, gleichgültig, wer der neue Mann an der Spitze des Landes wird und wie sich das Regime entwickelt, dauerhaft an einer engen Zusammenarbeit mit Europa interessiert bleiben.

In den europäischen Hauptstädten muss nun strategisch überlegt werden, wie dieses Interesse genutzt werden kann. Eine Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen sollte mit einem intensiven politischen Dialog mit Teheran und mehr Kontakten zu einer höchst beunruhigten Zivilgesellschaft einhergehen. An der wirtschaftlichen Front sollten Themen wie die Ökologisierung der Wirtschaft Priorität haben. Eine Option wäre ein Abstimmen des europäischen Vorgehens mit Australien, Indien, Südkorea und anderen Demokratien Asiens. Bei der Wiedereingliederung Irans in die internationale Gemeinschaft spielen sie eine relevante Rolle, falls die neue iranische Führung den JCPOA als Grundlage für die europäisch-iranischen Beziehungen akzeptiert. Eine europäisch-indopazifische Annäherung bewirkt zwar keine Distanz zu Washington, wäre aber ein kluger Schachzug, um Iran zu demonstrieren, dass es eine Alternative zur Konkurrenz zwischen China und den USA gibt.

EINE KRITISCHE PHASE:

EINE EMIRATISCHE PERSPEKTIVE AUF DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN IRAN

Von der Politik Irans unmittelbar betroffen, blicken die sechs Mitglieder des Golfkooperationsrats (GCC) mit großem Interesse auf die bevorstehenden iranischen Präsidentschaftswahlen. Eine regionale Initiative mit Unterstützung der Vereinten Nationen könnte das Land in die internationale Gemeinschaft zurückholen.

The upcoming Iranian presidential elections on June 18 are arguably one of the key political milestones since the revolution of 1979. Having taken control of parliament and successfully weakened and dismantled the moderate camp, conservatives are making extra efforts to take control of the presidency in this round of competition, while moderates are trying to stay in power and preserve their control over the executive branch.

Die am 18. Juni anstehenden Präsidentschaftswahlen sind zweifellos einer der wichtigsten Meilensteine seit der Revolution in Iran 1979. Nachdem die Konservativen die Mehrheit im Parlament erringen und das Lager der Gemäßigten erfolgreich schwächen konnten, bemühen sie sich nun mehr denn je, auch die kommenden Wahlen für sich zu entscheiden. Derweil versuchen die Moderaten alles, um an der Macht zu bleiben und die Kontrolle über die Exekutive nicht aus der Hand zu geben.

Der Wahlkampf 2021 findet in einem kritischen Moment statt. Iran steht – mit Blick auf die Bemühungen um die Wiederbelebung des Atomabkommens und auf die Unterzeichnung eines strategischen Kooperationsabkommens mit China – an einem wichtigen Wendepunkt in seinen internationalen Beziehungen.

Diese globalen Entwicklungen bleiben nicht ohne Konsequenzen für das Verhältnis zwischen Teheran und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) sowie den übrigen Mitgliedern des Golfkooperationsrats. Gleichgültig, wie die Wahlen ausgehen oder was die Nuklearverhandlungen und die iranisch-chinesischen Beziehungen bringen werden: Was in Iran geschieht, wird in der unmittelbaren Nachbarschaft am stärksten zu spüren sein. Die Golfstaaten müssen sich dieser Herausforderung stellen und eigene Initiativen gegenüber Iran entwickeln, um die Spannungen auf regionaler Ebene zu überwinden.

Vor diesem Hintergrund darf nicht vergessen werden, dass sich alle politischen Gruppierungen auf die Möglichkeit des baldigen Ablebens von Revolutionsführer Ali Chamenei vorbereiten. Das Lager, das im Juni die Präsidentschaft für sich sichern kann, wird die Chance haben, in ihrer vierjährigen Amtszeit die Zukunft Irans zu gestalten und damit zu entscheiden, wie sich die internationalen Beziehungen des Landes und die Ära nach Chamenei entwickeln.

Die besondere Bedeutung der anstehenden Wahlen erklärt das Engagement des iranischen Deep State, der sich bisher nie direkt in die Entscheidung oder die Sicherung der Präsidentschaft eingemischt hat. Auch erklärt es die unverhohlene Einmischung von Chamenei. Es heißt, er selbst habe potenzielle Bewerber von einer Kandidatur abgehalten. Einer von ihnen ist Hassan Khomeini, der Enkel des Revolutionsgründers.

Chamenei und die Institutionen des Deep State wissen, dass das Lager, das den nächsten Präsidenten stellt, bessere Chancen hat, auch den Nachfolger des Obersten Führers zu nominieren. Sollte ein Kandidat wie Hassan Khomeini seinen Hut in den Ring werfen, könnten die Wahlen im Juni zu einer spannenderen Angelegenheit werden, die für das Regime schwerer zu steuern ist. Sie unternehmen daher alles, um zu verhindern, dass der refor-



mistische und moderate Block mobilisiert wird. Denn sie wollen sichergehen, dass ein konservativer Kandidat die Nachfolge Hassan Rohanis antritt.

Die Präsidentschaftswahlen 2021 finden unter schwierigen ökonomischen Bedingungen statt. Das Land leidet unter den Folgen von drei Sanktionsjahren, die die wichtigsten Sektoren der iranischen Wirtschaft hart getroffen haben. Die Wirtschaftskrise prägt in hohem Maß auch die politische Landschaft Irans und wird bestimmen, mit welchen Slogans die Kandidaten um Wählerstimmen kämpfen.

Berichten aus Iran ist zu entnehmen, dass die Wahlbeteiligung die wichtigste Frage bei den anstehenden Wahlen ist. Bei den Parlamentswahlen im Februar 2020 lag sie unter 45 Prozent. Eine hohe Beteiligung bei den nun anstehenden Präsidentschaftswahlen könnte sich als signifikanter Vorteil für eine Partei gegenüber den anderen erweisen. Denn das Lager der Reformer hofft auf eine hohe Wahlbeteiligung und gibt sich überzeugt, dass diese ihren Sieg bedeuten würde. Die Konservativen setzen auf eine Teilnahme von unter fünfzig Prozent: Ihr Kalkül ist, dass sie höhere Gewinnchancen haben, je weniger Menschen am 18. Juni zur Wahl gehen.

Aus den Wahlen der Vergangenheit wissen wir, dass konservative und reformorientierte Parteien in jeweils unterschiedlichen geografischen Zonen ihre Mehrheiten finden. Während die Konservativen vor allem in den Kleinstädten und auf dem Land stark sind, haben die Reformer ihre Basis in den größeren Industriestädten, wo die ohnehin für Reformen aufgeschlossener Mittelschicht lebt. Dieses Muster kristallisierte sich in den letzten zwanzig Jahren heraus und muss bei den Analysen zur kommenden Präsidentschaftswahl berücksichtigt werden.

Angesichts der Initiativen der konservativen Seite erwarten die Reformer einen unfairen Wettbewerb. Überdies gelingt es ihren Kandidaten bislang kaum, die Wähler*innen zu überzeugen: Diese sehen sie als mitverantwortlich für das Scheitern der Regierung Rohani. Das könnte, so befürchtet man im Reformerlager, zu einer Wahlniederlage führen.

Ein Umdenken bei den Reformern hinsichtlich der Frage, ob es überhaupt lohnt, sich zur Wahl zu stellen, bewirkte die Wahl von US-Präsident Joe Biden. Die Politik der Regierung Trump hatte den Wahlskeptiker*innen zunächst Auftrieb gegeben. Bidens Amtsantritt sorgte jedoch für neuen Optimismus bei den Kräften im Reformerlager, die sich für eine Kandidatur aussprechen.

Die Konservativen zeigen sich derweil zuversichtlich. Nachdem sie die Mehrheit im iranischen Parlament erringen konnten, erwarten sie auch einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen. Allerdings muss das konservative Lager seine Spaltung überwinden, um dieses Ziel auch zu erreichen. In den vergangenen zwei Jahren wurde mehrfach der Ruf nach einem „Mann des Militärs“ an der Spitze des Staates laut, ein Präsident, der das Land aus der aktuellen Krise herausführt. Dies ist insbesondere der Wunsch der Revolutionsgarde, die ihren politischen Einfluss ausbauen und neben dem Parlament auch die Exekutive kontrollieren möchte. Die Vorwahlzeit wäre der richtige Moment, um die Reihen im konservativen Lager zu schließen. Relevante innenpolitische Indikatoren in Iran deuten darauf hin, dass bei ihrem Wahlsieg eine weitere Isolation des Landes und mehr Extremismus zu erwarten sind. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die Revolutionswächter und die mit ihnen sympathisierenden Gruppen direkt oder indirekt die Kontrolle über alle Staatsorgane übernehmen werden.

Auch außenpolitisch deuten wesentliche politische, ökonomische und soziale Trends an, dass ein konservativer Wahlsieg drastische Konsequenzen haben könnte. Wenn die internationale Gemeinschaft keine Lösung findet und es nicht gelingt, Iran wieder einzubinden, dürfte das Regime eine noch extremere Haltung einnehmen und sich stärker als bislang schon in regionale Konflikte einmischen. Die bereits heute sichtbaren Bestrebungen der herrschenden politischen Kräfte in Iran sind ein Indiz dafür. In der Folge würde sich die Lage noch komplizierter gestalten, als sie ohnehin ist.



Im Wissen darum müssen die internationale Gemeinschaft und die Länder des GCC neue Initiativen entwickeln. Es gilt, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, bevor der "point of no return" erreicht ist. Eine endgültige Lösung aller bestehenden Probleme mag sich zwar als unmöglich erweisen, doch eine regionale Initiative könnte einige der Fragen aufgreifen, die für die internationale Gemeinschaft und die arabische Welt gleichermaßen von Belang sind, nicht zuletzt das iranische Raketenprogramm und die expansionistische Agenda Teherans in der Region. Eine solche Initiative müsste allerdings auch die strategischen Determinanten berücksichtigen, die bisher verhindert haben, dass sich die beteiligten Seiten auf eine praktische Lösung verständigen.

Regionale Lösungsansätze haben bislang weder die Doppelzüngigkeit des herrschenden Regimes in Teheran noch den spezifischen Charakter der Beziehungen zwischen Regierung und dem Deep State aufgegriffen. Sie blieben weitgehend inhaltsleer und oberflächlich oder beschränkten sich auf Aufrufe zur Befriedung und Gesten des guten Willens. Bei den globalen Versuchen, die Iranfrage zu lösen, sieht es kaum anders aus. Auch sie blieben weitgehend Makulatur und verweisen auf ein unzureichendes Verständnis von den tiefgreifenden ideologischen, psychologischen und historischen Faktoren, die in Iran eine Rolle spielen.

Wenn es der internationalen Gemeinschaft ernst ist mit dem Wunsch, die Hindernisse zu beseitigen und eine Lösung zu finden, muss sie den Staaten des Golfkooperationsrats eine führende Rolle überlassen, denn diese sind vom Raketenprogramm und den Expansionsbestrebungen Irans am stärksten betroffen. Die internationale Gemeinschaft ist aufgerufen, einen regionalen Dialog einzuleiten. Unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen sowie unter strenger internationaler Aufsicht und deutlicher Unterstützung wäre dies das Forum, in dem die offenen Fragen erörtert werden könnten.

Findet sich kein Weg aus der Sackgasse, in die die politischen Beziehungen geraten sind, wird Iran seinen expansionistischen Kurs fortsetzen und wir werden in den kommenden Jahren weiter den hohen Preis der Instabilität und Gewalt zahlen. Bleiben die Gelegenheiten für einen Ausweg aus der Sackgasse ungenutzt, könnte es morgen schon zu spät sein: Es gibt dann kein Zurück mehr und die Krise bleibt dauerhaft ungelöst.

Die Golfstaaten als von der Krise am stärksten Betroffenen müssen sich an der Suche nach einem Weg aus der festgefahrenen Lage beteiligen. Dies erfordert eine strategische Perspektive, in die das iranische Regime vorsichtig, sorgsam und realistisch einzubinden ist. Die Entscheider*innen des GCC müssen starken Willen zeigen und ihre Bemühungen mit globalen Partnern koordinieren. Letztlich muss jedes Engagement in dieser Richtung auf eine Vereinbarung abzielen, die dazu beiträgt, dass Iran wieder ein normales Mitglied der internationalen Gemeinschaft wird. Für die Golfregion, die internationale Gemeinschaft und den unter den Sanktionen leidenden Iran wäre dies das beste Ergebnis.

IRANS SOZIALE FRAGE – IM SCHATTEN VON POLITIK UND WAHLKAMPF

In Iran wird die soziale Frage immer brisanter, doch die Elite der Islamischen Republik behandelt sie weiterhin stiefmütterlich. Den Forderungen aus den größer werdenden Reihen der Protestierenden kann sie weder politisch noch wirtschaftlich etwas anbieten.

Am 18. Juni wählt Iran den Nachfolger des nach acht Jahren Amtszeit ausscheidenden Präsidenten Hassan Rohani. Doch obgleich sich während Rohanis Amtszeit die sozio-ökonomische Lage der Bevölkerung massiv verschlechterte, wird das Thema soziale Gerechtigkeit von der gesamten iranischen Elite weiterhin äußerst stiefmütterlich behandelt.

Zur akuten sozio-ökonomischen Krise Irans gehören eine weitestgehend in Armut verharrende Unterschicht und eine zunehmend schrumpfende Mittelschicht – beide Phänomene tragen politischen Sprengstoff in sich.

Die Präsidentschaft Rohanis war geprägt von einer Vielzahl sozialer Proteste. Fast täglich gab es in den letzten Jahren Demonstrationen und Proteste von Arbeiter*innen, Lehrkräften, Rentner*innen und anderen Gruppen. Diese mündeten in landesweiten Protesten zur Jahreswende 2017/18 und im November 2019, die jeweils mit großer Brutalität von staatlicher Seite niedergeschlagen wurden.

Trotz der Virulenz der „sozialen Frage“ hat kein Präsidentschaftsaspirent – egal ob Reformist, Zentrist, konservativ, Prinzipalist oder aus den Reihen der Revolutionsgarden – das Thema mit der gebotenen Dringlichkeit in den Vordergrund gestellt. Vielmehr gibt es Lippenbekenntnisse und vereinzelte Rufe nach der Bekämpfung von Korruption. Außerdem werden außenpolitische Themen wie die erneuten Atom-Verhandlungen mit den USA prominent diskutiert.

Dabei gehört der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit zu den zentralsten Ambitionen von Revolution und Islamischer Republik. Doch vor allem nach Ende des Iran-Irak-Krieges 1988 zeigte sich schnell, dass die revolutionären Versprechen an die „Entrechteten“, die etwa jede*r Iraner*in „eine eigene Wohnung“ und „gratis Strom und Wasser“ versprochen, hohle Phrasen waren – eine Aneignung des damaligen, den Zeitgeist bestimmenden linken Diskurses durch die Chomeinist*innen.

Der Blick auf die Präsidentschaftswahlen im Nachkriegs-Iran führt vor Augen, dass die „soziale Frage“ im Jahr 2021 nicht zum ersten Mal ausgeblendet wird. Präsident Ali-Akbar Haschemi-Rafsandschani (1989–97) trat mit dem Slogan des wirtschaftlichen Wiederaufbaus an, trieb im Namen der „Entwicklung“ die Privatisierung der Wirtschaft voran und erlebte dabei schwere soziale Unruhen, die 1992 niedergeschlagen wurden. Sein Nachfolger Mohammad Chatami (1997–2005) setzte seinen Schwerpunkt auf zivilgesellschaftliche Freiheiten und eine Demokratisierung innerhalb des engen Korsetts der Islamischen Republik – auch wenn es bei ihm bei Parolen blieb und er keine wichtigen Veränderungen durchsetzen konnte. In sozialen und wirtschaftlichen Belangen setzte er die Politik seines Vorgängers fort.

Mahmud Ahmadinedschad (2005–13) war es, der als erster Präsident die soziale Frage in den Vordergrund gerückt hat. Immerhin hatten zweieinhalb Jahrzehnte nach der Einführung eines iranischen „[illiberalen Neoliberalismus](#)“ die soziale Schere geweitet und damit den revolutionären Idealen einer Islamischen Republik im Dienst der „Entre-

chteten“ Hohn gespottet. Doch Ahmadinedschads Wahlversprechen, dafür zu sorgen, dass die Einkommen aus dem Ölexport auch die Essstische der Menschen erreichen, verkam zu einem populistischen Manöver. Er betrieb ein Programm des sozialen Wohnungsbaus und der allgemeinen Krankenversicherung – und ist einer der wenigen hochrangigen Politiker der Islamischen Republik, von dem keine persönliche Bereicherung bekannt ist. Viele seiner Versprechen sowie Maßnahmen waren zwar populistischer Natur, doch ist er bei vielen Menschen, besonders in der Unterschicht, bis heute beliebt. Denn immerhin hatten monatliche Bargeldzahlungen, die im Rahmen einer Subventionsreform eingeführt wurden, die Einkommensungleichheit im Land teilweise verringert; wenngleich mit dem Wehrmutstropfen einer hohen Inflation.

Rohanis (2013-21) Agenda zielte hauptsächlich auf die Einigung mit dem Westen im Atomstreit, um durch einen Wegfall der US-Sanktionen die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu verbessern. Doch entgegen vieler Hoffnungen hat das im Juli 2015 abgeschlossene Atomabkommen die sozio-ökonomische Situation nicht verbessert. Stattdessen stieg die Einkommensungleichheit und damit einhergehend die soziale Frustration. Donald Trumps Ausstieg aus dem Atomabkommen drei Jahre später und die Wiedereinführung lähmender US-Sanktionen taten sodann ihr Übriges. Es folgten eine extreme Abwertung des iranischen Rial und eine horrende Inflation, die in der Geschichte der Islamischen Republik ihresgleichen suchen. Infolgedessen nahm auch die Armut zu. Nach offiziellen Angaben lebten vor zwei Jahren 19 Millionen Menschen in Slums, sogar jeder Dritte Stadtbewohner.

Die Aufstände von 2017/18 und 2019 waren die Folge; sie forderten das Regime in seiner Gesamtheit heraus. Auch wenn die Islamische Republik und viele hiesige Beobachter*innen die Proteste als direkte Folge der Sanktionen dargestellt haben, wurzeln diese in der sozialen Ungerechtigkeit, Armut, Korruption sowie in dem Mangel an politischen Partizipationsmöglichkeiten und der Dominanz autoritärer Strukturen – Faktoren, die nicht erst seit den US-Sanktionen existieren. So eruptierten die landesweiten Proteste zum Jahreswechsel 2017/18 knapp zwei Jahre nach Implementierung des Atomdeals und dem Wegfall der Sanktionen – also zu einer Zeit, in der die ökonomischen Errungenschaften des Abkommens die Menschen erreicht hätten sollen. Doch von der wirtschaftlichen Erholung profitierte nicht etwa die Bevölkerung, sondern hauptsächlich die Elite, die eng mit dem Regime verbandelt ist.

Besonders an den Protesten der letzten Jahre war, welche sozialen Schichten diese angeführt haben: die untere Mittelschicht und die Unterschicht, Menschen in Kleinstädten und Dörfern in allen Ecken des Landes.

Dies hebt die aktuellen Proteste von denen der Vergangenheit ab, etwa jenen nach den umstrittenen Wahlen 2009 oder den Studentenprotesten von 1999, die hauptsächlich von der urbanen Mittelschicht getragen wurden. Deren Fokus lag auf Bürgerrechten, während die soziale Frage kaum Beachtung fand. Die Ursachen der Proteste 2017/18 und 2019 hingegen waren hauptsächlich sozio-ökonomischer Natur. Der Auslöser des Aufstands vom November 2019 zum Beispiel war eine Verdreifachung der Benzinpreise, buchstäblich über Nacht. Auch waren diese Proteste in Form und Parolen radikaler: nicht ein Lager, sondern das gesamte System wurde in Frage gestellt – Reformisten wie Hardliner, der Klerus wie die Revolutionsgarden. Das Regime reagierte mit beispiellos eiserner Hand: Innerhalb einer mehr als einwöchigen Internetsperre wurden vermutlich 1.500 Menschen hingerichtet, zum Teil auf offener Straße.

Trotz dieser explosiven Lage beschäftigte sich im Vorfeld der anstehenden Präsidentschaftswahl kein Aspirant eingehend mit der sozialen Frage. Auch der Reformist Mostafa Tadschzadeh, der mittlerweile vom Wächterratt nicht zur Wahl zugelassen wurde, äußerte sich nicht zur sozialen Frage – und das obwohl er in anderen Bereichen radikale Forderungen aufstellt, etwa nach einer Änderung der Verfassung.

Die Ignoranz gegenüber der sozialen Frage ist indes nicht überraschend: Die Reformisten sehen die Mittelschicht als ihre primäre Ziel- und Wählergruppe – und haben in den letzten 20 Jahren versucht, sie mit Forderungen nach liberalen und persönlichen Freiheiten sowie mit dem Versprechen der Versöhnung zwischen Islam und Demokratie, an die Urnen zu bringen. Die Unterschicht, oft als konservativ und religiös umschrieben, war traditionell den Prinzi-

palisten bzw. Hardlinern zugeneigt. Doch zeigten die Proteste unter Rohani, wie das Regime die Unterstützung seiner bis dato als soziale Basis verstandenen unteren Schichten empfindlich eingebüßt hat. Diese sich [veränderte Klassendynamik](#) kann politische Folgen nach sich ziehen, die nur schwer vorhersehbar sind. Obwohl Stimmen aus dem Machtzirkel immer wieder auf diese tickende Bombe der sozialen Frage hinweisen, scheint [laut dem renommierten iranischen Sozialhistoriker Touradsch Atabaki](#) die Islamische Republik jegliches Interesse verloren zu haben, an der Situation der Arbeiter*innen und anderen prekären Gruppen etwas zu ändern – vermutlich auch eine Folge der Tatsache, dass im Land eine oligarchische Machtelite herrscht.

Eine Ausnahme bildete Ahmadinedschad, der sich zumindest den Parolen nach bewusst an die Unterschicht gewandt hat und für diese Programme präsentiert hat. Zwar versuchen immer wieder Politiker, das Erfolgsrezept von Ahmadinedschad zu kopieren. So trat der Militär, damalige Teheraner Bürgermeister und jetzige Parlamentspräsident Mohammad-Bagher Ghalibaf 2017 bei den Präsidentschaftswahlen mit dem Thema soziale Ungleichheit an und behauptete, 4% der Iraner*innen hätte sich den Reichtum des Landes unter die Nägel gerissen, während er die übrigen 96% repräsentieren würde. Auch Ebrahim Raissi – seit drei Jahren Chef der Justiz und zuvor Leiter der klerikal-kommerziellen Stiftung Astan-e Qods-e Razavi – versucht mit dem Thema Korruptionsbekämpfung zu punkten, sowohl 2017 als auch aktuell. Vor vier Jahren noch hatte er auf die schiere Zahl von 16 Millionen iranischen Slumbewohner*innen aufmerksam gemacht – als Angriff auf Amtsinhaber Rohani, dessen wirtschaftliche Versprechen uneingelöst blieben.

Doch diese populistischen Versuche waren bei den letzten Wahlen 2017 nicht von Erfolg gekrönt, da es Ghalibaf und Raissi sowohl an Glaubwürdigkeit als auch an überzeugenden Programmen mangelte. So ist wenig verwunderlich, dass Ahmadinedschad in vielen Umfragen immer noch gute Chancen bei der Präsidentschaftswahl eingeräumt wurden. Doch der Wächterrat hat ihn wiederholt nicht als Kandidaten zur Wahl zugelassen, so auch in diesem Jahr. Wie sehr das Regime ihn fürchtet, konnte man daran ablesen, dass dieses Jahr nach Verkündung seines Ausschlusses durch den Wächterrat, Sicherheitskräfte sein Haus vorsorglich umzingelten.

Es gibt keine Hinweise darauf, dass die soziale Frage in der Islamischen Republik an ihrer Brisanz einbüßen wird – im Gegenteil. Die Mittelschicht schwindet mehr und mehr. Armut und Verdrängung aus Innenstädten wegen horrender Mietpreise sind längst keine Probleme der Unterschicht mehr, sondern zunehmend ein Phänomen der Mittelschicht. Vor einigen Monaten wur-

de [berichtet](#), dass viele Familien aus der Mittelschicht sich kein Fleisch mehr leisten könnten, weswegen sich nun Schlagen für das Kaufen für Hühnerhaut bildeten. So hat [nach einigen Angaben](#) die Nachfrage nach Fleisch und Fisch im letzten Jahr um mindestens 50% nachgelassen.

Hinzukommt, dass die Islamische Republik am eklatanten Mangel politischer Freiheiten krankt, wodurch auch eine Politik der sozialen Gerechtigkeit blockiert wird. Linke, sozialistische oder sozialdemokratische Parteien oder Strömungen – obgleich neben dem Nationalismus und Islamismus [Bestandteil der modernen politischen Kultur des Landes](#) – dürfen nicht existieren oder bei Wahlen kandidieren. Unabhängige Gewerkschaften werden massiv unter Druck gesetzt, wichtige Arbeiterführer*innen immer wieder verhaftet.

Doch in der Bevölkerung bleibt das Thema der sozialen Gerechtigkeit wichtig. In Ermangelung von Parteien oder Strömungen, die die soziale Frage in den Mittelpunkt stellen, suchen die Iraner*innen nach Alternativen. Doch keine Strömung innerhalb des Systems hat dieses Thema im Fokus. Die in Europa lange als Hoffnungsträger*innen überschätzten Reformisten am wenigsten: Bei beiden landesweiten Protesten der letzten Jahre sprachen wichtige Vertreter des Reformlagers sich deutlich gegen die Proteste aus und beschimpften die Protestierenden als minderwertig oder „[Aasgeier](#)“. Sowohl die Reformen als auch die Konservativen sind Teil einer Machtelite, die sich explizit gegen sozialdemokratische Werte und Politik positioniert: Weder wird eine veritable Demokratisierung angestrebt, noch wird die virulente soziale Frage thematisiert.

Infolgedessen etablierte sich ein [Teufelskreis](#): reformistische bzw. im Westen als gemäßigt verklärte Präsidentschaften (jene von Chatami und Rohani), ebenen mit ihrem Ausblenden der sozialen Frage immer wieder den Weg für den Aufstieg rechtspopulistischer Herausforderer (damals Ahmadinedschad und heute Raissi).



Die soziale Frage hat große Sprengkraft. Sie ernsthaft zu stellen, heißt, fast alle Machtzentren der Islamischen Republik in Frage zu stellen. Denn strukturell bedingte Korruption und Vetternwirtschaft, das Monopolisieren politischer und wirtschaftlicher Macht sowie die Feindschaft mit den USA (und damit die Last der extraterritorial wirkmächtigen Sanktionen) sind wichtige Ursachen der sozialen Schieflage. Verbesserungen lassen sich nicht ohne strukturelle Veränderungen im System herbeiführen.

Vor diesem Hintergrund wird die soziale Frage – ungeachtet der Tatsache, wer im Juni Präsident wird (und vieles läuft auf Raissi hinaus) – ungelöst bleiben. Weitere soziale Proteste, die oft schnell in politische umschlagen, sind somit vorprogrammiert.

Zwar könnte eine Wiederbelebung des Atomdeals dem Regime helfen, die Wirtschaft ein wenig zu beruhigen und finanzielle Mittel zu erlangen, um wichtige Güter wie Mehl, Fleisch, Strom oder Benzin zu subventionieren, damit sie für größere Schichten bezahlbar bleiben. Doch die inhärenten sozialen Ungleichheiten im System bleiben in jedem Fall erhalten. Statt überfälligen Strukturreformen ist eher eine Neuauflage populistischer Wirtschaftspolitik zu erwarten.

Die Angst der Machthaber vor einer erneuten Eruption des Volkszorns bleibt bestehen. Jene Menschen, die 2019 auf die Straße gegangen sind – selbst laut offizieller Angaben 200.000 – haben wenig zu verlieren. Sie lassen sich nicht länger mit dem Schein-Widerspruch zwischen Reformlager und Konservativen aufhalten. Das macht sie unberechenbar und gefährlich für die Machtelite. Dieser fehlt eine Antwort auf die Forderungen der Protestierenden und kann ihnen weder wirtschaftlich noch politisch etwas anbieten.

BEI DEN WAHLEN GEHT ES UM DIE WIRTSCHAFT, DOCH DIE GEWERKSCHAFTEN VERWEIGERN JEGLICHES ENGAGEMENT

*Obwohl wirtschaftliche Belange bei den kommenden Wahlen die zentrale Rolle spielen, halten sich Irans Gewerkschaften zurück. Angesichts des weitreichenden Ausschlusses von Präsidentschaftskandidat*innen und konfrontiert mit Fragen des Überlebens für ihre eigenen Organisationen hoffen sie schlicht, dass bessere Zeiten kommen werden.*

Beschäftigte aus allen Branchen gingen in den vergangenen Jahren auf die Straße. Mehr als einmal führte ihr Frust über den sinkenden Lebensstandard zu lautem Protest und großen Demonstrationen. Den Politiker*innen ist sehr wohl bewusst, dass die Wahlberechtigten im Land unter der schwierigen ökonomischen Lage leiden. Tatsächlich spielen Wirtschaftsfragen, wie Esfandiyar Batmanghelidj ausführt, bei den Präsidentschaftswahlen 2021 eine elementare Rolle.

Insofern wäre zu erwarten, dass Arbeitnehmer*innenorganisationen und Gewerkschaften überlegen, wie sie strategisch profitieren können. Nicht so in Iran in diesem Jahr. Die Gewerkschaften werden das Rennen um die Macht im Staat aussitzen und auf bessere Zeiten warten.

GEWERKSCHAFTLICH ORGANISIERTE ARBEITER*INNEN IN DER ISLAMISCHEN REPUBLIK

Die organisierten Arbeitnehmer*innen Irans machen nur selten international Schlagzeilen. Doch es gibt Gewerkschaften, die in der Islamischen Republik offiziell zugelassen sind und sich entweder nach Branchen oder nach Berufen organisieren. Einflussreicher und mit politischem Gewicht organisiert haben sich etwa die Pflegekräfte im Gesundheitswesen, Lehrer*innen, Ingenieur*innen, Journalist*innen und Filmemacher*innen. Das Haus der Arbeitenden, ein Zusammenschluss der Angestellten in Industriekonzernen und Großunternehmen des Dienstleistungssektors, nimmt für sich in Anspruch, als Dachverband die werktätige Bevölkerung insgesamt zu vertreten. Der Verband organisiert auch Kampagnen der zahlreichen lokalen Verbände von Rentner*innen.

Auf die repressiven Jahre nach der Revolution von 1979 und den achtjährigen Krieg mit Irak erlebte Iran eine Phase der politischen Öffnung. Während sich die Nachkriegsregierungen für eine Liberalisierung des aufgeblähten öffentlichen Dienstes einsetzten, begannen auch die Werkstätigen in den späten 1980er und 1990er Jahren wieder, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Ehemalige Revolutionär*innen und Kriegsveteran*innen erhielten organisatorische Hilfestellung, um als Vertretung ihrer Berufsgruppen Einfluss auf Politik und Tarifverhandlungen zu nehmen.

Die Unterschiede zwischen den iranischen Gewerkschaften sind groß. Einige von ihnen vertreten eine signifikante Zahl von Beschäftigten in der jeweiligen Branche. Die Gewerkschaft der Filmschaffenden bietet ihren Mitgliedern großzügige Sozialleistungen und schafft damit einen großen Anreiz, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Gleichwohl sind nicht alle Beschäftigtenorganisationen so erfolgreich. Die Gewerkschaft der Lehrenden und das Haus der Arbeitenden sind heute zwar die einflussreichsten Organisationen ihrer Art in Iran. Da sie ihren Mitgliedern jedoch vergleichsweise wenige Vorteile bieten, blieben sie bislang eher klein.



In den vergangenen zwanzig Jahren mussten sich alle Gewerkschaften an die rapide Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Land anpassen. Liberalisierung und neoliberale Reformen haben den politischen Einfluss der gewerkschaftlich Organisierten in Iran nachhaltig unterminiert. Führende Vertreter*innen der Gewerkschaften, die sich diesem Trend widersetzen, indem sie in ihren Verbänden mehr Partizipation ermöglichten und sie für größere Gruppen neuer Mitglieder öffneten, wurden nicht selten durch staatliche Repression und Einschüchterung zurückgedrängt. So bemühte sich insbesondere die Gewerkschaft der Lehrenden darum, die eigene Organisation klein zu halten und gleichzeitig so erfolgreich wie möglich zu Versammlungen und Demonstrationen zu mobilisieren, wenn das politische Klima es zuließ. Für die Lehrer*innen war der Atomdeal 2015 eine solche Gelegenheit. Mit zunehmender politischer Öffnung und weniger Repression organisierte ihre Gewerkschaft mehrere Runden nie zuvor gesehener landesweiter Proteste, die nicht selten in mehreren Dutzend Städten überall in Iran auf die Straße getragen wurden. Die Beschäftigten im Bildungswesen forderten höhere Gehälter, weniger Lohndiskriminierung und größere Arbeitsplatzstabilität in ihrer zunehmend privatisierten Branche.

KOOPERATION UND KONFRONTATION MIT DER REGIERUNG ROHANI

Zurückhaltend formuliert, ließen sich die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung Rohani als instabil und ungesund beschreiben. Zwar leisteten die Organisationen der Beschäftigten Widerstand gegen die Politik des Präsidenten, dennoch unterstützten sie die politischen Gruppierungen, die hinter ihm standen. Dankbar akzeptierten sie eine Minderung der Repressionen sowie direkte Verhandlungen und Konsultationen mit der Staatsmacht. Rohani vergab überdies mehrere Schlüsselpositionen an gewerkschaftsfreundliche Politiker*innen. So hatte von 2013 bis 2018 der eng mit dem Haus der Arbeitenden verbundene Ali Rabi'i das Amt des Ministers für Arbeit und Soziales inne.

Nach den gedeihlichen ersten Jahren der Regierung Rohani verschlechterte sich die Lage der Gewerkschaften nach 2017 rapide. 2018 führte die Wiedereinsetzung und Verschärfung der Sanktionen durch die Trump-Administration zu einem dramatischen Einbruch der Wirtschaft im Land. Internationaler Druck und massive Proteste der Bevölkerung in den Jahren 2018 und 2019 förderten die Einheit im gespaltenen politischen Establishment Irans. Die Opposition wurde brutal niedergeschlagen, die Repression nahm zu. Obwohl nie bewiesen werden konnte, dass die Gewerkschaften unmittelbar an den Protesten im Dezember 2017 und November 2019 beteiligt waren, wurden führende Vertreter*innen beschuldigt, Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet und mit den Forderungen der Demonstrierenden sympathisiert zu haben. Die Lage verschärfte sich dadurch, dass die globale Pandemie Iran besonders hart traf. Notstandsmaßnahmen und der Lockdown bewirkten den Ausschluss der Gewerkschaften von politischen Plattformen und erschwerten die Mobilisierung der Werktätigen. Besonders hart traf es die Gewerkschaft der Lehrenden: Für die Organisation von Protesten drohten ihren politischen Führer*innen Hausarrest oder Haftstrafen.

Ironie des Schicksals: Trotz der massiven Schwächung der Gewerkschaften seit 2017 haben sie für die Wahlbündnisse der Reformier*innen an Bedeutung gewonnen, denn der Niedergang der Gewerkschaften ging einher mit einem weitaus umfassenderen Backlash gegen reformorientierte und moderate Gruppierungen in der iranischen Politik. Während der Wählererrat hochrangige Reformier*innen von der Kandidatur um die Präsidentschaft ausschloss, durften sich schwächere Kandidat*innen aus dem Umfeld der Gewerkschaften, vermutlich, weil sie eine geringere Bedrohung darstellen als andere Vertreter*innen der Opposition, zur Wahl stellen. Entsprechend wurde das Reformbündnis bei den Parlamentswahlen 2020 ausschließlich vom Haus der Arbeitenden, einer Gruppe aus dem Umfeld der Gewerkschaft der Lehrenden und der Partei des mittlerweile verstorbenen ehemaligen Präsidenten Akbar Hashemi Rafsandschani geführt. Wenig überraschend endete die Wahl mit einer schweren Niederlage für die Reformkräfte, da die begrenzte Außenwirkung der Beschäftigtenorganisationen das Fehlen prominenterer Kandidierender nicht ausgleichen konnte.

DIE WAHLEN AUSSITZEN

In diesem Jahr, wenige Tage vor den nächsten Präsidentschaftswahlen, haben die Gewerkschaften weitgehend auf eigene Kampagnen verzichtet. Der gedämpfte Enthusiasmus dürfte die Wählenden kaum motivieren, ein Kreuz auf den Stimmzettel zu machen.

Die Gewerkschaften halten sich raus, und dafür gibt es zwei Gründe. Diese liegen zum einen in den Wahlen selbst. Die Gewerkschaftsführer*innen folgen in der Regel den Empfehlungen des Reformflügels, aus dem bislang jedoch noch keine klare Aussage für einen bestimmten Kandidaten kam. Dazu kommt das dünne Band, das Wahlbewerber*innen und Gewerkschaften verbindet. Keine*r der Kandidat*innen rühmt sich seiner beruflichen Identität oder wirbt damit, dass er/sie der Arbeiterklasse angehört. Keine*r von ihnen war je für eines der großen Ministerien oder einen der Wohlfahrtsverbände tätig, die an den Tarifverhandlungen mit den Beschäftigtenvertreter*innen beteiligt sind: die Sozialversicherungsträger, das Ministerium für Arbeit und Soziales oder das Bildungsministerium. Auf der Seite der Reformer kandidieren der Ökonom und ehemalige Notenbankchef Abdolnaser Hemmati und der Bürokrat und ehemalige Provinzgouverneur Mohsen Mahralize.

Die Gewerkschaften wollen die Wahlen jedoch auch deshalb aussitzen, weil ihr eigenes Überleben als Organisation auf dem Spiel steht. Die letzten Jahre der Präsidentschaft Rohani waren unglaublich hart – sowohl für die Aktivist*innen, als auch für die Organisationen als solche. Nun hoffen die Gewerkschaftsführenden, dass sich die Beziehungen zu einer neuen Regierung wieder verbessern. Viele erinnern auch die Präsidentschaftswahlen von 2005, als ihre Wahlkampfunterstützung für die späteren Wahlverlierer*innen eine Entfremdung von und repressive Gegenschläge der neuen Regierung mit sich brachte.

Zum ersten Mal seit der Revolution 1979 ist das Haus der Arbeitenden, Irans größte Gewerkschaft, nicht mehr direkt im Parlament oder in der Regierung vertreten. Sein letztes Abgeordnetenmandat verlor es 2020, und Ali Rabi'i gab das Amt des Arbeitsministers 2018 auf. Im Bemühen, wieder an Einfluss zu gewinnen, appelliert das Haus der Arbeitenden nun an die Wahlberechtigten, ihre Stimme abzugeben. Das Rennen um das Präsidentenamt hat in der Kampagne der Gewerkschaft bislang jedoch keinerlei Rolle gespielt. Das Haus konzentriert sich ausschließlich auf eine Nachwahl, um Alireza Mahdschoob, der seit langem an der Spitze des Verbandes steht, wieder im Parlament zu sehen. Wie die Gewerkschaft der Lehrenden ist auch das Haus der Arbeitenden scheinbar vorsichtig optimistisch, dass sich sein Schicksal, trotz zahlreicher Rückschläge in den vergangenen vier Jahren, im Laufe der Zeit eigentlich nur verbessern kann.

WOHIN DES WEGES? DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN UND IRANS HANDELSSTRATEGIE

Iran wird versuchen, den Außenhandel anzukurbeln, um ausländische Investitionen anzuziehen und das volle wirtschaftliche Potenzial des Landes auszuschöpfen – unabhängig davon, wer die Wahlen gewinnt. Die Frage ist: Wird sich das Land global ausrichten oder sich auf den Osten konzentrieren?

Iran wählt einen neuen Präsidenten, und nach der Ablehnung vieler Kandidierender des Mainstreams und der Reformströmung durch den Wächterrat wird dieser mit großer Wahrscheinlichkeit eng mit der Fraktion der sogenannten Hardliner verbunden sein. Wird der sich abzeichnende Regierungswechsel die iranische Außenhandelsstrategie beeinflussen? Betrachten wir genauer, wie sich verschiedene Parameter auf Handelsbeziehungen und -politik auswirken und welche Konsequenzen die Wahl für die entsprechenden Prozesse und Dynamiken haben könnte.

DIE AUSGESTALTUNG DER IRANISCHEN HANDELSPOLITIK

Iran hat eine äußerst komplexe Machtstruktur, die von permanenten Aushandlungsprozessen und fließenden Machtverhältnissen geprägt ist. Veränderungen im Machtzentrum der Exekutive ergeben sich nicht nur in der Folge von Wahlen, sondern auch durch Privatisierung, Dezentralisierung und die sich wandelnde Rolle der Regierung. Nachdem diese in den 1980er und 1990er Jahren größter Wirtschaftsakteur des Landes war, ist sie mittlerweile hin- und hergerissen zwischen der Wahrnehmung regulatorischer Aufgaben und eigenem wirtschaftlichen Agieren. Hinzu kommt eine sich verbreitende Kultur der Korruption mit diversen, um wirtschaftliche Interessen konkurrierenden Netzwerken. Revolutionsführer Ayatollah Chamenei selbst bestätigte zuletzt die Existenz korrupter Elemente im Machtgefüge, als er in einer Rede am 26. Mai von einer „Import-Mafia“ sprach.

Als Konsequenz der beschriebenen Phänomene sehen wir heute eine Politisierung von Wirtschafts- und Handelsentscheidungen. Neben den komplexen Machtstrukturen wirken drei weitere Faktoren auf die Handelsstrategien Irans: revolutionäre Ideale (und damit das Interesse, die Abhängigkeit von westlichen Technologiequellen zu verringern sowie den Handel zwischen islamischen Nationen zu fördern), technokratische Prioritäten (einschließlich der Notwendigkeit, moderne Technologien und Investitionen für Schlüsselindustrien wie Erdöl, Telekommunikation, Automobilbau usw. zu sichern) und der Wunsch, das Land weniger anfällig für externe Sanktionen zu machen. Letzteres mündete in der Strategie der „Widerstandswirtschaft“, die anders als allgemein angenommen nicht die Abkopplung Irans von der Weltwirtschaft fordert, sondern den Aufbau heimischer Kapazität und entsprechend die Erweiterung des Exportpotenzials vorantreiben will.

Iranische Politiker*innen legen Wert auf ein gutes Verhältnis zur Wirtschaft. So ist es kein Zufall, dass die erste Wahlkampfveranstaltung des Spitzenkandidaten im Präsidentschaftsrennen, Ebrahim Raissi, ein Treffen mit den Vorständen der Handelskammer war.

GIBT ES EINE HANDELSSTRATEGIE?

2019 formulierte die Regierung eine Handelsstrategie, die sich aus einer Kombination verschiedener Elemente ergab. Ihr Plan umfasste eine gezielte Importsubstitution sowie die Förderung des Handels mit den unmittelbaren

Nachbarn, darunter Russland und die Eurasische Wirtschaftsunion (EEU). Das erklärte Ziel war die Verdopplung der Exporte in 15 unmittelbare Nachbarländer bis März 2022. Darüber hinaus sollte die Abhängigkeit von westlichen Technologiequellen durch eine Diversifizierung der Importquellen verringert werden. Als weitere Komponente ist der angestrebte spätere Abschluss langfristiger strategischer Partnerschaftsabkommen mit China und Russland zu sehen, durch die die benötigten ausländischen Direktinvestitionen generiert werden können.

Wichtige Eckpfeiler des 2019 verabschiedeten Programms sind mittlerweile umgesetzt:

- Ein im März 2021 unterzeichneter chinesisch-iranischer Rahmenvertrag macht den Weg für intensivere Investitions- und Handelsinteraktionen mit der asiatischen Supermacht frei.
- Ein präferenzielles Handelsabkommen zwischen Iran und EEU sorgte bereits für eine massive Steigerung des gegenseitigen Handelsvolumens. Aktuelle Daten deuten darauf hin, dass Russland Deutschland als wichtigsten europäischen Exportmarkt Irans abgelöst hat.
- Teheran steigerte auch den Handel mit den unmittelbaren Nachbarstaaten. Mit verschiedenen Infrastrukturprojekten versucht man, eine engere Bindung an benachbarte Märkte herzustellen. Das fördert nicht nur den regionalen Handel, sondern positioniert das Land auch als Drehscheibe für andere Märkte. Für den Ausbau der Infrastruktur braucht es, wie das Beispiel des Hafens Chabahar zeigt, internationale Investitionen. Hier springt China ein, solange andere Großinvestoren fehlen.

DIE NEUESTEN HANDELSZAHLEN

Im letzten iranischen Jahr, das am 20. März 2021 endete, belief sich der gesamte Außenhandel ohne Rohölexporte auf 73 Mrd. \$. Das entspricht einem Rückgang von 14% im Vergleich zum Vorjahr. In den genannten zwölf Monaten betragen die iranischen Exporte ohne Rohöl 34,5 Mrd. \$, die Importe bezifferten sich auf 38,5 Mrd. \$. Im Vergleich zum vorherigen Zyklus sanken Exporte und Importe um 17% bzw. 12%. Die Gründe dafür sind in zwei Phänomenen zu sehen, die Iran zeitgleich trafen: die wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-Pandemie sowie die Engpässe, die durch die externen Sanktionen für Handel und Finanztransaktionen entstanden. Obwohl die Zahlen für den Nicht-Rohstoffhandel auf ein Handelsdefizit von 4 Mrd. \$ verweisen, ergibt sich für den Handel insgesamt ein positiver Wert, wenn die Rohöl- und Kondensatexporte einberechnet werden.

Die fünf wichtigsten Exportmärkte für iranische Produkte in den genannten zwölf Monaten waren China, Türkei, Irak, Afghanistan und die VAE. Die fünf wichtigsten Importquellen für Iran waren China, die VAE, die Türkei, Indien und Deutschland. Während vor zehn Jahren noch die EU der größte Handelspartner war, konnte Iran mittlerweile den intensiven Handel mit China sowie den wachsenden Handel mit den unmittelbaren Nachbarn konsolidieren.

Für das laufende iranische Jahr prognostizieren iranische Expert*innen weiterhin steigende Handelszahlen. Man rechnet mit einer allmählichen Normalisierung der regionalen und globalen Handelsprozesse nach Corona und mit der Aufhebung der Sanktionen in Folge der Rückkehr zum Atomabkommens, dem Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA). Ein dritter Faktor, der sich positiv auf die Handelsmöglichkeiten Irans auswirken wird, ist die erwartete Freigabe iranischer Auslandsvermögen, die aufgrund der Bankensanktionen international eingefroren sind. Um von diesen Geldern zu profitieren, muss das Land jedoch auch die Bankbeziehungen mit der Welt normalisieren – ein Prozess, der über die Aufhebung der Sanktionen hinausgeht.

Zu den wichtigsten Handelspartnern Irans gehört heute China, gefolgt von den unmittelbaren Nachbarn: VAE, Irak, Türkei und Afghanistan. Russland, als weiterer Anrainerstaat, ist der am schnellsten wachsende Handelspartner. Dass die EU auf der Liste der wichtigsten Handelspartner Irans fehlt ist eine Folge der externen Sanktionen und keine bewusste Strategie auf iranischer Seite.

DIE AUSSICHTEN: OST-ORIENTIERUNG ODER GLOBALISIERUNG?

Unabhängig davon, wer das Land regiert, erfordert die ambitionierte Wirtschafts- und Handelspolitik Irans erhebliche Investitionen. Ein Land mit isolierter und schwacher Ökonomie passt in keines der Weltbilder des politischen Establishments. Gleichwohl beeinflussen, wie vorstehend beschrieben, interne und externe Faktoren die generelle Ausrichtung. Beide könnten sich 2021 ändern.

Innenpolitisch könnte der sich abzeichnende Regierungswechsel das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Fraktionen und Netzwerken verschieben. Ein Sieg der Hardliner würde ihre bevorzugte Strategie der Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China und Russland bei gleichzeitiger Wahrung der strategischen Distanz zu den Westmächten stärken. Bei einem Überraschungssieger Abdolnaser Hemmati wäre eher die Fortführung der bisherigen Politik zu erwarten.

Extern würden eine potenzielle Wiederbelebung des JCPOA und die Aufhebung der Sanktionen neue Chancen für den Ausbau des Handels zwischen Iran und der EU bieten. Zu überwinden wären jedoch drei Hindernisse:

- Eine mögliche Präsidentschaft Raisis würde die Beziehungen zwischen Iran und EU belasten, nicht nur wegen der iranischen Hinwendung zum Osten, sondern auch wegen Raisis schlechter Bilanz in Bezug auf die Menschenrechte.
- In Erwartung möglicher neuer amerikanisch-iranischer Spannungen zögern viele europäische Unternehmen, sich auf dem iranischen Markt zu engagieren.
- Es besteht ein Missverhältnis zwischen den Erwartungen iranischer Unternehmen und der Herangehensweise europäischer Unternehmen an den Markt.

Folglich ist es wahrscheinlich, dass selbst bei einer Wiederherstellung des JCPOA die derzeitige Strategie beibehalten wird: China bleibt der wichtigste Handelspartner Irans, gefolgt von den unmittelbaren Nachbarn.

Eine entscheidende Nuance bei der Wahl eines Hardliner-Präsidenten wäre, dass dieser Russland als strategischem Partner eine höhere Bedeutung beimessen könnte. Die iranischen Hardliner haben wenig Zweifel daran gelassen, dass sie Russland als natürlichen „strategischen Partner“ Irans betrachten. Zwar sieht auch ihre Analyse China als starken Handelspartner und Technologielieferanten, doch Russland ist die Macht, die Teheran mit kritischen Technologien in den Bereichen Waffen, Nuklear und Sicherheit versorgt und auch in regionalen Sicherheitsfragen wie in Syrien mit Iran kooperiert. Die erste Auslandsreise führte den Parlamentspräsidenten und Hardliner Mohammad Baquer Qalibaf nach Moskau, wo er eine Botschaft von Ayatollah Chamenei an die russische Seite überbrachte. Chamenei betonte in seiner Mitteilung die „strategischen Beziehungen“ zu Russland. Das Vertrauen in den Nachbarn ließ auch ein anderer Kandidat der Hardliner durchblicken: Mohsen Rezaei deutete während der ersten Präsidentschaftsdebatte an, er würde dem russischen Ansatz folgen und die iranische Wirtschaft privatisieren. Im Gegensatz dazu würde ein gemäßigter Präsident es vorziehen, ausgewogene Beziehungen zu allen globalen Mächten zu entwickeln und die Handelsinteraktion des Irans nicht auf östliche und regionale Akteure zu beschränken.

DIE EU UND IRAN NACH ROHANI: BEZIEHUNGEN AUFSPARFLAMME?

Egal was geschieht – Iran bleibt ein Schlüsselland im Nahen Osten. Die EU wird daher die nächste iranische Regierung eingehend beurteilen und eine realistische, sich auf die wichtigsten Interessen Europas konzentrierende Strategie entwickeln müssen.

Als 2015 das unter dem Kürzel JCPOA bekannt gewordene Nuklearabkommen zwischen den Weltmächten und Iran geschlossen wurde, hoffte die damalige EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, dass es sich nicht als Endpunkt, sondern als Basis für die europäisch-iranischen Beziehungen erweisen würde. Die gemeinsame Erklärung von Mogherini und dem iranischen Außenminister Javad Zarif aus dem April 2016 formulierte ein entsprechend ehrgeiziges Programm. Dieses umfasste Absichtserklärungen etwa für die Bereiche Handel, persönliche Beziehungen und Bildungsaustausch.

Doch die Pläne scheiterten: Zu groß war der „maximale Druck“, den die Trump-Administration auf Iran ausübte, und der EU mangelte es an Bereitschaft beziehungsweise Möglichkeiten, die eigene strategische Autonomie zu behaupten. Die Rückkehr der Demokraten ins Weiße Haus und – damit verbunden – besseren Aussichten auf eine Wiedereinsetzung des JCPOA könnten der vor fünf Jahren avisierten Agenda nun neues Leben einhauchen.

Allerdings gefährdet aktuell ein weiteres Problem die Beziehungen zwischen der EU und Iran, und dieses Mal befindet sich das Problem auf iranischer Seite. Nachdem der Wächterrat fast alle gemäßigten und reformorientierten Kandidat*innen von der Präsidentschaftswahl im Juni 2021 ausgeschlossen hat, bereitet sich die EU auf einen Konservativen als nächsten iranischen Präsidenten vor. Denn die besten Chancen werden dem bisherigen Chef der Justiz, Ebrahim Raissi, eingeräumt.

Die Vertreter*innen des konservativen Lagers stehen Kontakten mit dem „Westen“, insbesondere bei Beziehungen unter den Bevölkerungen oder im Bereich der Kultur, traditionell skeptisch gegenüber. Sie erscheinen ihnen als Mittel des Westens, die Islamische Republik zu infiltrieren und zu unterwandern. Das Erstarren eines Kandidaten wie Raissi – der vom Makel einer Beteiligung an massiven Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit, wie dem Massaker an den politischen Gefangenen 1988, gezeichnet ist – dürfte für die EU relativ teuer werden: Es geht um ihren Ruf und um die Transaktionskosten beim Umgang mit der voraussichtlich nächsten Regierung Irans. Die Bühne ist bereit für eine Phase eher minimalistischer Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Iran.

An dieser Entwicklung ist die EU nicht ganz unschuldig. Dennoch liegt die Hauptverantwortung im undemokratischen Wesen des iranischen Systems. Die Bemühungen der Regierung Rohani um soziale und ökonomische Reformen wurden vom Deep State der Islamischen Republik immer wieder ausgebremst. Der Wächterrat hob diese Sabotage auf die nächste Stufe, indem er jede potenziell reformistische Herausforderung bei den Präsidentschaftswahlen bereits im Vorfeld eliminierte.

Schuld am Status Quo ist auch die Trump-Administration, die die iranischen Befürworter*innen der Annäherung an den Westen und der Reformen im eigenen Land durch den Verstoß gegen das Wiener Nuklearabkommen und ihre Kampagne des „maximalen Drucks“ deutlich schwächte. Zu nennen sind weiterhin die Fehler und das Missmanagement der vor allem von den weniger gut gestellten Bürger*innen im Land oft als unnahbar und ineffizient

wahrgenommenen Regierung Rohani. Beschädigt wurde deren Ansehen auch durch die brutale Niederschlagung der Wirtschaftsproteste der Jahre 2017 bis 2019.

Gleichwohl kann sich die europäische Seite nicht ganz der eigenen Verantwortung entziehen. Die EU/E3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) diskreditierte die Idee von Europa als eine realistische westliche Option für den Iran, als sie darauf verzichtete, sich nachdrücklich gegen Trumps Politik aufzulehnen. Das INSTEX-Projekt – eine Zweckgesellschaft, entworfen, um die extraterritorialen US-Sanktionen zu umgehen – kam nie wirklich in Gang. Die EU erwies sich als unfähig, Iran jene ökonomische Vorteile zu bieten, die Teheran als Folge des JCPOA für das Land gesichert zu haben glaubte. Überdies erweckte die E3 gelegentlich den Anschein, für das Scheitern des Nuklearabkommens seien nicht die USA, sondern Iran verantwortlich. Nicht weniger unglücklich war die einseitige Anschuldigung, Iran destabilisiere die Region, obwohl Frankreich und Großbritannien selbst enge Beziehungen zu anderen problematischen Akteuren wie Saudi-Arabien und den VAE haben. Die Waffenverkäufe der beiden europäischen Länder an die Monarchien im arabischen Raum boomen. Auch das verkleinert den Spielraum für die gemäßigten Kräfte in Iran.

Nichtsdestoweniger wird Iran eine zentrale Macht im Nahen Osten bleiben und die Politik des Landes wird eine Reihe von Konflikten in der Region prägen, die von sicherheitspolitischer Relevanz für die EU sind. Zu nennen sind Afghanistan, Irak und Syrien. Die iranische Politik wird auch Konsequenzen für die Stabilität am Persischen Golf und die nukleare Aufrüstung haben. Es bleibt der Europäischen Union daher nichts anderes übrig, als sich mit Iran zu beschäftigen, gleichgültig wer das Land führt. Daher wird sie die neue Regierung in Teheran eingehend beurteilen und eine realistische Strategie entwerfen müssen, die ihre wesentlichen Interessen im Blick behält.

An oberster Stelle dieser Interessen steht die Wiedereinsetzung des Nuklearabkommens, das Nicht-Proliferation im Gegenzug für die Aufhebung der Sanktionen gewährleisten soll. Es besteht durchaus eine Chance, dass die Fortsetzung der Verhandlungen in Wien zu einem für beide Seiten zufriedenstellenden Ergebnis führen. Auf iranischer Seite fällt die Entscheidung einer Rückkehr zum JCPOA im „System“ (nezam) und wird vom Obersten Führer der Islamischen Republik Ayatollah Chamenei genehmigt. Strategisch gesehen hängt sie damit weder von der Regierung Rohani noch von den anstehenden Wahlen ab. Ungeachtet verschiedener taktischer Ansätze möchte das gesamte politische Establishment das Ende der Sanktionen herbeiführen. Denn diese stellen nicht nur ein Problem für die iranische Wirtschaft dar, sondern behindern die Geschäftsinteressen der wichtigsten Akteure, nicht zuletzt der Revolutionsgarde IRGC, in der Region. Unbeschadet der Teheraner Erklärungen zu „strategischen Partnerschaften“ mit China und Russland bestehen überdies auch Moskau und Peking auf der Erfüllung des JCPOA.

Das nezam hätte nichts gegen einen Abschluss der Verhandlungen durch das diplomatisch und technisch kompetente Team von Außenminister Zarif, denn nicht die politischen Gegner im Zentrum und im Lager der Reformer würden von einem Deal profitieren, sondern die neue, konservative Regierung, die die wirtschaftliche Erholung Irans für sich reklamieren könnte. Die EU sollte sich dennoch weiterhin für eine Wiederaufnahme des JCPOA einsetzen, selbst wenn das die Kräfte in Teheran stärken könnte, die sich weniger umfassend verpflichten möchten als die Regierung Rohani am Ende ihrer Amtszeit.

Der zweite wichtige Aspekt ist die Deeskalation auf regionaler Ebene am Persischen Golf und im Nahen Osten. Während Washington sich ein Stück weit von der bedingungslosen Unterstützung Riads löst, und die von Iran unterstützten Huthi-Rebellen auf dem Schlachtfeld Erfolge gegen die von den Saudis geführte Koalition im Jemen feiern, finden erste iranisch-saudische Geheimgespräche in Bagdad statt. Bei der Wahl einer Regierung Raissi dürften weitere Verhandlungen zwischen Iran und den regionalen Rivalen Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten folgen. Die Tatsache, dass das außenpolitische Team Raissis vermutlich eher auf die Präferenzen des iranischen Sicherheits-Establishments, einschließlich der Revolutionsgarde, eingehen würde, sollte diese Konsultationen befördern. Ein Sieg Raissis würde das „Tageslicht“ zwischen Diplomatie und „militärischem Feld“, das Zarif in seinem geleakten Interview ansprach, definitiv eliminieren. Dass die Gespräche mit den Saudis nicht vom

Außenminister, sondern vom Chef der Quds-Einheit der Revolutionsgarde Ismail Ghaani geführt werden, lässt vermuten, dass eine Vereinbarung, die auch die legitimen Sicherheitsinteressen Saudi-Arabiens berücksichtigt, bessere Chancen hat, auch auf iranischer Seite umgesetzt zu werden.

Während der Präsidentschaft Rohanis taten die Diplomaten*innen Saudi-Arabiens und der VAE den Staatschef und Zarif häufig als lächelnde Fassade eines Regimes ab, dessen „wahre Entscheidungen“ von den Hardlinern im Sicherheitsapparat und im Büro des Revolutionsführers getroffen würden. Ein solcher nie gänzlich glaubwürdiger Vorwand für die Ablehnung eines Dialogs wird mit einer Regierung Raissi im Amt noch weniger Gewicht haben. Die EU sollte regionale Deeskalationsbemühungen nachhaltig unterstützen.

Allerdings muss die EU auch realistisch zur Kenntnis nehmen, dass iranische Raketen und Stellvertreter-Gruppen in der Region nicht zur Debatte stehen, solange Teheran sie als unverzichtbare Abschreckung versteht. Hier wird es eine Kontinuität zwischen der scheidenden und der neuen Regierung geben. Dessen ungeachtet sind die Konservativen möglicherweise besser positioniert, um Verständigung in der Region, etwa über eine Begrenzung der Raketenreichweite im Gegenzug für entsprechende Schritte insbesondere von Riad und Abu Dhabi, zu erzielen. Ein Abbau der Spannungen würde mehr Sicherheit in der Straße von Hormus bringen, einer globalen Schifffahrtsroute, auf der einige EU-Staaten unter französischer Führung eine maritime Überwachungsmission betreiben. Eine Deeskalation könnte sich auch positiv auf andere, für die EU sicherheitsrelevante Gebiete auswirken, beispielsweise in Irak, Libanon und Syrien.

Das dritte Kerninteresse der Europäischen Union ist die Förderung der Menschenrechte in Iran. Dies hat ebenso normative wie praktische Implikationen: Nach wie vor sitzen mehrere Personen mit einer doppelten – europäisch-iranischen – Staatsbürgerschaft aus vorgeschobenen Gründen in iranischen Gefängnissen.

Angesichts seiner Vorgeschichte dürften die Menschenrechte bei einem Präsidenten Ebrahim Raissi der schwierigste Bereich für ein Engagement sein. Paradoxe Weise könnte die Tatsache, dass er dem konservativen Lager angehört, ihm jedoch ermöglichen, Maßnahmen zu ergreifen, die eher moderate Politiker*innen nicht durchsetzen könnten. Zahlreiche negative Initiativen der letzten Jahre, wie die Inhaftierung von Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, wurden von den Konservativen im Justiz- und Sicherheitsapparat ergriffen, die ihre gemäßigten Gegner*innen bloßstellen und deren Ansehen im Westen sabotieren wollten. Mit einem konservativen Präsidenten gäbe es diesen Anreiz, Schaden anzurichten, nicht mehr. Auch wären dann direkte Verhandlungen mit den Entscheidungsträger*innen in Teheran, die während Rohanis Amtszeit zum großen Bedauern europäischer Diplomaten*innen unerreichbar waren, möglich.

Es sollte auch nicht vergessen werden, dass das politische Umfeld in Iran unabhängig von Raissis verurteilenswerter Vergangenheit heute ein anderes ist als in der Zeit des revolutionären Eifers in den 1980er-Jahren. Raissi selbst fand es notwendig, sich zumindest den Anschein zu geben, die Entscheidung des Wächterrats, ihm den Weg zum Sieg durch den Ausschluss von Reformkandidat*innen von der Wahl zu sichern, abzulehnen. Überdies deutet die Geschichte des bürgerlichen Aktivismus in Iran keineswegs darauf hin, dass seine Wahl demütig als Ende des Kampfes um mehr Bürgerrechte und politische Partizipation akzeptiert werden wird.

Raissi sieht die Präsidentschaft als Sprungbrett für seinen ultimativen Aufstieg als Nachfolger Chameneis. Er könnte also durchaus versuchen, sich für diese Position zu legitimieren, indem er ein breiteres Segment der Gesellschaft anspricht als ausschließlich die Kerntruppe seiner Anhänger*innen. Wenngleich extreme Skepsis die Grundhaltung der EU bestimmen sollte, sind Versuche, sich stärker zu engagieren, unerlässlich. Eine Intensivierung der Gespräche über die Freilassung der in Iran festgehaltenen Gefangenen mit zwei Pässen wäre ein guter Anfang.

Die Perspektive einer konservativen Eroberung der Präsidentschaft, und damit der einen wichtigen staatlichen Institution, die die Konservativen bisher noch nie innehatten, ist gewiss entmutigend für die Europäische Union. Dennoch sollten Brüssel und die übrigen europäischen Hauptstädte ihre Kommunikationskanäle mit Teheran offen-



halten, die eigenen Erwartungen auf das richtige Maß setzen und sich auf die europäischen Kerninteressen fokussieren. Langfristig könnte das die Grundlage für ein erweitertes, erneutes Engagement sein, wenn die politischen Bedingungen in Iran eine Öffnung wieder möglich machen. Während sich die EU auf die Zukunft vorbereitet, darf gleichwohl jedoch nicht vergessen werden, dass die Wahlen in Iran immer wieder überraschende Ergebnisse brachten. So ist Raisis Sieg zwar wahrscheinlich. Gesichert ist er jedoch noch nicht.

DIE GELENKTEN WAHLEN

Unter Ebrahim Raissi wird der Atomdeal vermutlich überleben, doch darüber hinaus werden sich die Beziehungen mit dem Westen schwierig gestalten.

Irans ultrakonservativer Justizchef Ebrahim Raissi hat eine der umstrittensten Wahlen des Landes gewonnen. Weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten ging zur Stimmabgabe – die niedrigste Wahlbeteiligung, die die Islamische Republik je verzeichnete.

Alle vier Jahre finden in Iran Präsidentschaftswahlen statt. Sie sind das wichtigste politische Ereignis der Nation. Spannend sind sie insbesondere alle acht Jahre, da dann stets eine neue Regierung ins Amt kommt (aufgrund der Beschränkung der Präsidentschaft auf zwei Amtszeiten). In der Vergangenheit strömten bis zu 85 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen.

Der Ausschluss vieler Kandidierender, Wahlmüdigkeit, Frustration und Ärger bei den Wählenden sowie die Covid-19-Restriktionen bei Wahlkampfveranstaltungen und in den Wahllokalen führten dieses Mal zu einem Ergebnis, das exakt so vorhergesagt worden war.

Zwar waren auch frühere Wahlen in Iran nicht gänzlich frei oder fair. Dennoch gab es durchaus Wettbewerb, zumindest zwischen den Kandidierenden, die antreten durften. In den vergangenen 25 Jahren seit der Wahl Mohammad Chamenei 1997 bedeutete eine höhere Wahlbeteiligung immer auch mehr Stimmen und einige Erdrutschsiege für die Reformer*innen und Gemäßigten. Nicht zuletzt bei den Präsidentschaftswahlen 2017, als Ebrahim Raissi, der auch damals der Favorit der Hardliner war, deutlich gegen Hassan Rohani verlor.

Die Wahlen dieses Jahres erachten die meisten Reformer*innen jedoch als „gelenkt“. Um Ebrahim Raissis Sieg zu sichern und eine zweite peinliche Niederlage für ihn zu vermeiden, disqualifizierte der Wächterrat alle prominenten reformorientierten und moderaten Rival*innen. Nur zwei unbekannte Gemäßigte durften kandidieren. Zu den Opfern dieses bislang einmaligen Wahlausschlusses gehörten Ex-Präsident Mahmoud Ahmadinedschad, der frühere Parlamentspräsident Ali Laridschani und der aktuelle iranische Vizepräsident Eshagh Jahangiri. Alle drei verfügten über eine starke Basis und hätten Raissi potenziell den Wahlsieg streitig machen können. Doch der Wächterrat schickte jede ernsthafte Konkurrenz aus dem Rennen und machte den Weg frei für einen garantierten Erfolg des favorisierten Hardliners.

Azar Mansouri, die Stellvertretende Vorsitzende der größten iranischen Reformpartei Volkseinheit, berichtete mir, dass der Wächterrat die Mindestbedingungen eines fairen Wettbewerbs eliminiert habe. „Das ist offensichtlich“, sagte sie: „Sie ließen nicht einmal mehr Laridschani zu. Und die beiden verbliebenen gemäßigten Kandidierenden waren machtlos gegenüber der versteckten Regierung (dem tiefen Staat) und ähnlichen Parallelstrukturen. Hätte es irgendein Indiz gegeben, dass auch sie hätten Widerstand leisten können, hätten auch sie ihre Kandidatur zurückziehen müssen.“

Einer dieser wenig prominenten Moderaten, die sich um die Präsidentschaft bewerben durften, ist der frühere Notenbankchef Abdolnasser Hemmati. Der Technokrat in Rohanis Regierungsmannschaft ist wenig charismatisch. Überdies fehlte ihm die politische Unterstützung, um diese entscheidende Wahl zu gewinnen. Die großen reformp-



arteien verweigerten den offiziell zugelassenen Kandidaten ihre Unterstützung. Nach der Massendisqualifikation durch den Wächterrat verkündeten sie, dass sie sich hinter keinen der verbliebenen Bewerber um die Präsidentschaft stellen würden.

Ebrahim Raissi erhielt kaum mehr Stimmen als 2017. Dieses Mal hatte er jedoch auch keine Konkurrenz. Niemand konnte übersehen, dass die Hardliner es nicht auf einen echten Wettbewerb mit hoher Wahlbeteiligung ankommen lassen wollten. Ihr Ziel war ein garantiertes Ergebnis, das sie mit Hilfe des harten Kerns ihrer Sympathisant*innen erreichen würden.

Mansouri rechnete mir vor, dass Raissi bei dieser Wahl faktisch nur als Zweiter ins Ziel kam: „Bei den letzten Wahlen 2017 erhielt er circa 16 Millionen Stimmen von knapp 28 Prozent der Wahlberechtigten. Rohani gewann mit 24 Millionen Stimmen. Über 50 Prozent der Wählenden wollten ihn im Amt des Präsidenten sehen. Bei der jetzigen Wahl erhielt der Sieger nur 29 Prozent der abgegebenen Stimmen.“

Ebrahim Raissi ist ehrgeizig, und seine Ambitionen gehen, so wird allenthalben vermutet, über die iranische Präsidentschaft hinaus. Er gilt als einer der potenziellen Nachfolger des Obersten Führers der Islamischen Republik, Ayatollah Ali Chamenei, und ist überdies der Favorit der Revolutionsgarde, ihres Geheimdienstes und ihrer Polizei. Auch Chamenei war einst Präsident, bevor er in das Amt des Revolutionsführers aufrückte. Offenbar wollen Ebrahim Raissi und die mächtigen Männer, die ihn unterstützen, dem gleichen Weg folgen: vom Präsidentensitz ins Amt des Obersten Führers der Islamischen Republik.

Viele Iranexpert*innen und Politiker*innen glauben, dass Donald Trumps Politik des „maximalen Drucks“, der Rückzug aus dem Atomabkommen, die verheerenden Wirtschaftssanktionen, militärische Spannungen und der Mord an einem hohen iranischen General und Atomwissenschaftler Iran weiter nach rechts gedrängt haben. Gemäßigte und diplomatische Ansätze befürwortende Stimmen wurden zur Zeit der Trump Administration geschwächt, die Hardliner und Militaristen im Land bekamen Aufwind. Der politische Raum wird zunehmend von der Sicherheit geprägt.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen erzielten amerikanische und iranische Diplomaten*innen in Wien Fortschritte bei den Gesprächen über eine Rückkehr zum iranischen Nukleardeal (JCPOA), den Präsident Trump 2018 angekündigt hatte. Obwohl Raissi aus dem Lager der JCPOA-Gegner*innen in Iran kommt, äußerte er kürzlich Unterstützung für die Verhandlungen. Wenn eine Einigung über das Atomabkommen erzielt werden kann, ist zu erwarten, dass das Land sich nach seinem Amtsantritt im August an seine Verpflichtungen hält. Trotz Raissis Vergangenheit als Hardliner und seinem Rückhalt in den relevanten politischen Strömungen Irans ist von dieser Kontinuität auszugehen, denn der Vertrag existiert ja bereits und hat auch die Zustimmung des Revolutionsführers.

Überdies bleiben noch ein paar Wochen der Amtszeit von Präsident Rohani, bis Raissi Anfang August die Präsidentschaft übernehmen wird. Wenn es dem aktuellen Verhandlungsteam unter der Leitung von Rohani und Außenminister Javad Zarif gelingt, den Deal davor unter Dach und Fach zu bringen, hat er eine gute Chance, zu bestehen.

Zukünftige Gespräche über Themen, die über den JCPOA hinausgehen und Fragen des iranischen Atomprogramms, die Raketen oder die Regionalpolitik betreffen, werden unter einem Hardliner an der Spitze des Staates jedoch schwieriger werden. Raissi unterliegt Sanktionen der Vereinigten Staaten wegen seiner mutmaßlichen Rolle als Mitglied des „Todeskomitees“ bei der Massenhinrichtung von Tausenden politischen Gefangenen 1988. Seine erzkonservativen Ansichten und seine früheren Menschenrechtsverstöße werden die Beziehung seiner Regierung mit dem Westen belasten.

Der in Teheran lebende iranische Journalist Masoud Bastani geht davon aus, dass Raissi einen harten Kurs gegen den Westen fahren wird. „Seine erste Maßnahme war die Ernennung Ali Baheir Kanis als Repräsentant im Außen-



ministerium. Kani fungierte als Saeed Jalilis Stellvertreter bei den gescheiterten Verhandlungen zwischen Iran und dem Westen. Und während Raissi sich bei der Pressekonferenz bemühte, den Saudis grünes Licht zu signalisieren, erklärte er explizit, dass er nicht zu einem Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten bereit sei“, berichtete Bastani mir.

Ebrahim Raissis Präsidentschaft wird vermutlich an die Ära Mahmoud Ahmadinedschad erinnern, in der es zwar Atomgespräche gab, diese jedoch ergebnislos blieben, während die Beziehungen zum Westen zunehmend von Konflikten geprägt waren. Dies wird sich negativ auf die von Präsident Joe Biden geforderten Folgeverhandlungen auswirken. Biden strebt eine Rückkehr zum Atomabkommen, mehr Diplomatie und neue Vereinbarungen mit Iran an.

Die iranisch-westlichen Beziehungen werden von Spannungen im Verhältnis zu den USA massiv beeinträchtigt. Teheran und Washington sind seit 30 Jahren gefangen in einem Kreislauf, der permanent von schlechtem Timing erschwert wird. Präsidenten, die sich in Iran für bessere Beziehungen zu Amerika engagierten trafen immer wieder auf Falken im Weißen Haus, und wenn diplomatiefreundliche amerikanische Spitzenpolitiker*innen Teheran die Hand reichen wollten, wurden sie dort von diplomatiefeindlichen Kräften, die gerade die Macht übernommen hatten, zurückgewiesen. Als Reformpräsident Mohammad Chatami dem Westen einen diplomatischen Kurs anbot, kollidierten seine Bemühungen mit George Bushs berüchtigter Rede von der „Achse des Bösen“. Als Barack Obama über Verhandlungen mit Iran sprach, bestimmte Mahmud Ahmadinedschads Antiamerikanismus die iranische Politik.

Nach einer Amtszeit Donald Trumps und Joe Bidens Einzug ins Weiße Haus gab es kurz eine Chance, diesen Kreislauf zu durchbrechen. Joe Biden und Hassan Rohani hatten jedoch nur wenige Monate von Januar bis Juni Zeit, um rasch zum Atomabkommen zurückzukehren und damit die iranische Wirtschaft anzukurbeln. Die Lage vieler Iraner*innen hätte sich dadurch deutlich verbessern können. Vor diesem Hintergrund und mit der aktiven Beteiligung der Wähler*innen hätte wieder ein Moderater Präsident Irans werden können. In Teheran und Washington wäre das für vier oder sogar acht Jahre eine gleichzeitige Amtsführung von Präsidenten gewesen, die sich für eine Verständigung einsetzen. Sie hätten auch in Fragen jenseits des Atomprogramms Fortschritte erzielen und die nunmehr seit vierzig Jahren bestehenden Spannungen zwischen den Ländern abbauen können. Mit der Wahl Ebrahim Raissis wenige Monate nach dem Amtsantritt Joe Bidens wird der lange Zyklus der schlechten zeitlichen Koordination von Iran und USA jedoch vermutlich eine Fortsetzung finden.

UNTER DEN TALAREN: EIN FAVORIT MIT DUNKLER VERGANGENHEIT

Der Weg zur Präsidentschaft scheint Ebrahim Raissi geebnet zu sein. Erfahrungen mit Regierungsgeschäften hat er keine, dafür umso mehr bei der Unterdrückung politischer Opposition.

Kleider machen Leute, auch in der Islamischen Republik. So wechselte der aussichtsreichste Kandidat im Rennen um die iranische Präsidentschaft, Ebrahim Raissi, schon mehrfach seinen Stil. Natürlich jeweils mit politischer Botschaft.

Entscheidende Bedeutung hat dabei das Kleidungsstück unter der Robe, die er als schiitischer Kleriker trägt. Die klassische Variante, genannt Qaba, ist weit geschnitten und liegt locker am Körper. Getragen wird sie von eher traditionelleren Vertretern der Geistlichkeit, etwa dem ehemaligen Obersten Führer, Ruhollah Chomeini, oder dessen Nachfolger, Ali Chamenei. Der Gegenentwurf, Labbade, wird enger am Körper getragen und ist aus festerem Stoff, mit hochgeschlossenem Kragen. Mohammad Chatami, der Ex-Reformpräsident, hat diesen Stil geprägt, der von moderneren Vertretern des geistlichen Standes präferiert wird.

Raissi machte zunächst mit der traditionelleren Variante Karriere. Bilder aus den 1980er Jahren zeigen ihn mit der Qaba. Im Wahlkampf 2017, als er sich erstmals um das Präsidentenamt bewarb, trat Raissi dann plötzlich mit einer Labbade auf. Womöglich spekulierte er darauf, dies würde ihm mehr Stimmen bei der Wahl bringen, letztlich ohne Erfolg. Im Zuge seiner Ernennung zum Chef der Justiz 2019 trug er dann wieder die Qaba. Es sollte nicht der letzte Wechsel sein.

Denn aktuell, im Wahlkampf zu den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen, variiert Raissi bei seinen öffentlichen Auftritten immer wieder zwischen Qaba und Labbade.

WAHLKAMPF OHNE GEGENSPIELER

Raissi scheint der Weg ins Präsidentialamt vorgezeichnet zu sein. Sämtliche Bewerber*innen, die ihn auch nur annähernd hätten herausfordern können, wurden nicht zur Wahl zugelassen. Vollzogen wurde dieser weitreichende Ausschluss durch den Wächterrath, der de facto von Chamenei kontrolliert wird. Doch nicht nur Chamenei, sondern insgesamt stehen die mächtigsten Institutionen des Staates hinter ihm.

Auch die Sicherheitsbehörden setzen sich für Raissi ein, buchstäblich mit aller Macht: Am 19. Mai, nur vier Tage nach Verkündung seiner Kandidatur, [warnten](#) offenbar die für Medien zuständige Staatsanwaltschaft sowie der Nachrichtendienst der Islamischen Revolutionsgarde mehrere Medienschaffende davor, Raissi öffentlich zu kritisieren. Zudem wurde ein Dutzend Journalist*innen vorgeladen und aufgefordert, kritische Tweets über Raissi zu löschen.

Auch die zugelassenen konservativen Kandidaten sind nicht in der Lage, Raissi ernsthaft herauszufordern. Da er als Vertrauensperson des Obersten Führers des Landes gilt, ist davon auszugehen, dass die meisten Anhänger*innen der Hardliner ihn gegenüber den anderen Kandidaten bevorzugen.

BLUTIGE VERGANGENHEIT

Nun, da Raissi erneut im nationalen Rampenlicht steht, holt ihn ein weiteres Mal seine Vergangenheit ein. Denn bis zu seiner Ernennung 2016 zum Vorsitzenden der Stiftung „Astan-e-Qods-e-Razavi“, einem der wichtigsten religiös-kommerziellen Akteure in der iranischen Wirtschaft, war Raissi in erster Linie bekannt für seine federführende Rolle bei den [Massenhinrichtungen tausender politischer Gefangener im Jahr 1988](#). Bereits im Wahlkampf 2017 [sagte Rohani](#) über seinen wichtigsten Herausforderer: „Das Volk lehnt diejenigen ab, die sich nur mit Hinrichtung und Verhaftung auskennen“, wengleich ohne Raissi direkt beim Namen zu nennen.

Zwar verlor er 2017 die Wahlen, doch konnte Raissi mit 38 Prozent durchaus einen Achtungserfolg erzielen. Über 15,8 Millionen Iraner*innen wählten ihn – die meisten Stimmen, die je ein unterlegener Kandidat bei einer Präsidentschaftswahl erzielen konnte. Unterstützt hatten Raissi damals die größten konservativen Parteien des Landes, die auch nun wieder hinter ihm stehen.

KAMPF GEGEN KORRUPTION ALS WAHLSPRUCH

Im aktuellen Wahlkampf agiert Raissi wesentlich offensiver als vor vier Jahren. Frontal attackiert und kritisiert er Rohani und dessen Regierung. Er verspricht, die Fehler des scheidenden Amtsinhabers zu korrigieren.

Auf Stimmenfang geht der amtierende Chef der Justiz bezeichnenderweise mit dem Kampf gegen die Korruption. Man könne zwar juristisch gegen Korruption vorgehen, wie er es in den letzten Jahren getan habe. Die Exekutive hingegen könne Korruption von vornherein verhindern. Sein Kampf gegen Korruption kenne keine Grenzen, keine roten Linien, betont Raissi. Er suggeriert damit, dass er auch gegen Angehörige der politischen Elite vorgehen wolle – eine unverhohlene Drohung an die Adresse Rohanis und anderer politischer Wettbewerber.

Transparenz zu schaffen, ist das zweite große Wahlkampfthema Raissis, der dabei insbesondere die Wirtschaft im Blick hat. Er wolle die Verhältnisse für die iranische Bevölkerung offenlegen, wie er es in der judi-

kative sowie bei Astan-e-Qods-e-Razavi gemacht habe, [so einer von Raissis häufigsten Wahlkampflogans](#).

Trotz Corona reist Raissi seit Wochen quer durchs Land, um sich regelmäßig mit Unternehmer*innen zu treffen und seiner Forderung nach einer „Unterstützung der Produktion“ Geltung zu verschaffen. Raissi lässt dabei keine Gelegenheit aus, der Regierung Rohani vorzuwerfen, nicht genug für die Wirtschaft und die Produktion im Land getan zu haben.

Armut und Arbeitslosigkeit spricht Raissi als die Hauptprobleme der Iraner*innen an und verspricht vollmundig, während seiner vierjährigen Regierungszeit ganze vier Millionen Arbeitsplätze schaffen zu wollen. „Ich trete auf, um die absolute Armut zu beseitigen“, [so Raissi](#).

LAUTES SCHWEIGEN ZU FREIHEIT UND KULTUR

Selten äußert sich Raissi zu Themen wie Demokratie oder Pressefreiheit, mit denen vermutlich die Reformier*innen Wahlkampf gemacht hätten, wären sie zugelassen worden. Raissi erwähnt in diesem Zusammenhang lediglich, seine Regierung werde gegenüber Kritik offen sein – anders als Rohanis Regierung, so Raissi. Er verweist dabei auf die vielen Anzeigen und juristischen Prozesse der Regierung Rohani gegen unliebsame Kritiker*innen aus Journalismus und Zivilgesellschaft.

Doch angesichts seiner Vergangenheit als Staatsanwalt, stellvertretender oberster Richter und nun Chef der Justiz sind solche Versprechen kaum glaubwürdig. Vielmehr ging Raissis Amtszeit als Justizchef (2019-2021) mit einem deutlichen Anstieg staatlicher Repression einher. Hierzu zählen unter anderem eine Ausweitung von Isolationshaft, ein Anstieg unter Folter erzwungener Geständnisse sowie die [Verweigerung medizinischer Behandlung](#) für politische Gefangene. Im Juli 2020 wurde zudem erstmals seit zwei Jahrzehnten wieder [ein Mann wegen des Konsums von Alkohol hingerichtet](#). Weiterhin steht Iran weltweit nach China [an zweiter Stelle bei der absoluten Zahl der gemeldeten Hinrichtungen](#) und führte 2020 mehr als die Hälfte aller Hinrichtungen im Nahen Osten und Nordafrika

durch. Ebenfalls in Raissis Zeit als Chef der Justiz fielen die landesweiten Massenproteste im November 2019, die von staatlicher Seite mit einem bislang unbekanntem Maß an Brutalität niedergeschlagen wurden. Neben hunderten – wenn nicht sogar tausenden – Toten sind noch immer tausende Protestierende in Haft. In mehreren Fällen wurde bereits die Todesstrafe vollzogen.

Nicht nur bei der politischen Verfolgung Andersdenkender hinterlässt Raissi regelrecht eine Blutspur. Auch in anderen Fragen vertritt er reaktionäre Positionen, selbst nach den Maßstäben der Islamischen Republik. Er verteidigt beispielsweise nicht nur fest die Geschlechtertrennung im öffentlichen Raum. Im Wahlkampf 2017 forderte er auch die [weitere Islamisierung von Wissenschaften und Universitäten](#) und forderte Iran auf, sich gegen die westliche Kultur zur Wehr zu setzen. Und 2016, als ein Richter in der zentraliranischen Stadt Yazd einen Mann wegen Diebstahls zur Amputation von dessen Hand verurteilt hatte, unterstützte Raissi dieses Urteil nachdrücklich. „Wir sind stolz darauf, die Scharia einführen zu können“, [verkündete er damals](#).

In seinem Wahlkampf allerdings spricht Raissi diese Themen selten an. Vielmehr konzentriert er sich auf das ökonomische Leid der Bevölkerung.

Während Raissi selbst diese – potenziell kontroversen – Aspekte seiner Agenda in den Hintergrund stellt, spricht dafür sein Umfeld Bände. Für Kulturangelegenheiten ist in seinem Wahlkampfteam etwa [ein Filmproduzent](#) verantwortlich, der unter anderem eine [TV-Serie](#) für die Revolutionsgarden produziert hat, die Rohanis Regierung als naiv verunglimpft und das Atomabkommen scharf kritisierte.

Während Raissi selbst noch keine eindeutige Position zum Atomabkommen eingenommen hat, lassen seine Weggefährten erahnen, welche Auffassung er vertritt. Raissi selbst betont zwar, eine Außenpolitik verfolgen zu wollen, die mit jedem Land, das „uns nicht anfeindet“, gute Beziehungen anstrebt. Doch wird er getragen von der Unterstützung politischer Parteien und Organisationen der Hardliner, die dem Westen äußerst skeptisch gegenüberstehen und insbesondere die Feindschaft mit den USA als essentiellen Teil der Identität und Ideologie der Islamischen Republik verstehen.

DER SCHATTEN AHMADINEDSCHADS

In Raissis Umfeld befinden sich zudem [zahlreiche Mitglieder der seinerzeitigen Regierung von Mahmud Ahmadinedschad](#), dem umstrittenen Ex-Präsidenten, der von 2005 bis 2013 regierte und mit seiner aggressiven Außenpolitik gegenüber dem Westen und Israel sowie Misswirtschaft im Inland Schlagzeilen machte. Auch wenn sich viele dieser Persönlichkeiten mittlerweile von Ahmadinedschad distanzieren haben, erinnern sie zahlreiche Iraner*innen an dessen Ära. Speziell die junge Generation assoziiert die Ahmadinedschad-Zeit mit dem diametralen Gegenteil von dem, was sie sich für ihr Land wünschen. Kaum etwas ist in der Mittelschicht Irans verhasster als Ahmadinedschads antiwestliche Haltung und chaotische Politik, sein bewusst unmodernes Äußeres, seine Scheinheiligkeit und sein offen zur Schau gestellter Aberglaube.

Zusammengenommen machen es diese Faktoren extrem unwahrscheinlich, dass die iranische Mittelschicht, die von Präsident Rohani, den Moderaten und den Reformern [enttäuscht zu sein scheint](#), in Raissi und seiner Politik ihre Rettung sieht. Raissis Stimmen dürften daher vor allem von den treuen Anhänger*innen des Regimes kommen. Diese stimmen in der Regel für den Kandidaten, der mutmaßlich die Unterstützung des Obersten Führers genießt, wenngleich sich dieser offiziell neutral gibt. Wie schon 2017 ist davon auszugehen, dass Raissi besonders in religiös-konservativen Provinzen wie Ghom oder Chorasán punkten kann.

DAS ENDE DER DOPPELMACHT

Sollte Raissi die anstehenden Wahlen gewinnen, was Stand jetzt wahrscheinlich ist, dürften sich die Technokrat*innen und Pragmatiker*innen, die in den letzten acht Jahren das Land geführt haben, aus der Politik zurückziehen.

Derweil zeigen sich Raissi und seine Vertrauten völlig planlos, wie sie das Land aus der Misere von Pandemie und wirtschaftlicher Not befreien können. In seinem Wahlprogramm macht der 61-Jährige große Versprechungen, erläutert aber nicht, wie er diese realisieren will. Zu erwarten sind daher (mindestens) vier Jahre Chaos in der Innen- und Wirtschaftspolitik sowie eine (noch) aggressivere Außenpolitik.



Verändern wird sich in Iran auch das Kräfteverhältnis innerhalb der Islamischen Republik. Eine Präsidentschaft Raisi dürfte die Moderaten und Reforme*innen bis auf Weiteres vollends entmachten. Die Konservativen hingegen, die bereits über eine große Mehrheit im Parlament verfügen, würden nunmehr alle Schlüsselpositionen der Macht kontrollieren. Die bisherige „Doppelmacht“ von Regierung und den nicht-gewählten Machtzentren wäre beseitigt.

Ein solcher Umbruch würde aber auch bedeuten: Die konservativen Hardliner tragen nunmehr die volle Verantwortung für das, was im Land passiert. Es gäbe keine „zu moderate“ Regierung, der die Schuld für Missstände im Land zugewiesen werden könnte. Das letzte Mal, als Iran sich in einer solchen Lage befand, erlebte das Land einen Massenprotest, der das gesamte System ins Wanken brachte: [jener gegen das mutmaßlich gefälschte Wahlergebnis der Präsidentschaftswahl 2009.](#)

Bezeichnenderweise verfügt Raisi über keinerlei Regierungserfahrung, auch nicht auf Provinz-Ebene. Zum Markenzeichen seines politischen Handelns wurde vielmehr die Repression jedweder Form von politischem Dissens.

Nun, in einer Zeit häufiger Massenproteste, da die Islamische Republik am vorläufigen Tiefpunkt ihrer Popularität und Legitimität angekommen ist, bedeutet dies: Chamenei und die Hardliner wollen einen Mann ins Präsidentenamt hieven, der keine Skrupel kennt, wenn es darum geht, Proteste niederzuschlagen.

Eine Frage bleibt derweil. Lässt sich die Mehrheit jener Iraner*innen, die am 18. Juni tatsächlich zur Wahl gehen werden, von den modischen Experimenten Raisis zwischen modernerer Labbade und traditioneller Qaba überzeugen und wählt ihn tatsächlich zum Präsidenten? Dies wäre von enormer Bedeutung für das große Ziel Raisis und seiner Unterstützer*innen: ihn zum Nachfolger des Obersten Führers zu machen – selbstverständlich mit Qaba.

FORTSCHRITTE IM BLICK:

WÄHREND IRAN AUF DIE WAHLEN ZUSTEUERT, VERSUCHEN DIE USA DIE ATOMVERHANDLUNGEN AUF KURS ZU HALTEN

Iran bereitet sich auf den Urnengang vor, und nicht zum ersten Mal kommen Wahlen der Diplomatie zwischen Teheran und Washington in die Quere. Präsident Biden möchte vermeiden, in die iranische Innenpolitik verwickelt zu werden, doch die Wahlen hinterlassen bei den Verhandlungen in Wien bereits erste Spuren.

Wahlen in Iran und den USA haben für das Erreichen und Festhalten am Atomdeal stets eine wichtige Rolle gespielt. Das Abkommen und die diplomatischen Beziehungen zwischen Iran und den USA sind in beiden Staaten relevante innenpolitische Themen und nicht selten Gegenstand teils heftiger interner Auseinandersetzungen.

Durchaus gedemütigt durch den Schaden, den die US-Innenpolitik und vier Jahre Trump-Administration am Nuklearabkommen angerichtet haben, scheinen sich die Biden-Regierung und deren Verhandler*innen nun weitgehend mit einer Situation abgefunden zu haben, die auf eine tragische Koinzidenz zusteuern könnte: Während sie gerade wieder im Amt sind, könnte Hassan Rohanis Team, mit dem ein erfolgreicher Abschluss des richtungsweisenden Nuklearabkommens 2015 möglich war, bald ausgetauscht werden. Die US-Unterhändler*innen sind sich bewusst, dass sie demnächst vielleicht nicht mehr jenen professionellen iranischen Diplomaten gegenüberstehen, mit denen sie in früheren Jahren aussichtsreich verhandeln konnten. Jedenfalls können sie davon nicht mehr automatisch ausgehen.

Unabhängig von den eigenen Präferenzen hält sich das US-amerikanische Verhandlungsteam bei inneriranischen Angelegenheiten zurück. Gleichwohl sind sich die USA bewusst, dass das Wahlergebnis nicht nur die aktuell in Wien stattfindenden Verhandlungen über eine Wiederbelebung des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) beeinträchtigen könnte, sondern auch Einfluss darauf hat, wer bei der erhofften Fortsetzung der Gespräche über das Nuklearabkommen mit der neuen iranischen Regierung am Verhandlungstisch Platz nehmen wird.

Erst im November 2013 – nach der Wahl Hassan Rohanis, fünf Jahre nach dem ersten Sieg Barack Obamas und ein Jahr nach Beginn seiner zweiten Amtszeit – konnten deutliche Fortschritte erzielt werden, die zur Vereinbarung des Interimabkommens (Joint Plan of Action, JPOA) führten. Der „endgültige“ Atomdeal mit Iran – der JCPOA – wurde schließlich im Juli 2015 unterzeichnet.

Die Wahl Donald Trumps im November 2016, die Aufkündigung des JCPOA im Mai 2018 und der Start der Kampagne des „maximalen Drucks“ gegen Iran stellten eine massive Belastung des Deals dar. Im Mai 2019, ein Jahr nach dem einseitigen Rückzug vom Deal durch Präsident Trump, begann auch Iran, die im Abkommen festgeschriebenen Maßnahmen sukzessive zurückzufahren. Auf diese Weise protestierte Teheran gegen die im Rahmen der Kampagne des maximalen Drucks wieder eingeführten US-Sanktionen und dabei insbesondere gegen das Ende von Regelungen, die es einigen Ländern ermöglicht hatten, bis zum Frühjahr 2019 weiterhin iranisches Öl zu importieren.

EINE KLEINE CHANCE FÜR EIN ZURÜCK AUF ANFANG UND EIN LANGSAMER START

Weltweit hofften die Befürworter*innen des Wiener Nuklearabkommens, dass die USA nach der Wahl Joe Bidens 2020 rasch und noch vor dem Ende der zweiten Amtszeit Rohanis, also vor den Wahlen am 18. Juni 2021 und vor der Amtseinführung des neuen iranischen Präsidenten im August dieses Jahres, zum Abkommen zurückkehren würden – im Gegenzug für eine vollständige Umsetzung des JCPOA durch Iran.

Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Die neue amerikanische Regierung schien zögerlich und vorsichtig zu agieren. Nur langsam nahm Bidens außenpolitisches Team Ende Januar bzw. im Februar Gestalt an. Die Koordination der US-Iranpolitik mit den europäischen Verbündeten war ebenso zeitraubend wie die Konsultationen mit regionalen Partnern und relevanten Kongressabgeordneten, unter anderem jenen, deren Unterstützung für die Bestätigung von Beamten der Biden-Regierung gebraucht wurde. Erst Ende Februar kündigte die Biden-Administration an, Verhandlungen über eine beiderseitige Rückkehr zum Atomdeal mit Iran forcieren zu wollen.

Möglicherweise enttäuscht vom scheinbaren Zaudern der Biden-Administration lehnte die iranische Seite zunächst direkte Gespräche über die Ausarbeitung einer „Compliance for Compliance“-Regelung ab, selbst im Rahmen der Gemeinsamen Kommission des JCPOA, die die Implementierung des Atomdeals beaufsichtigt und der die USA nach der Kündigung des Abkommens durch Trump gar nicht mehr angehörten.

Insgesamt behinderte die Innenpolitik auf beiden Seiten rasche Fortschritte. „Das Problem ist, dass sowohl die iranische als auch die US-Seite ihre Schwierigkeiten mit innenpolitischen Beschränkungen haben“, kommentierte die stellvertretende Leiterin des ECFR-Nahostprogramms Ellie Geranmayeh im März.

„Das langsame Agieren der USA schürte Vorbehalte auf iranischer Seite“, erläuterte Geranmayeh weiter. „Und die USA hatten unnötige Zweifel mit Blick auf die mögliche Akzeptanz einer Rückkehr zum JCPOA im eigenen Land.“

Daher wurden erst im April am Rande einer Sitzung der Gemeinsamen Kommission in Wien indirekte US-iranische Gespräche aufgenommen. Angestrebt wurde der Entwurf einer Roadmap für die Umsetzung einer „Return for Return“-Vereinbarung. Zu diskutieren waren Fragen wie: Welche Sanktionen würden die USA aufheben? Was würde Iran unternehmen, um das Nuklearprogramm zurückzufahren und das Abkommen wie vereinbart zu erfüllen? In welcher Reihenfolge sollten die einzelnen Maßnahmen ergriffen werden?

Die von amerikanischen und europäischen Unterhändler*innen als die bislang als produktivste bezeichnete vierte Runde dieser indirekten Gespräche ging am 19. Mai in Wien zu Ende. Am 25. Mai begann in der österreichischen Hauptstadt die fünfte Gesprächsrunde, knapp einen Monat vor den iranischen Präsidentschaftswahlen und zu Beginn des Wahlkampfes.

Von einigen Iranexpert*innen, die im engen Austausch mit den amerikanischen Unterhändler*innen stehen, ist zu hören, dass Ayatollah Ali Chamenei der iranischen Delegation möglicherweise nicht den Spielraum lässt, den ein schneller Abschluss der Verhandlungen bräuchte. Offenbar befürchtet der Revolutionsführer, dass dies die Wähler*innen in die Arme moderaterer Kandidaten treiben oder unerwartete Überraschungssieger hervorbringen könnte.

„Wenn Iran tatsächlich eine Rückkehr zum JCPOA in der ausgehandelten Form wollte, ließe sich das politisch recht schnell realisieren. Eine Umsetzung der Vereinbarung könnte problemlos erfolgen“, erklärte ein höherer Beamter des US-amerikanischen Außenministeriums, der ungenannt bleiben möchte, gegenüber der Presse am 6. Mai. „Ob Iran eine solche Entscheidung getroffen hat, wissen wir allerdings nicht.“

„Im Grunde ist das eine Frage, die politisch in Iran entscheiden werden muss“, ergänzte der Vertreter des State Departments.

US-Präsident Joe Biden beantwortete am 7. Mai die Frage, ob Iran es mit den Atomgesprächen in Wien ernst meine, mit „Ja“. Allerdings impliziere die offensichtliche Ernsthaftigkeit nicht, dass das Land bereit sei, das zu vereinbaren, was vereinbart werden müsse, um gemeinsam zum JCPOA zurückzukehren.

„Wie ernst sie es meinen und was sie zu tun bereit sind – das sind zwei verschiedene Dinge“, erklärte Biden. „Doch wir sind noch im Gespräch.“

Einige zu den Reformen*innen in Iran tendierende Denker*innen vermuten, dass nicht wenige Wähler*innen aus ihrem Lager, die in der Vergangenheit Rohani ihre Stimme gaben, dieses Jahr den Wahlen fernbleiben. Teils weil sie von ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und von den ausbleibenden Reformen der Regierung Rohanis frustriert und enttäuscht sind, und teils weil sie zunehmend Hoffnungslosigkeit empfinden.

Dies alles bedeutet: Die politische Lage in der Vorwahlzeit scheint bereits heute die Verhandlungen in Wien zu beeinflussen – insbesondere mit Blick auf die Dauer der Gespräche, falls es am Ende überhaupt zu einem positiven Ergebnis kommt.

Die Regierung Biden erkennt an, dass die iranischen Präsidentschaftswahlen die Gespräche beeinträchtigen könnten. Dennoch ist sie entschlossen, weiterzumachen und dafür zu sorgen, dass die Wiener Verhandlungen auf Kurs bleiben. Bidens Team will Fortschritte erzielen und eine politische Verständigung über eine Roadmap erreichen, damit beide Parteien zum Abkommen zurückkehren können, gleichgültig wann das sein wird.

Während die Auswirkungen der iranischen Wahlen nicht vorhersehbar sind, „wollen wir weitermachen und eine Vereinbarung erzielen“, bestätigte ein hochrangiger Vertreter der US-Verhandlungsdelegation, der nicht genannt werden möchte, am 21. Mai. „Wir überlassen Iran, wie es seine eigene Politik gestaltet“, sagte er.

„Wahlen geraten der Diplomatie gern mal in den Weg“, ergänzte er.

WEITER VERHANDELN UND AUF KURS BLEIBEN

In einem Interview wiederholte US-Außenminister Antony Blinken am 23. Mai, dass seine Regierung an ihrem Plan A festhalten wolle: den JCPOA wiederherzustellen als ersten Schritt um zu sehen, ob ein langfristiger, erweiterter Atomdeal mit Iran geschlossen werden kann; voraussichtlich mit der nächsten Regierung des Landes, gleichgültig unter wessen Führung.

„Wir sind bereit, zum ursprünglichen Abkommen zurückzukehren“, sagte Blinken gegenüber CNN-Reporter Fareed Zakaria am 23. Mai. „Das ist unser erstes Ziel. ... Wenn wir hier erfolgreich sind, können wir das als Grundlage nutzen, um den Deal selbst langfristiger und nachhaltiger zu gestalten. Dann werden wir uns auch den anderen Themen widmen, sei es die iranische Unterstützung des Terrorismus, die Verbreitung von Waffen oder die destabilisierende Hilfe für diverse Stellvertreter überall im Nahen Osten.“

Über die bislang vier Gesprächsrunden in Wien sagte Blinken, dass Fortschritte erzielt wurden bei der Klärung, was die jeweiligen Parteien machen müssten, um die Vereinbarungen wieder in Kraft zu setzen. Gleichwohl fügte er hinzu: „Die offene Frage, auf die wir noch keine Antwort haben, lautet, ob Iran letztlich bereit ist, das Nötige zu tun, um sich wieder an das Abkommen zu halten“, sagte er. „Es wird zunehmend deutlich, was geschehen muss. Die Frage ist: Wird Iran dazu bereit sein?“



„Ein Deal über die Rückkehr zum Abkommen mit Iran scheint möglich. Er ist jedoch kein Selbstläufer“, erklärte der hochrangige US-Verhandler am 21. Mai.

„Wir sehen jetzt tatsächlich eine echte Chance für die beidseitige Rückkehr zur Erfüllung des Abkommens, doch es gibt keine Erfolgsgarantie,“ sagte er. „Während es keinen Grund gibt, warum das lange dauern sollte, könnte es sich doch hinziehen.“

KEINE ILLUSIONEN – UNSER VERHÄLTNIS MIT IRAN BLEIBT SCHWIERIG

Iran muss sich bewegen, unabhängig von der Frage, wer nächster Präsident wird. Bei den Verhandlungen darüber kommt Europa eine entscheidende Rolle zu – über das Atomabkommen hinaus.

Iran steht wieder einmal im Zentrum unserer außenpolitischen Aufmerksamkeit, wenn am 18. Juni ein neuer Staatspräsident gewählt wird. Da Hassan Rohani nach zwei Amtsperioden nicht erneut antreten darf, erwartet uns mindestens personell eine Erneuerung an der Spitze der iranischen Exekutive.

Obwohl der Präsident nur begrenzt die grundsätzlichen außen- und sicherheitspolitischen Linien Irans mitbestimmen kann, so hat er doch einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Beziehungen zum Westen. Dies zeigten etwa die unterschiedlichen Politikansätze des moderaten Konservativen Rohani und seines Vorgängers Mahmoud Ahmadinedschad sowie deren Wahrnehmung bei uns im Westen.

Wir blicken in diesen Tagen aber nicht nur nach Teheran, Maschhad oder Isfahan und fragen uns, wo die Iraner*innen ihr Kreuz auf dem Wahlzettel machen werden. Wir schauen auch gespannt ins davon weit entfernte Wien, wo Diplomaten*innen am Verhandlungstisch über die Zukunft des Nuklearabkommens ringen.

Das Nuklearabkommen, der Joint Comprehensive Plan of Action (kurz: JCPOA), das 2015 von Iran und den E3/EU+3-Staaten unterzeichnet wurde, also von den drei europäischen Ländern Frankreich, Großbritannien, Deutschland und der Europäischen Union sowie von China, Russland und den USA, war eine Erfolgsgeschichte europäischer Diplomatie. Ein Grundstein dafür wurde während der rot-grünen Regierungsjahre gelegt, als der deutsche Außenminister zusammen mit seinen Amtskollegen aus Großbritannien und Frankreich 2003 mit einer Reise nach Teheran viel politisches Kapital investierte, um den gefährlichen Konflikt über das iranische Nuklearprogramm auf politischem Weg zu lösen. Letztlich auszahlen sollten sich die Bemühungen erst nach einem zwölf Jahre andauernden diplomatischen Marathon, der schließlich zum Abschluss des JCPOA in Wien führte.

Das JCPOA ist nicht perfekt. Es enthält Beschränkungen, die nach einigen Jahren auslaufen. Es umfasst weder das ballistische Raketenprogramm Irans, noch hindert es das Land an einer aggressiven Außenpolitik. All das war den Beteiligten selbstverständlich auch 2015 klar. Und trotzdem steht auch aus heutiger Sicht noch fest, dass die Unterzeichnung richtig war. Denn das wichtigste Ziel konnte durch das Abkommen erreicht werden: Es verhinderte die atomare Bewaffnung Irans, die wiederum einen nuklearen Rüstungswettlauf im Nahen Osten ausgelöst hätte – mit potentiell katastrophalen Auswirkungen, die sich niemand ausmalen möchte.

Außerdem wurde ein strenges Überprüfungsregime durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien eingesetzt, um die Verpflichtungen Irans unabhängig zu kontrollieren. In den regelmäßigen Berichten attestierte die IAEO, dass sich Iran an die Vereinbarungen hielt. Im Gegenzug zur Vertragstreue wurde Teheran die Lockerung von Sanktionen zugesichert, wovon die Wirtschaft und Bevölkerung Irans profitieren sollte. Als ich kurz nach der Unterzeichnung des JCPOA als Wirtschafts- und Finanzminister Baden-Württembergs in das Land reiste, standen die Zeichen auf Aufbruch und Öffnung. Und bei jedem Gespräch, das ich führte, lag Hoffnung auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage und eine Annäherung an den Westen in der Luft.



Groß war deshalb die Enttäuschung und das Unverständnis, als Präsident Donald Trump die USA aus dem JCPOA führte – sowohl in Iran als auch bei den anderen Vertragsstaaten. Mit seiner Politik des „maximalen Drucks“ versuchte Trump, das iranische Regime im Alleingang in die Knie zu zwingen und eskalierte dafür die US-Sanktionspolitik immer weiter.

Zwar versuchten die E3 durch kreative und mutige Antworten, wie der Gründung der Zweckgesellschaft INSTEX im Jahr 2019, den legalen Handel zwischen Europa und Iran weiter zu ermöglichen. Leider erzielten diese Bemühungen aber nur symbolische Erfolge. Denn der Druck durch die extraterritorialen US-Sanktionen ließ auch den europäischen Iranhandel drastisch einbrechen. In Iran stieg die Inflation sprunghaft an, die Wirtschaft liegt heute am Boden und es herrscht hohe Arbeitslosigkeit, speziell unter den jungen Menschen – dazu kam die Corona-Pandemie, die nunmehr seit über einem Jahr im Land wütet.

Für uns in Europa war die Trumpsche Iranpolitik ein Weckruf, der einen Emanzipationsprozess hin zu mehr europäischer Souveränität vorantrieb. Eine Lehre daraus ist, dass wir unsere Toolbox zur Abwehr geoökonomischer Zwangsmaßnahmen durch schlagkräftige Instrumente erweitern müssen. Wichtig sind deshalb die aktuellen Debatten über die Einrichtung einer Europäischen Exportbank, der Erneuerung der Blocking-Verordnung und der Einführung eines EU-Mechanismus zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen. Zwar hat sich der Wind aus Washington gedreht, aber niemand kann ein „Trump-Reloaded“-Szenario in vier Jahren ausschließen.

Der US-Austritt war aber auch ein schwerer Rückschlag für die weltweiten Abrüstungsbemühungen. Denn das Signal, das von der Trump-Administration über den Globus ausgesendet wurde, war verheerend: Auf der einen Seite bestraft der US-Präsident das iranische Regime mit aller Härte, obwohl es sich an das JCPOA hielt und nachweislich auf die Option zur Atombombe verzichtete. Auf der anderen Seite belohnte er den nordkoreanischen Diktator, der die Bombe besitzt, mit Gipfeltreffen, ohne dafür auch nur eine Gegenleistung zu erhalten.

Umso wichtiger ist jetzt, dass wir mit Joe Biden wieder einen verlässlichen Partner an der Seite haben, der auf Diplomatie und Rüstungskontrolle setzt. „Build Back Better“ sollte nun auch das Motto für den Wiederaufbau des internationalen Rüstungskontrollregimes sein, das nach vier Jahren Trump in Trümmern liegt. Nach der Verlängerung des New-Start-Vertrages steht nun die Rückkehr der Vereinigten Staaten ins JCPOA an, wozu die US-Administration ihren ernsthaften Willen signalisiert hat.

Entscheidend ist jetzt vor allem, dass sich Iran bewegt. Darauf müssen alle Vertragsstaaten hinwirken, insbesondere auch China und Russland. Das Regime in Teheran hat sich für ein gefährliches Spiel mit dem Feuer entschieden. Indem es die Urananreicherung hochgefahren hat und weitere Verpflichtungen im Rahmen des JCPOAs missachtet, gefährdet Iran massiv das Überleben des Abkommens. Iran muss zur vollständigen Einhaltung des JCPOA zurückkehren.

Unser Konflikt mit Iran geht aber weit über die Nuklearfrage hinaus. Neben dem ballistischen Raketenprogramm, das nicht nur für die Nachbarländer eine Bedrohung darstellt, geht es vor allem um Irans aggressive Regionalpolitik, die unter anderem die Unterstützung von Terrororganisationen und bewaffneten Milizen in Ländern wie Syrien, Irak oder Jemen umfasst.

Die E3, die sich gerade bei den Atomverhandlungen in Wien wieder einmal als ehrlicher Makler beweisen, sollten auch bei notwendigen Verhandlungen zu diesen über die ursprüngliche Nuklearvereinbarung hinausgehenden Themen eine entscheidende Rolle einnehmen. Eine langfristige Entspannung in der Region wird es allerdings nur durch eine Übereinkunft zwischen den beiden Hegemonialmächten Iran und Saudi-Arabien geben. Wir begrüßen deshalb die vorsichtige Annäherung zwischen Teheran und Riad, wo die Neuausrichtung der US-Politik unter Biden zu einem Umdenken geführt hat. Ein wichtiger erster Schritt wäre eine Verständigung im Jemen-Konflikt, der zur



schlimmsten humanitären Krise unserer Zeit geführt hat. Aufbauend auf solchen Inseln der Kooperation braucht es langfristig eine regionale Sicherheitsarchitektur – auch wenn ein solches Übereinkommen aktuell wenig realistisch erscheint.

Die Leidtragenden der Entwicklungen der letzten Jahre sind die Iraner*innen, deren Leben sich nicht nur durch die harte US-Sanktionspolitik verschlechterte, sondern vor allem wegen der Machthaber in Teheran. Als die Iraner*innen ihre Wut über das System, über die grassierende Korruption, das staatliche Missmanagement und internationale Isolation im Jahr 2019 auf die Straße trugen, schlug das Regime die Massenproteste blutig nieder. Tausende wurden verletzt, Hunderte getötet.

Niemand sollte sich Illusionen über den Charakter des iranischen Regimes machen, denn auch unter dem vermeintlich Moderaten Rohani werden Menschenrechte mit Füßen getreten, gibt es willkürliche Verhaftungen und Folter, werden Minderjährige und Homosexuelle hingerichtet.

Unabhängig vom Ausgang der Wahlen und der Wiener Verhandlungen muss dem Regime in Teheran klar sein, dass wir weiterhin Menschenrechtsverletzungen deutlich kritisieren und mit Sanktionen gegen Verantwortliche vorgehen werden, etwa über das neue EU-Menschenrechtssanktionsregime. Unsere Aufmerksamkeit richtet sich insbesondere auch auf Doppelstaatler*innen, deren politisch motivierte Inhaftierung wir verurteilen und deren sofortige Freilassung wir fordern.

IRANS ZIVILGESELLSCHAFT DISKUTIERT DEN KURS: KAUM HOFFNUNG AUF WANDEL DURCH WAHLEN

*In der Vergangenheit sahen iranische Aktivist*innen die Beteiligung an Wahlen als Möglichkeit, auf Veränderungen zu drängen. Heute fragen sich viele, ob sie am 18. Juni überhaupt wählen gehen sollen. Irans Zivilgesellschaft sucht nach alternativen Wegen zum Wandel.*

Knapp drei Wochen vor den Präsidentschaftswahlen schockte der Wächterrat, der über die Wahlzulassung der Kandidierenden entscheidet, die politische Elite und die Öffentlichkeit Irans. Neben vielen anderen schloss er auch zwei prominente Mitbewerber von der Kandidatur um das höchste Amt im Staat aus: Der ehemalige Parlamentspräsident Ali Laridschani und der Vizepräsident Eshagh Dschahangiri dürfen nicht antreten. Damit steigen die Chancen auf einen Wahlsieg Ebrahim Raisis, 1988 Mitglied eines vierköpfigen Ausschusses, der die Massenhinrichtung Tausender politischer Gefangener überwachte, und heute der Mann an der Spitze der Justiz.

Politisch engagierte Iraner*innen, die in der Vergangenheit trotz der Verfolgung friedlich Protestierender zur Teilnahme an den Wahlen mobilisiert hatten, sehen dies mit Skepsis und als Beweis, dass die herrschenden Autoritäten Irans – nicht zuletzt Revolutionsführer Ayatollah Ali Chamenei – bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen keinerlei politische Konkurrenz wünschen. Die Entscheidung des Wächterrats bringt diejenigen, die eine Beteiligung an Wahlen als Mittel zur Förderung politischer Reformen befürworten, in eine Zwickmühle.

Der Wächterrat wird nicht vom iranischen Volk gewählt. In den vergangenen 20 Jahren disqualifizierte er eine Vielzahl von Kandidierenden, die – und sei es nur entfernt – mit gemäßigten oder reformorientierten Gruppen sympathisierten oder im Wahlkampf die politische und soziale Repression der Behörden kritisierten. Ihre Debatten führen die Aktivist*innen der Zivilgesellschaft mittlerweile über die in Iran und der iranischen Diaspora populäre Social Media App Clubhouse. Dort diskutieren sie, ob es sinnvoll ist, für eine Wahlbeteiligung zu werben, damit sich im Land etwas ändert.

GEMISCHTE ERGEBNISSE BEI DEN JÜNGSTEN WAHLEN

Per se sind Präsidentschaftswahlen in Iran weder frei noch fair. Dennoch waren ihre Ergebnisse in der Vergangenheit nicht vorbestimmt. Diskriminierende Verfassungsartikel verbieten Nichtmuslim*innen eine Kandidatur, und der Wächterrat nutzt seine sich ständig erweiternde Zuständigkeit für die „Genehmigung und Aufsicht“ von Kandidaturen, um diejenigen auszuschließen, die der herrschenden Ideologie der „Statthalterschaft der Rechtsgelehrten“ gegenüber nicht ausreichend Loyalität erweisen. Ausgeschlossen worden sind nicht nur Oppositionelle, sondern auch ehemalige, hochrangige Beamte und sogar Ex-Präsidenten, darunter Ali Akbar Hashemi Rafsandschani, einer der einflussreichsten Politiker in den ersten 20 Jahren der Islamischen Republik.

1997 wurde mit Mohammad Chatami zum ersten Mal seit Gründung der Islamischen Republik ein Präsident gewählt, der sich im Wahlkampf für mehr politische Freiheiten stark gemacht hatte. Er besiegte damals den Kandidaten des Regimes Aliakbar Nategh Nouri. In der Ära Chatami gab es tatsächlich mehr Freiheiten für Politik und Medien, mehr Raum für die Zivilgesellschaft und bescheidene Versuche, nicht-gewählte Institutionen und Sicherh-



eitsbehörden für den von ihnen verübten Missbrauch und ihre Gewalt zur Rechenschaft zu ziehen. Nach dem Ende seiner beiden Amtszeiten hatte Chatami Wissenschaftsminister Mostafa Moeen zwar die Unterstützung einiger der wichtigsten Parteien der Reformer*innen und versprach, die Menschenrechte künftig besser zu achten, doch es gelang ihm nicht, seine Basis bei den nächsten Wahlen zur Stimmabgabe für seine Bewerbung um die Präsidentschaft zu motivieren. 2005 wurde Chatami von Mahmoud Ahmadinedschad abgelöst, der in seiner Amtszeit zahlreiche Maßnahmen Chatamis zur minimalen Ausweitung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit zurücknahm.

Seitdem galt eine aktive Wahlbeteiligung unter den Aktivist*innen in Iran – nicht zuletzt mit Verweis auf die Unterschiede zwischen den Präsidentschaften von Chatami und Ahmadinedschad – als Möglichkeit, den Wandel voranzutreiben oder die Wahl von Kandidaten zu verhindern, die weitere Restriktionen anstreben.

2009 kandidierten Ex-Premierminister Mir Hossein Mussawi und der frühere Parlamentspräsident Mehdi Karrubi gegen den von Chamenei unterstützten Ahmadinedschad. Sie initiierten damit eine breite Mobilisierung der Bevölkerung, die als Grüne Bewegung in die Geschichte einging. Beide Kandidaten griffen die Forderungen der Zivilgesellschaft nach mehr Freiheit in Politik und Gesellschaft auf. Die brutale Niederschlagung der Proteste nach der umstrittenen Wahl, bei der Ahmadinedschad zum Sieger erklärt wurde, führten zur Tötung von Protestierenden sowie Festnahme und Inhaftierung hunderter von Aktivist*innen. Den Kandidaten, die sich an die Spitze der Proteste setzten, brachten sie einen bis heute währenden Hausarrest ein.

2013 hieß der Wahlsieger Hassan Rohani, der in seiner Kampagne zwei zentrale Themen in den Mittelpunkt gestellt hatte: die Lockerung der internationalen Sanktionen, die Iran als Folge des Atomprogramms hinnehmen musste, und eine erneute Öffnung des politischen Raumes. In seinem Wahlkampf kritisierte er die politische Unterdrückung und versprach, sich für ein Ende der Hausarreste Mussawis und Karrubis einzusetzen. Zwischen 2013 und 2016 gab es tatsächlich deutlich weniger Fälle von aktiver Repression gegen Studierende und die Verteidiger*innen der Frauenrechte. Die Zivilgesellschaft konnte sich von den Folgen der Wahlen von 2009 erholen. Doch die Sicherheitsbehörden nahmen weiterhin zahlreiche Aktivist*innen sowie ausländische Bürger*innen oder Doppelstaatler*innen ins Visier.

Bei den Wahlen 2017 reizte Rohani schließlich die Grenzen aus. Er präsentierte sich als Alternative zu seinem Herausforderer Ebrahim Raisi, indem er dessen politische Vision als eine, „die in den vergangenen 38 Jahren nichts anderes als Exekutionen und Gefängnis gekannt hat“, beschrieb. Mit diesen starken Worten errang er im Wahlkampf die Unterstützung von Akteur*innen der Zivilgesellschaft, auch von den unter Hausarrest stehenden Anführern der Grünen Bewegung.

Vier Jahre später weist Präsident Rohanis Bilanz bei der Förderung ziviler und politischer Rechte nicht nur ein düsteres Defizit auf: Die seinem Innenministerium unterstehenden Kräfte sind in massive Menschenrechtsverletzungen verwickelt und beteiligt an der Niederschlagung landesweiter Proteste.

2021 kann Rohani nicht mehr zur Wiederwahl antreten, und die Iraner*innen leiden immer noch unter den schmerzlichen ökonomischen Folgen der erneut verhängten US-Sanktionen und der Repression jeglicher Kritik durch die mächtigen und für ihr Vorgehen nie zur Verantwortung gezogenen Sicherheitsbehörden.

Die Menschen werden das gnadenlose Vorgehen gegen die Demonstrationen im November 2019 nicht vergessen. Dies war die brutalste Unterdrückung von Protesten in der Geschichte der Islamischen Republik. Hunderte Menschen starben, erschossen von Sicherheitskräften, die für ihre Taten nie vor Gericht gestellt wurden. Angesichts dieser Erfahrung fragen sich viele, die bei der letzten Präsidentschaftswahl noch zur Stimmabgabe aufgerufen hatten, ob der Sieg Rohanis sie tatsächlich einer Änderung der Verhältnisse nähergebracht hat.

AUF DER SUCHE NACH DEM DRITTEN WEG

Iranische Aktivist*innen im Land und in der Diaspora bleiben ganze Nächte wach oder gehen nicht zur Arbeit, um den aktuellen Debatten auf Clubhouse zu folgen. Und immer wieder stellt sich die gleiche Frage: Wie effizient ist der Protest per Stimmabgabe, wenn so wenige Kandidierende zur Wahl zugelassen werden, und diejenigen, die der willkürlichen Disqualifizierung durch den Wächterrat entgehen, die Forderungen des Volkes nach politischer Reform und Pluralismus nicht vertreten?

Obwohl es unwahrscheinlich war, dass der Wächterrat ihn zulässt, kündigte der ehemalige stellvertretende Innenminister und politische Gefangene Mostafa Tadschzadeh seine Kandidatur an. Er hofft so, die Diskussion über das „republikanische“ Element des postrevolutionären politischen Systems in Iran neu zu beleben. Unterstützer*innen versuchten auch, Zahra Shojai, Beraterin für Frauenfragen unter Präsident Chatami, zu ermutigen, sich ebenfalls zur Wahl zu stellen, obwohl der Wächterrat bislang noch nie eine weibliche Kandidatin zugelassen und eine eindeutige Aussage zur Frage, ob Frauen überhaupt Präsidentin werden können, bewusst vermieden hat.

Einige Aktivist*innen finden, es sei nun „genug“. Sie argumentieren, dass die traurige Bilanz der Islamischen Republik – insbesondere nach dem Ausschluss offen reformorientierter oder moderater Kandidierender – den Boykott unfairer Wahlen rechtfertige. In kleineren Gruppen werden die Vorteile einer Protestwahl beziehungsweise die Stimmabgabe für vom Establishment weniger favorisierte Kandidaten erörtert. In der bedrängten Zivilgesellschaft Irans herrscht – wenngleich nicht so prominent – auch die Ansicht, dass die Wählenden sich weigern sollten, binär zu denken, also entweder zur Beförderung des demokratischen Wandels wählen zu gehen oder aber das System, das an der eigenen Reform gescheitert ist, stürzen zu wollen.

Der bekannte und nach 2009 ebenfalls inhaftierte Soziologe Saeed Madani, beteiligte sich an mehreren Clubhouse-Debatten, in denen er ausführte, dass man sich auf den Aufbau einer von der Zivilgesellschaft unterstützten sozialen Bewegung konzentrieren müsse, um den Übergang in eine Demokratie zu schaffen. Andere Aktivist*innen erinnern, dass Strategien nicht nur als politische Kampagnen gedacht werden dürfen, sondern als Theorien der Veränderung, die nicht nur in Wahlzeiten Geltung haben.

Wenn die letzten Wahlen ein Indiz wären, könnte es in den nächsten drei Wochen auch noch zu Überraschungen kommen. Aktuell ist die Auswahl von Kandidaten, die sich den Iraner*innen bietet, jedoch mit die geringste, die es bei Präsidentschaftswahlen in der Islamischen Republik je gab. Die Zivilgesellschaft sucht nach alternativen Wegen zur Veränderung.

MISSTRAUEN UND NEUER PRAGMATISMUS: SAUDI-ARABIEN UND DIE WAHLEN IN IRAN

Die wahre Macht liege in Iran nicht beim Präsidenten, ist Saudi-Arabien überzeugt. Riads Politik der vorsichtigen Annäherung an Teheran ist daher unabhängig vom Ausgang der Wahlen – und dürfte weiter vorangetrieben werden.

In Saudi-Arabien werden die anstehenden Präsidentschaftswahlen in Iran mit einer Mischung aus Anspannung und Gleichgültigkeit erwartet. Die Islamische Republik hat sich seit der Revolution 1979 aus unterschiedlichen Gründen zum ärgsten Rivalen Saudi-Arabiens entwickelt. Allein deswegen werden die Wahlen aufmerksam beobachtet. Die saudische Wahrnehmung wird dabei jedoch weniger von den Wahlen selbst geprägt, als vielmehr von der Überzeugung, Iran sei keine Nation, kein Staat im eigentlichen Sinne, sondern vielmehr Verfechter einer expansionistischen Ideologie, welche die saudische Monarchie bedrohe. So ist die saudische Führung überzeugt: Die eigentliche Macht liege nicht in den Händen des gewählten Präsidenten, sondern beim Revolutionsführer Ali Khamenei. Für die iranische Politik habe der Ausgang der Wahlen daher kaum Relevanz.

DAS RINGEN UM EINFLUSS: ANTIPATHIE, ANTAGONISMUS UND APATHIE

In dieser Wahrnehmung spiegelt sich das widersprüchliche iranisch-saudische Verhältnis, das von einer Kombination aus Antipathie, Antagonismus und Apathie sowie auf saudischer Seite von einer regelrechten „Iranioia“ bestimmt wird: Während die schiitische Islamische Republik nach der iranischen Revolution 1979 danach strebte, seine Vorstellungen eines expansiven politischen Islams in der Region zu verbreiten, betrachtet sich das sunnitische Saudi-Arabien als Gegenpol, der die Ausbreitung Irans verhindern muss. Saudi-Arabien, im Selbstverständnis „Hüter der beiden Heiligen Stätten“ Mekka und Medina, strebt in der muslimischen Welt selbst eine Führungsrolle an und sieht Iran als Bedrohung dieses Exklusivitätsanspruchs.

Doch die Rivalität speist sich nicht nur aus diesem ideologischen Wettstreit, sondern vielmehr auch aus geostrategischen, politischen und wirtschaftlichen Erwägungen: Beide konkurrieren um Märkte und Rohstoffe, streben nach regionalen Partnerschaften und Einfluss. Saudi-Arabien sieht mit Sorge den gewachsenen Einfluss Irans in der direkten Nachbarschaft des Königreichs: Im Irak ist es Iran gelungen, sich seit dem Sturz von Saddam Hussein 2003 als wichtigste Kraft zu etablieren. Im Libanon fungieren die von Iran hofierte Hisbollah, in Palästina die Hamas und in Syrien Präsident Bashar al-Assad als wichtige Verbündete Irans. Auch im Jemen hat Iran in den letzten Jahren an Einfluss gewonnen, was sich in militärischer und logistischer Unterstützung für die Huthis niederschlägt, die sich seit März 2015 in einem Konflikt mit Saudi-Arabien befinden. Das iranische Raketenprogramm sowie die Revolutionsgarden als eigentliche Drahtzieher der iranischen Regionalpolitik sorgen für weitere Unruhe auf saudischer Seite. So fühlt sich das Königreich mittlerweile von vermeintlich iranisch kontrollierten Feinden eingekreist – eine Bedrohungsperzeption, die in den letzten Jahren die Regionalpolitik des Königreichs dominierte.

IRANOIA ZUR MACHTSICHERUNG

Insbesondere der junge Kronprinz Muhammad bin Salman, der das Königreich seit seiner Ernennung zum Verteidigungsminister 2015 sowie zum direkten Thronfolger 2017 als De-Facto-Herrscher regiert und aus dem Schatten seines greisen Vaters König Salman herausgetreten ist, hat das traditionelle Feindbild Iran für seine Zwecke instrumentalisiert: Mit einem nationalistischen Kurs schuf er eine Wagenburgmentalität und einen saudischen Patriotismus, der auf der Modernisierung der Wirtschaft, der Marginalisierung alter Eliten und vor allem der Dämonisierung Irans beruht. 2018 verglich er den iranischen Revolutionsführer Khamenei gar mit [Hitler](#).

MbS, wie der Kronprinz oft genannt wird, gelang es auf diese Weise, sich als Schutzpatron der eigenen Bevölkerung zu positionieren und seine Macht zu festigen. Mittlerweile ist er das personifizierte Machtzentrum im Königreich – trotz der Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi, der weitgehend erfolglosen Militärintervention im Jemen oder der im Juni 2017 gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Bahrain und Ägypten [begonnenen Blockade](#) gegen Katar. Alle diese Aktionen haben zwar seinem Ruf im westlichen Ausland geschadet, seine Position im Inneren aber nicht geschwächt. Im Gegenteil: Bei großen Teilen der jungen Bevölkerung gilt er nach wie vor als Hoffnungsträger, der das verstaubte Saudi-Arabien in die Moderne führen könne.

Gleichzeitig sah sich MbS durch den damaligen Präsidenten Donald Trump in seinem anti-iranischen Kurs unterstützt: Trumps Politik des „[maximalen Drucks](#)“ gegenüber Iran schlug sich im [Austritt](#) der USA aus dem 2015 geschlossenen Atomabkommen mit Iran und in einer verschärften Sanktionspolitik gegenüber Teheran nieder. Aus saudischer Perspektive war dies ein überfälliger Schritt, hatte man die erfolgreichen Nuklearverhandlungen unter Trumps Vorgänger Barack Obama als Verrat empfunden, da dieser die saudischen Sicherheitsinteressen ignoriert habe. Nachdem Trump seine erste Auslandsreise 2017 überraschenderweise nach [Riad](#) geführt hatte, sah sich MbS ermutigt, seine Politik der Provokation voranzutreiben, was sich in der Blockade gegen Katar oder in dem erzwungenen Rücktritt des libanesischen Premierministers [Saad Hariri](#) niederschlug, dem von saudischer Seite zu große Nachsicht gegenüber der pro-iranischen Hisbollah vorgeworfen wurde. Weiterhin forcierte MbS eine vorsichtige Annäherung an Israel, um nach dem Credo „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ die Reihen gegen Iran zu schließen. Vor diesem Hintergrund kam es im [November 2020](#) zu einem Treffen zwischen MbS und dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu.

ANNÄHERUNG ALS NOTWENDIGES ÜBEL

Doch diese Phase der Provokation scheint nun beendet. Prominentestes Beispiel dafür sind die aktuell im irakischen Bagdad stattfindenden direkten Gespräche zwischen den iranischen und saudischen Sicherheitsdiensten, die im [April 2021](#) begonnen. Saudi-Arabien sieht sich mittlerweile in einer Situation, in der die Annäherung an Iran als erfolgversprechender wahrgenommen wird als die Eskalation. Dieser [Kurswechsel](#) beruht in erster Linie auf zwei Ereignissen, die in unterschiedlicher Form die Politik von MbS beeinflusst haben:

Das saudische „9/11“: Am 14. September 2019 trafen von Iran gesteuerte Drohnen und Raketen die saudischen Ölraffinerien [Abqaiq und Khurais](#). In Folge des Angriffs brach die saudische Ölproduktion um die Häl-

te ein. Die saudische Führung zeigte sich aus zwei Gründen geschockt: Zum einen hatte sie leidvoll erfahren, wie schlagkräftig die iranische Feuerkraft das Herz der saudischen Wirtschaft treffen konnte. Zum anderen unterließ es Trump, massive Vergeltungsschläge anzuordnen. In Saudi-Arabien wird dieses Ereignis auch als „[saudisches 9/11](#)“ bezeichnet, was zu einem Umdenken in der saudischen Führung führte. Offenbar hatte sie Iran unterschätzt, während ein militärischer Konflikt aus saudischer Perspektive nur in enger Zusammenarbeit mit Israel und den USA gewonnen werden könnte. An einem Krieg mit Iran hat Saudi-Arabien allerdings absolut kein Interesse. „MbS ist jemand, der mit vollem Tempo auf eine Klippe zuläuft, letztlich jedoch ohne zu springen.“ So beschrieb ein saudischer Analyst die Strategie des Kronprinzen. MbS setzte auf Provokation, nicht aber auf Eskalation um jeden Preis.

Die Wahl Bidens: Seit im Januar 2021 Trump sein Amt an Joe Biden abgeben musste, der sich bereits im Wahlkampf [kritisch](#) gegenüber der saudischen Führung geäußert hatte und mit Iran in Verhandlungen über eine Wiederaufnahme des Atomprogramms eintrat, zeigt sich Saudi-Arabien deutlich konzilianter. Die Beilegung des Konflikts mit Katar im Januar 2021 kann als Willkommensgeschenk an Biden betrachtet werden. MbS präsentiert sich nunmehr als Versöhner und Vermittler, sucht den Austausch mit regionalen Rivalen wie Iran und der [Türkei](#) und betont die Bereitschaft zu einer [diplomatischen Lösung](#) im Jemen. Ziel dieses Schmusekurses ist es, einerseits die Beziehungen zu Biden zu verbessern und andererseits eine von den USA unabhängige Außenpolitik zu etablieren. Dabei geht es dem Kronprinzen darum, sein Gesicht zu wahren und „guten Willen“ zu zeigen. Allerdings steht er auch unter enormen Druck, weswegen eine solche Annäherung nicht nur als rein kosmetische Imagekampagne, sondern als ernstzunehmender Versuch gewertet werden sollte, seine Macht zu konsolidieren: In Zeiten von Corona braucht der Kronprinz Ruhe in der Nachbarschaft, damit ausländische Investitionen ins Land fließen. Nur so kann es dem Königreich gelingen, die angestrebte Diversifizierung der Wirtschaft voranzutreiben. Krisen und Konflikte sind bei diesem Ziel kontraproduktiv. Dafür braucht MbS schließlich auch ein pragmatisches Verhältnis mit Iran und sucht daher vorsichtig einen Dialog – wenn auch zähneknirschend.

In der komplexen Geschichte zwischen Iran und Saudi-Arabien nach 1979 gab es immer wieder wellenartige Phasen des Austauschs und des Pragmatismus: So fand unter den damaligen iranischen Präsidenten Hashemi Rafsanjani und Mohammed Khatami eine [Annäherung](#) an Saudi-Arabien statt. Hieran möchten beide Länder aktuell anknüpfen. Immerhin leiden sie unter ähnlichen Problemen: Iran und Saudi-Arabien sind darauf angewiesen, ihre Wirtschaften vom Erdöl weg zu diversifizieren. Gelingt dies nicht, droht nicht nur soziale Frustration, sondern auch eine Destabilisierung der politischen Systeme. Denn aller Unterschiede zum Trotz eint beide Herrschereliten das übergeordnete Ziel, jeweils die eigene Macht zu bewahren – koste es, was es wolle.

IRANS WAHLEN UND DER „TIEFE STAAT“

In Saudi-Arabien ist die Führung überzeugt, dass die Präsidentschaftswahlen keine grundlegende Änderung der iranischen Regionalpolitik herbeiführen werden. Zwar fürchtet sie zum einen den Machtzuwachs der Hardliner, die den vorsichtigen Prozess der Annäherung torpedieren könnten. Zum anderen ist sie allerdings davon überzeugt, dass die wahre Macht der Entscheidungsfindung in Iran ohnehin ausschließlich beim Revolutionsführer und den Revolutionsgarden liege, nicht beim gewählten Präsidenten. Selbst vergangene Phasen des Dialogs resultierten nicht in einer langfristigen Beilegung des Konflikts. Dies sei vor allem an der mangelnden Bereitschaft des Revolutionsführers und der Revolutionsgarden gescheitert – so die Meinung in Riad. Der Ausgang der Wahl sei daher kein ausschlaggebendes Kriterium für einen Wandel der iranischen Politik gegenüber Saudi-Arabien.

Auch vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen finden die derzeitigen bilateralen Gespräche nicht zwischen den Außenministerien, sondern auf geheimdienstlicher Ebene statt. Allein der „tiefe Staat“ Irans sei in der Lage, die Regionalpolitik der Islamischen Republik zu beeinflussen und die Unterstützung iranischer Verbündeter im Jemen, im Irak und im Libanon zu reduzieren.

Die iranische Regierung kann einen Prozess der Annäherung zwar unterstützen. Doch aus Sicht Riads sind allein der Revolutionsführer und die Garden befähigt, finale Entscheidungen über Dialog oder Dämonisierung, über Annäherung oder Ablehnung zu treffen. An dieser Einschätzung dürfte sich auch in Zukunft nichts ändern. Daher dürfte Saudi-Arabien, unabhängig vom Ausgang der iranischen Präsidentschaftswahlen, die vorsichtige Politik einer taktischen Annäherung vorantreiben.

SPÄTES CRESCENDO MIT GROSSEM FINALE: WIE IN IRAN WAHLKAMPF GEMACHT WIRD

Äußerst kurz, sehr intensiv und durchaus entscheidend – auch für die iranische Politik sind Wahlkampfzeiten besonders

Wenige Wochen verbleiben, bis in Iran am 18. Juni die 13. Präsidentschaftswahl der 1979 gegründeten Islamischen Republik stattfindet. Doch Euphorie kommt bislang nicht auf: Irans Bevölkerung durchlebt Krisenjahre voller gesellschaftspolitischer Spannungen und beißenden wirtschaftlichen Problemen.

Wenngleich von den Iraner*innen das US-Sanktionsregime als eines der Hauptgründe für diese Krisen genannt wird, sehen sie auch ihre eigene politische Elite in der Verantwortung. Dies äußert sich in einer deutlich zu vernehmenden Politikverdrossenheit. Das studentische Umfrageinstitut ISPA führte im April Telefoninterviews zur Präsidentschaftswahl durch, denen zufolge lediglich 43% der Teilnehmer*innen angaben, zur Wahl gehen zu wollen. Selbst der Staatsrundfunk IRIB vermeldete Umfrageergebnisse, die besagen, dass 51% der Befragten den Wahlen fernbleiben wollen. Neben der Politikverdrossenheit ist hierbei zudem zu berücksichtigen, dass sich Iran noch inmitten der nunmehr vierten COVID-19-Welle befindet. Dies wird sich sowohl auf die Beteiligung am Wahltag selbst, aber auch auf den langsam, aber sicher beginnenden Wahlkampf auswirken.

Wahlen in Iran zeichnen sich unter anderem durch sehr kurze Wahlkämpfe aus, die zurückhaltend beginnen, zum Ende hin jedoch an Fahrt aufnehmen, einem Crescendo gleichend. Je näher der Tag der Stimmabgabe rückt, desto mehr Dynamik entwickelt der Wahlkampf. In der Vergangenheit war häufig zu beobachten, dass die Gesamtstimmung im Land erst in den letzten Tagen vor dem Wahltermin in die eine oder andere Richtung kippte. Dies ist einer der Gründe, warum besonders in Zeiten eines anstehenden Regierungswechsels – der amtierende Präsident darf nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten – Vorhersagen über den Ausgang der Wahl kaum möglich sind.

Zur Erinnerung: 1997 gewann entgegen jedweder Erwartung der Reformer Mohammad Chatami die Präsidentschaftswahl, 2005 hatte niemand den Prinzipientreuen Mahmud Ahmadinedschad auf dem Schirm und 2013 erreichte der spätere Präsident Hassan Rohani noch zehn Tage vor der Wahl in Umfragen gerade mal 6%.

Die kurze Phase des Wahlkampfs hat daher große Bedeutung, entgegen aller Unkenrufe. Sich ein genaueres Bild von ihr zu machen, ist lohnenswert.

IN ÖFFENTLICHEN MEDIEN (RUNDFUNK, PRINT, ONLINE)

Den roten Linien des öffentlichen Diskurses in der Islamischen Republik zum Trotz finden in den staatlichen Medien kontroverse Diskussionen zu innen- und außenpolitischen Themen statt. Bedeutsam ist hierbei die Fragmentierung der iranischen Medienlandschaft entlang politischer Lager. Mit Ausnahme vereinzelter Wirtschafts-, Kultur- und Sportpresse sind alle Nachrichtenmedien tendenziell oder in Gänze einer politischen Figur oder Gruppierung nahestehend. In Abwesenheit effektiver Parteien und Parteiprogrammen kommt diesen Medienoutlets eine beso-



ndere Bedeutung zu: das Transportieren politischer Botschaften und Konzepte in den öffentlichen Diskurs. So werden fortlaufend Themen der Tagespolitik in Narrative verpackt, die den jeweils eigenen politischen Lagern dienen sollen.

Im Staatsfernsehen wird zwar im Vorfeld von Wahlen stets mehr Wert auf inhaltliche Diversität gelegt, doch auch diese Inhalte offenbaren eher das Sendungsbewusstsein der Eliten, als dass sie die Belange der Bevölkerung widerspiegeln. Letzteres schreiben sich die aus dem Ausland agierenden Satellitenkanäle mit teilweise beachtlicher Reichweite auf die Fahne. Allerdings sind diese aufgrund fragwürdiger Finanzierungsmodelle (besonders bei „Iran International“) nicht unproblematisch, zudem sie immer wieder auch internationale journalistische Standards missachten. Dennoch beeinflussen sie zweifellos politische Debatten im Land mit.

Hinzu kommt die schier unendlich weitläufig erscheinende Sphäre der sozialen Medien. Derzeit ist die App „Clubhouse“ der neueste diskursive Raum, in dem Akteure unterschiedlicher politischer Couleur aus In- und Ausland mit Politiker*innen der Islamischen Republik debattieren, teilweise stundenlang. Die limitierte Reichweite von Clubhouse wird hierbei durch die Verbreitung der Inhalte der Clubhouse-Rooms in Telegram, Twitter und Instagram ausgeweitet. Für den anstehenden Wahlkampf werden die dortigen Diskurse vermutlich ebenso wichtig sein wie die späteren TV-Debatten der Kandidaten, da der Gesprächsverlauf auf Clubhouse viel organischer und nahbarer ist als die durchchoreografiert wirkenden Fernsehdebatten.

PROVINZREISEN

Viel unmittelbarer als der Diskurs im Digitalen ist der persönliche Austausch vor Ort. Während seiner Präsidentschaft etablierte Mahmud Ahmadinedschad Reisen in die dreißig Provinzen des Landes als effektiven Weg, sich auch in Regionen fern der Hauptstadt zu zeigen. Auch wenn nicht sicher ist, dass jede Reise mit einem Stimmenzugewinn einhergeht, ist zu beobachten, dass Ahmadinedschad viele Nachahmer fand.

So ist es bezeichnend, dass der nun scheidende Vorsitzende der Justiz, Ebrahim Raisi, in seinen zwei Jahren im Amt (seit März 2019) 28 der 30 Provinzen Irans bereist hat – für einen Justizchef höchst ungewöhnlich, jedoch mit Blick auf seine Ambitionen für das Präsidentenamt schlüssig.

Zwar ist Iran ein sehr zentralistisch regierter Staat, mit der Hauptstadt Teheran als politischem Epizentrum. Bei den Wahlen stimmt jedoch das gesamte Land mit ab. Der Blick auf die Wahlbeteiligung zeigt dabei, dass diese in Städten geringer ausfällt als in ländlichen Gegenden. ISPA sieht derzeit hier einen [Unterschied von 43% zu 59%](#). Entlegene Provinzen zu bereisen, kann also bei gut durchdachtem Programm durchaus dazu beitragen, als politische Figur integrativ zu wirken und neue Wählerschaften zu erschließen.

NAMHAFTE BEFÜRWORDER UND „KÖNIGSMACHER“

In vergangenen Wahlgängen haben sogenannte „Königsmacher“ aus der politischen Elite stets eine wichtige Rolle im Wahlkampf gespielt. So war etwa 2013 beim Wahlerfolg Hassan Rohanis eine last-minute Klimax seiner Kandidatur zu beobachten, begünstigt durch die Unterstützung des ehemaligen Präsidenten Mohammad Chatami – gerade einmal zwei Tage vor dem Wahltermin. Ebenso hatte der inzwischen verstorbene Ali Akbar Hashemi-Rafсандschani sein politisches Gewicht für Rohani eingesetzt. Solch politische Bedeutung strahlt mittlerweile jedoch niemand mehr aus, sodass es echte „Königsmacher“ derzeit nicht gibt.

Derweil dürfte die Welle, die 2017 von berühmten Persönlichkeiten aus Kultur und Sport für die Wiederwahl von Rohani ausging, mit Blick auf die aktuelle Politikverdrossenheit in der iranischen Bevölkerung ausbleiben. Namhafte Vertreter aus der Geistlichkeit wiederum mobilisieren zwar wenige Stimmen, doch ihre Unterstützung für be-



stimmt Kandidaten kann für mehr Prestige beim Establishment sorgen. Der ehemalige Parlamentspräsident und aktuelle Präsidentschaftskandidat Ali Laridschani hat in dieser Hinsicht besonders häufig den Segen namhafter Großayatollahs aus Ghom erhalten.

CRESCENDO MIT VERSAMMLUNGEN, STRASSENWAHLKAMPF UND TV-DEBATTEN

Aufgrund der Situation rund um COVID-19 sind Versammlungen der Kandidaten in Sporthallen, Stadien und öffentlichen Plätzen dieses Jahr kaum denkbar – und wenn sie stattfinden sollten, dann mit wesentlich weniger Publikum. Diese Versammlungen, teils regelrechte Spektakel, dienen regelmäßig dem Ausdruck von Stärke und Popularität der Kandidaten. In diesem Jahr ist dieser wichtige Teil des Crescendo, der typischerweise am letzten Wahlkampftag in lebhaften Straßenzügen durch die urbanen Zentren mündet, kaum vorstellbar.

Das wechselseitige Hochschaukeln zwischen Straßenwahlkampf und Fernsehdebatten mag dieses Jahr wohl nicht entstehen. Dennoch werden die TV-Duelle zwischen den Kandidaten wieder mitentscheidend sein. Es zeigte sich bei den vergangenen Wahlen, dass die Hauptkandidaten der beiden Lager in den Debatten zur Unterstützung ein bis zwei ebenfalls zugelassene Kandidaten an ihrer Seite hatten, die sich am Ende aus dem Rennen zurückzogen. 2017 übernahmen vor allem Eshagh Jahangiri und Mohammad Bagher Ghalibaf diese Rolle für Hassan Rohani und Ebrahim Raisi. Eine ähnliche Konstellation dürfte es auch dieses Jahr geben, abhängig davon, wen der Wächterrat letztlich zur Wahl zulässt.

Wie lang der eigentliche Wahlkampf am Ende ausfallen wird, hängt auch davon ab, ob der Wächterrat bereits heute, am 21. Mai, die Kandidaten bekannt gibt oder fünf weitere Tage in Anspruch nimmt und erst am 26. Mai – lediglich drei Wochen vor der Abstimmung – den Startschuss für den Wahlkampf gibt. Dass dieser Wahlkampf die Wahlbeteiligung wieder auf weiter über 60% oder 70% schießen lässt, ist schwer vorstellbar. Doch Überraschungen hat es bei den vergangenen zwölf Runden der Präsidentschaftswahl in Iran zur Genüge gegeben.

ALLEN WIDRIGKEITEN ZUM TROTZ – IRANS FRAUEN DRÄNGEN AUCH WEITERHIN AUF VERÄNDERUNGEN

Der scheidende Präsident löste sein kühnes Versprechen, mehr für die Frauenrechte zu tun, nicht ein. Die nächste Regierung wird erst recht nicht gesetzliche Reformen vorantreiben oder soziale und wirtschaftliche Chancen für Frauen schaffen. Doch die Frauen Irans werden nichtsdestotrotz für mehr Rechte und Gleichheit kämpfen.

Frauen und Frauenthemen stehen bei den iranischen Präsidentschaftswahlen selten im Vordergrund. Dennoch gelang es Frauengruppen bei früheren Wahlen, ihre wichtigsten Forderungen in den politischen Diskurs einzubringen. Nicht so in diesem Jahr. Zu konstatieren sind weitgehende Ignoranz gegenüber ihren Interessen, Themen, die in den Wahlkampfdebatten bestenfalls gestreift werden und die Unfähigkeit der Kandidierenden, zumindest minimal kohärente politische Vorschläge für die seit langem vorgebrachten Anliegen von Frauen zu formulieren. Ein Grund dafür dürfte nicht zuletzt die mangelnde Präsenz einer unabhängigen Frauenbewegung auf der politischen Bühne sein.

Ursächlich dafür sind Repression und Marginalisierung, die einhergehen mit Desillusionierung, Hoffnungslosigkeit und Apathie in einem politischen Prozess, der generell die Forderungen der Bürger*innen des Landes ausblendet. Desinteresse kennzeichnet nicht nur die Haltung vieler Frauen, sondern vieler Iraner*innen insgesamt. Es ist eine Konsequenz des brutalen Vorgehens des Staates gegen die Demonstrationen im Dezember 2017 und November 2019, des intransparenten, verantwortungsscheuenden Agierens der Regierung nach dem Absturz des ukrainischen Flugzeugs sowie der steigenden Inflation, der prekären Wirtschaftslage und der zunehmenden Korruption.

Neben der allgemeinen Unzulänglichkeit des politischen Systems spielen auch die unerfüllten Wahlversprechen Präsident Rohanis eine wichtige Rolle bei der Entscheidung vieler Aktivist*innen, sich nicht in den politischen Prozess einzuklinken und am Wahltag zu Hause zu bleiben. Versprochen hatte Rohani unter anderem den Abbau der Sicherheitsmaßnahmen des Staates gegenüber den iranischen Bürger*innen. Tatsächlich gerieten Frauen und andere Aktivist*innen der Zivilgesellschaft mehr denn je ins Visier von Rohanis Geheimdienstministerium und den Revolutionsgarden der Islamischen Republik.

Viele Aktivist*innen beklagen in den sozialen Medien, dass Rohanis Präsidentschaft – insbesondere in der zweiten Amtszeit – repressiver war als die Regierung des Hardliners Ahmadinedschad. Frauengruppen wurden attackiert, NGOs geschlossen, zahlreiche Aktivist*innen verhaftet. Die Regierung erschwerte auch den Prozess für die Gründung neuer NGOs.

Wortbrüchig wurde Rohani auch bei der Schaffung eines Ministeriums für Frauenangelegenheiten, bei der Ernennung einer weiblichen Ministerin, dem Ende der Verfolgung von „nicht korrekt gekleideten“ Frauen durch die Sittenpolizei oder der Erleichterung des Zugangs zu Sportstadien für Frauen. Dagegen intensivierte der Präsident, wenn auch auf Anordnung des Obersten Führers der Islamischen Republik, ein „Rollback“ durch Maßnahmen wie den erschwerten Zugang zu Geburtenkontrolle und Einschränkungen der reproduktiven Rechte von Frauen.

Wenig geschah in Rohanis Amtszeit zur Förderung der Frauen. Genannt werden können ein mittlerweile in Kraft getretenes Gesetz, das es Frauen erlaubt, ihre Staatsangehörigkeit an ihre Kinder weiterzugeben, Programme für Kleinkredite für Unternehmerinnen und Bemühungen, die Zahl der Frauen in mittleren Führungspositionen der Re-



gierung zu erhöhen. Dabei handelte es sich jedoch überwiegend um sehr begrenzte Aktionen, die angesichts der generell fehlenden Unterstützung des Präsidenten für eine Stärkung der Rolle der Frau und genderneutrale Ansätze in der Regierung verblissen. Dass Rohani seine Vizepräsidentin für Frauenangelegenheiten, Schahindocht Molawerdi, nicht gegen die ständigen massiven Angriffe der Hardliner auf die „Feministin“ unterstützte, zeigte den Frauen ein weiteres Mal, dass der Präsident nicht gewillt war, sich um die Beendigung der langjährigen und schwerwiegenden rechtlichen und sozialen Diskriminierung von Frauen zu kümmern und seine Wahlkampfversprechen vor allem auf Stimmengewinn abzielten.

Die Reforme*innen schwiegen dazu. Trotz ihrer Behauptung, sich für Frauenrechte einzusetzen, versäumten sie es in den letzten Jahren weitgehend, den moderaten Rohani, der mit ihrer Hilfe ins Amt gekommen war, an seine zahlreichen unerfüllten Wahlversprechen zu erinnern und ihn in die Verantwortung zu nehmen.

Enttäuscht haben sich die Frauen mittlerweile aus der aktiven Politik zurückgezogen. Im politischen Prozess sind sie nicht mehr präsent, und im Präsidentschaftswahlkampf 2021 verzichteten sie darauf, konkrete Forderungen zu stellen oder mit den reformorientierten Kräften zu kooperieren. Entsprechend kam es auch nicht zur Entwicklung einer breiteren Plattform für die Förderung von Frauenrechten im Rahmen der Wahlkampfagenda der Reforme*innen.

Dieser Verlust an Boden ausgerechnet in diesem Jahr ist gewissermaßen eine Ironie des Schicksals, denn zum ersten Mal überhaupt nominierte eine Partei der Reformströmung eine weibliche Präsidentschaftsanwärterin: Eine der 14 Kandidierenden auf dem Stimmzettel der reformistischen Konsenspartei war Zahra Shoajei, Reformerin und Beraterin von Präsident Chatami in Frauenfragen. Ihre Kandidatur galt als Versuch, den Wächterrat herauszufordern, der seit langem die Klärung der Frage, ob Frauen überhaupt als Präsidentin gewählt werden können, verweigert. Unnötig zu sagen, dass Shoajei, zusammen mit allen anderen reformistischen Kandidaten, im Prüfverfahren des Wächterrats ohne Angabe von Gründen disqualifiziert wurde. Mit anderen Worten: Die Unklarheit in der Frage einer weiblichen Präsidentschaft besteht weiter.

MINISTERIELLE UND ANDERE HOCHRANGIGE ÄMTER FÜR FRAUEN

Thematisiert wurde im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen und in anderen offiziellen Debatten auch die Ernennung von Ministerinnen. Seit langem sehen reformorientierte Politikerinnen dieses Thema, wie generell die Berufung von Frauen in hochrangige Entscheidungspositionen, als wichtige Forderung und Lösung für die Überwindung der langjährigen Diskriminierung von Frauen. Unabhängige Aktivistinnen setzten entsprechende Forderungen bereits 2016 anlässlich der Kandidatur Rohanis für eine zweite Amtszeit auf die Tagesordnung und führten eine Kampagne zur Veränderung des „männlichen Gesichts“ des Parlaments, bei der sie Frauen ermutigten, als Parlamentsabgeordnete zu kandidieren.

Viele Reforme*innen argumentieren, dass Frauen in Machtpositionen für positive Veränderungen für ihr Geschlecht eintreten und diese vorantreiben werden. Das Thema ist gleichwohl sensibel. Sich für Frauenrechte zu engagieren ist schwer, und die Frauen in höheren Positionen schafften es bisher nicht, eine signifikante Veränderung im Interesse der Frauenrechte auf den Weg zu bringen. Ihre Argumente versagten spätestens, als die von Rohani ernannte Stadtgouverneurin von Shahre-Qods Leila Vaseghi zugab, der Polizei befohlen zu haben, auf Demonstrierende zu schießen, die während der Proteste 2019 ins Rathaus eindringen.

Viel Aufmerksamkeit erhielt das Thema der weiblichen Minister während der beiden Amtszeiten von Präsident Chatami. Der Mann, der letztlich mit den Stimmen der Frauen ins Amt kam, entschied sich gegen die Ernennung einer weiblichen Ministerin, da es sich um eine „sensible“ Aufgabe handelte. Stattdessen ernannte er Masoumeh Ebtekar zur ersten weiblichen Vizepräsidentin: Zwei Amtsperioden leitete sie das Umweltministerium. Auch Rohani, der zweimal mit dem Versprechen antrat, Frauen auf Ministerposten zu berufen und ein Frauenministerium einzurichten, blieb die Erfüllung seiner Zusagen schuldig. Der einzige Präsident, der eine Ministerin ernannte, war



Mahmud Ahmadedschad. Marzieh Wahid Dastdscherdi wurde zur ersten und bis heute einzigen weiblichen Ministerin in der Geschichte der Islamischen Republik. Allerdings war sie damit – zum Entsetzen vieler Frauen – Teil einer Regierung, die weibliche Errungenschaften systematisch zurückdrängte. Als Geburtshelferin und Gynäkologin war Dastdscherdi Gesundheitsministerin in einer Zeit, in der Irans langjähriges, erfolgreiches und international anerkanntes Familienplanungsprogramm demontiert und enorme Restriktionen der reproduktiven Rechte von Frauen eingeführt wurden.

Einer der Gründe, warum die Ernennung weiblicher Ministerinnen in den Präsidentschaftsdebatten 2021 mehr Aufmerksamkeit erregte als andere Themen, ist die kontinuierliche Äußerung dieser Forderung durch reformorientierte Frauen in den letzten Jahren und in den Monaten vor der Wahl. Leider fielen damit aber fast alle anderen Frauenthemen unter den Tisch. Tatsächlich prägten die Ernennung von Ministerinnen und die Wahl einer weiblichen Präsidentin einen Großteil der Diskussionen der reformistischen Frauen auch im Vorfeld des Wahlkampfes, so auch die Debatten mit der Kandidatin Zahra Shojaei in den sozialen Medien.

REFORMER*INNEN OHNE FRAUENPOLITISCHE AGENDA

Der ständige Fokus auf die Besetzung hochrangiger Entscheidungspositionen mit Frauen, ohne dass es den sichtbaren Willen gäbe, Kandidierende und Parteien der Reformströmung zu zwingen, eine umfassende Reihe von Forderungen zur Unterstützung der Frauenrechte zu artikulieren und darauf zu bestehen, und ohne dass es gelänge, die breitere politische Debatte mit einem Diskurs zur Unterstützung grundlegender Rechte für Frauen zu durchdringen, wirkt letztlich eher als Versuch, die politische Macht zu teilen denn als Verpflichtung, Frauen zu fördern und Diskriminierung zu bekämpfen.

Vom konservativen Kandidaten Amir-Hossein Ghazizadeh Haschemi wurde die Forderung nach einer Berücksichtigung von Frauen bei der Vergabe von Ministerien lächerlich gemacht. Haschemi kritisierte die Zusagen des reformorientierten Kandidaten Mehralizadeh und des gemäßigten Kandidaten Hemmati, die versprachen, drei bzw. fünf weibliche Ministerinnen zu ernennen, falls sie gewählt würden – vorausgesetzt, dass sie dazu die Erlaubnis bekämen. Haschemi scherzte zwar, dass sein gesamtes Kabinett aus Ministerinnen bestehen würde, wenn er dafür gewählt würde, kritisierte aber im gleichen Atemzug die darauf abzielenden Argumente und betonte, es sei wichtig, die Ernennung auf der Grundlage von Verdiensten und nicht wegen des Geschlechts vorzunehmen. Auf diese Argumentation greifen sowohl die Konservativen als auch einige Reform*innen zurück, um die Forderung nach Frauen in hochrangigen Regierungspositionen ad acta zu legen. Präsident Rohani spottete in einer TV-Tirade zur Kritik an der Bilanz seiner Regierung über den Fokus der Frauen, indem er klagte: „Nur die Regierung ist schlecht, der Rest des [Systems] ist in Ordnung.“ Und er fuhr fort: „Wir hören in diesen Tagen auch bessere Dinge, wie Frauen [auf einmal] gut sind, wir müssen den Frauen und ihren Rechten Aufmerksamkeit schenken...Lassen Sie uns nicht die Intelligenz der Öffentlichkeit beleidigen...sie weiß es besser.“ Diese Reaktionen verdeutlichen vielen Frauen, dass zugesagte Mandate kein echtes Engagement der männlichen reformorientierten oder konservativen Politiker implizieren, die Forderungen der Frauen nach Gleichberechtigung zu unterstützen, sondern nichts anderes als Stimmenfang sind. Eine wirkliche Bereitschaft, die politische Macht mit Politikerinnen zu teilen gibt es nicht.

VERPASSTE CHANCEN

Ein zentrales Thema in den Präsidentschaftsdebatten war die Dringlichkeit einer Lösung für Irans Wirtschaftskrise. Bedauerlicherweise griff keiner der Kandidierenden in der Diskussion die spezifischen wirtschaftlichen Sorgen und Bedürfnisse der Frauen auf. Die Wirtschaftskrise in Iran hat die iranischen Frauen besonders hart getroffen. Vor COVID-19 lag ihre Erwerbsquote bei 17 Prozent, eine der niedrigsten weltweit. In den ersten sechs Monaten der Pandemie wurden 700.000 Jobs für Frauen gestrichen. Knapp 15 Prozent der weiblichen Erwerbstätigen verloren ihren Arbeitsplatz. Insgesamt ging die Beschäftigungsquote der Frauen in dieser Zeit zurück. In Wahlkampfdebatten



sprachen die Kandidierenden zwar über notwendige Verbesserungen für iranische Familien und die Überwindung der Existenzkrise vieler Menschen im Land, doch niemand thematisierte explizit die katastrophale ökonomische Lage der Frauen und insbesondere der Alleinerziehenden. Der moderate Kandidat Hemmati, Ökonom und vormals Chef der iranischen Notenbank, offerierte umfassende, technisch ausgefeilte Pläne, um Iran aus der Wirtschaftskrise zu führen. Mehrfach betonte er, wie wichtig es sei, breite Sektoren der Gesellschaft in diese Bemühungen einzubinden. Ideen oder Lösungen, wie die Integration der Frauen in die Arbeitswelt aussehen könnte, nannte er nicht.

Hemmati und der Reformkandidat Mehralizadeh erwähnten auch den Hijab, eines der prominentesten Anliegen der Frauen in Iran. Doch sie blieben vage. Zwar kritisierte Hemmati die Überwachung der Kleidung von Frauen und versprach, Belästigungen oder brutale polizeiliche Übergriffe wegen Verstößen gegen die Kleidungs Vorschriften zu beenden, doch zur Abschaffung der Sittenpolizei – dem mutigen Schritt des Reformers Chatami – wollte er sich nicht durchringen. Razaiee, der Kandidat der Konservativen, schlug ein Einkommen für Hausfrauen vor, blieb jedoch Details seiner Planung und konkrete Ideen zur Umsetzung dieser Initiative schuldig.

Auch andere seit langem von den Frauen vorgebrachte Themen tauchen in den Erklärungen der Kandidat*innen nicht auf. Sie kommentierten weder Gesetzesreformen, die die Diskriminierung von Frauen aufheben würden, noch die während der COVID-Pandemie wie in anderen Ländern auch in Iran festzustellende zunehmende Gewalt gegen Frauen. Die Verabschiedung und Umsetzung eines Gesetzes zum Schutz von weiblichen Opfern von Gewalt blieb unerwähnt. Ein Engagement für eine entsprechende Maßnahme, an der seit über zehn Jahren gefeilt wurde und die Präsident Rohani buchstäblich in letzter Minute im Parlament einbrachte, war nicht zu erkennen. Die Novelle liegt mittlerweile in einer von der Justiz stark verwässerten Form den parlamentarischen Ausschüssen zur Beratung vor, wurde jedoch noch nicht verabschiedet.

ALLEN WIDRIGKEITEN ZUM TROTZ AUF VERÄNDERUNG DRÄNGEN

Bereits vor den Wahlen gab es wenig Hoffnung auf eine bessere Zukunft für die Frauen in Iran. Gesetzesreformen oder bessere soziale und wirtschaftliche Chancen sind nicht zu erwarten. Frauenrechte im Land sind ein sensibles Thema, und es braucht den ernsthaften politischen Willen, um sich gegen den Widerstand einiger staatlicher Instanzen zu engagieren und wirkliche Veränderungen durchzusetzen. Dieser politische Wille scheint weder bei den Konservativen noch bei den Reform*innen gegeben zu sein, obwohl letztere lange behaupteten, sie stünden auf der Seite der Frauen.

Besonders düster sind nun die Aussichten für Frauen, da Ebrahim Raissi die Wahl gewonnen hat. Raissi repräsentiert den ultrakonservativen Teil der iranischen Gesellschaft, der glaubt, dass sich Männer und Frauen biologisch ergänzen und daher unterschiedliche Rollen und Rechte haben müssen. Durch Anreize bzw. Abschreckung soll gewährleistet werden, so meint diese Strömung, dass Frauen in erster Linie Ehefrau und Mutter sind. Wenn die Erfahrungen der Iranerinnen in den Jahren der Präsidentschaft Ahmadinedschads ein Indikator sind, dann wird es in den kommenden vier oder acht Jahren ein massives „Rollback“ für sie geben. Es sind Maßnahmen zu erwarten, mit denen versucht werden wird, ihren Zugang zu höherer Bildung und Beschäftigung zu beschränken. Eine konservative Regierung dürfte überdies eine geburtenfördernde Politik vorantreiben, mit entsprechenden Barrieren beim Zugang zu reproduktiven Gesundheitsdiensten. Durch entsprechende Anreize werden vermutlich auch frühe Eheschließungen gefördert werden. Derzeit liegt das durchschnittliche Heiratsalter der Frauen bei knapp 25 Jahren, doch die Zahl der Kinder- und Frühehen ist drastisch gestiegen. Dieser Trend dürfte sich unter einer Regierung Raissi fortsetzen. Unnötig zu erwähnen, dass die Zivilgesellschaft und vor allem Frauenorganisationen weiterhin unter Druck stehen werden.

Trotz der pessimistischen Aussichten darf die Macht der iranischen Frauen nicht unterschätzt werden. In den vergangenen 43 Jahren wehrten sie sich gegen einige der regressivsten Politiken, mit denen ihre Rechte beschnitten



werden sollten. Konfrontiert mit massiver rechtlicher und kultureller Diskriminierung bemühten sie sich, neue Grenzen zu setzen und soziale Normen neu zu definieren. In den Debatten in sozialen Medien und insbesondere in „Clubhouse“ entwickelten iranische Frauenaktivistinnen Ideen für den Wandel. Besonderes Augenmerk richteten sie dabei auf das Denken der jüngeren Generation. Ungeachtet des extrem schwierigen Weges, der vor ihnen liegt, wollen sie die kommenden vier oder acht Jahre auch als eine Phase des Übergangs begreifen, die unerwartete Chancen für die Förderung der Frauenrechte bringen könnte. Mit anderen Worten: Die Iranerinnen und insbesondere die Aktivistinnen unter ihnen stellen sich auf intensive Auseinandersetzungen ein, auf einen Kampf um den Erhalt der Errungenschaften der Vergangenheit und für mehr Rechte und Gleichberechtigung in der Zukunft.

WÄHLEN ODER NICHT WÄHLEN: ZUR BEDEUTUNG VON PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN IRAN

Die Mehrheit der iranischen Bevölkerung könnte in diesem Jahr der Wahlurne fernbleiben. Das macht die Präsidentschaftswahlen jedoch keineswegs bedeutungslos.

Wenn am 18. Juni zum 13. Mal Präsidentschaftswahlen in Iran stattfinden, stehen mehr als 59 Millionen Wahlberechtigte einmal mehr vor der Frage, ob sie wählen gehen sollen.

Abstimmungen sind in der Islamischen Republik enge Grenzen gesetzt. Freie und faire Wahlen, die sich unter anderem dadurch auszeichnen würden, dass die Regeln des politischen Wettbewerbs für alle gleichermaßen gelten oder der reguläre Ablauf durch eine unabhängige Kommission gesichert wird, existieren nicht. Einer Mehrheit der iranischen Bürger*innen bleibt das Präsidentenamt versperrt. Gemäß der Verfassung müssen Präsidenten der schiitischen Staatsreligion angehören, religiöse Minderheiten können nicht antreten. Das Amt muss zudem von einer Person aus dem Kreis bekannter religiöser und politischer Persönlichkeiten (rejal-e mashabi va siyasi) besetzt sein. Frauen wurden bislang ausgeschlossen. Dabei ist umstritten, ob der Begriff „rejal“ lediglich Männer umfasst.

Die Deutungshoheit darüber wird vom iranischen Wächterrat beansprucht. Das zwölfköpfige Gremium setzt sich aus sechs religiösen Geistlichen und sechs Juristen zusammen, die im Gegensatz zum Präsidenten oder dem Parlament nicht direkt vom Volk gewählt sind. War der Wächterrat ursprünglich nach Artikel 99 der Verfassung lediglich für die generelle Beaufsichtigung verschiedener Wahlen im Land zuständig, legte er 1992 seine [eigene Deutung von Artikel 99](#) vor. Mit dieser erklärte sich der Rat explizit auch für die Zulassung und Ablehnung von Kandidat*innen verantwortlich. Heute stellt der Wächterrat die zentrale Instanz dar, die den Zugang zu politischer Macht im Land kontrolliert.

Die von Konservativen und Hardlinern dominierte Institution schließt regelmäßig tausende potenzielle Kandidat*innen von den Wahlen aus, ohne öffentlich Rechenschaft ablegen zu müssen. Betroffen sind bislang neben sämtlichen Frauen vor allem so genannte Reformer und Pragmatisten.

BEDEUTUNG DES WAHLPROZESSES

Bedeutsam sind Präsidentschaftswahlen in der Islamischen Republik nicht als Mittel des politischen Wettbewerbs, sondern vor allem als nationales Ereignis, das unterschiedliche gesellschaftliche Dynamiken freisetzen kann. Die Wochen vor den Wahlen sind traditionell Zeiten der intensiven politischen Debatte im Land. Schon oft hat der Wahlkampf dabei kontroverse Themen in die Öffentlichkeit getragen und lange bestehende Tabus gebrochen, vor allem während der zahlreichen Live-Debatten im Fernsehen. Längst werden hierzu auch soziale Medien genutzt, darunter seit wenigen Monaten auch die Audioplattform Clubhouse. Der Reformer Mostafa Tajzadeh, der mit hoher Wahrscheinlichkeit vom Wächterrat abgelehnt werden wird, nutzte die Plattform unter anderem dazu, um größere Aufmerksamkeit für umstrittene Anliegen wie eine Verfassungsreform oder die Begrenzung der Amtszeit des Revolutionsführers zu erzielen.

In Wahlphasen rückt auch die Rolle des Wächterrats regelmäßig in den Fokus und in die Kritik. Dadurch öffnen sich politische Räume, um systemische Missstände offenzulegen und sich diesen zu widersetzen. Immer wieder treten

ranische Frauen als Kandidatinnen an und fordern damit den Wächterrat heraus. Die 2019 verstorbene Journalistin und frühere Abgeordnete Azam Taleghani registrierte sich insgesamt fünf Mal, zuletzt bei den Präsidentschaftswahlen von 2017. Neben ihr meldeten sich in jenem Jahr auch 136 weitere Frauen an, die allesamt abgewiesen wurden. Obwohl der Sprecher des Wächterrats Abbas Ali Kadkhodaei mehrfach öffentlich versicherte, dass [Frauen rechtlich nicht vom Präsidentenamt ausgeschlossen](#) seien, spiegelte sich dies in der Entscheidungspraxis des Rats bislang nicht wider. Trotz der bisherigen Rückschläge treten auch in [diesem Jahr wieder vierzig Frauen](#) an – und erhalten damit den Druck auf den Wächterrat aufrecht.

Schließlich stellen Wahlen auch Phasen der Volatilität dar, aus denen unerwartete gesellschaftspolitische Entwicklungen erwachsen können. Dies war 2009 der Fall, als im Nachgang der umstrittenen Wiederwahl Mahmud Ahmadedschads hunderttausende Bürger*innen und selbst Teile der politischen Eliten auf die Straße gingen und dem Staat Wahlfälschung vorwarfen. Viele sahen das verkündete Endergebnis als offenen Verstoß gegen das Credo, dass das System zwar die Kandidat*innen, die Bürger*innen jedoch den Sieger bestimmen.

WÄHLEN ODER NICHT WÄHLEN

Seit Gründung der Islamischen Republik hat die Mehrheit der iranischen Wahlberechtigten regelmäßig an Wahlen teilgenommen – trotz der klaren institutionellen Limitierungen und praktischen Beschränkungen des politischen Wettbewerbs. Präsidentschaftswahlen erzielten im Schnitt eine Beteiligung von über 70%. Dies deutet darauf hin, dass entgegen weit verbreiteter Annahmen im Ausland, viele Iraner*innen dem Ergebnis für ihren Alltag unmittelbare Bedeutung beigemessen haben. Unter der Wählerschaft befanden sich dabei keineswegs nur Unterstützer*innen der bestehenden politischen Ordnung, sondern auch jene, die dem System kritisch gegenüberstehen oder es gar ablehnen.

Die Gründe dafür, warum Bürger*innen sich in autokratischen Systemen an Wahlen beteiligen, sind vielfältig. Sie reichen von der Hoffnung auf schrittweisen politischen Wandel über eine schlichte Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage bis zur Verhinderung des Wahlsiegs bestimmter Kandidaten. Die Islamische Republik könnte in diesem Jahr jedoch ein Rekordtief bei der Wahlbeteiligung verzeichnen. In einer Umfrage der staatlichen Rundfunkgesellschaft IRIB vom Mai [gaben 51% der Befragten an, nicht wählen zu wollen](#). Nur 33% ließen wissen, in jedem Fall abstimmen zu werden. Bereits in einer Erhebung der iranischen Umfrageagentur ISPA vom April teilte [weniger als die Hälfte der Befragten](#) mit, ihre Stimme abgeben zu wollen.

Der Frust und die Enttäuschung im Land sind groß. Zahlreiche Reformversuche scheiterten, die Bevölkerung leidet unter Misswirtschaft und weit verbreiteter Korruption, einer hohen Arbeitslosenquote, genereller Perspektivlosigkeit für weite Teile der jüngeren Generation, anhaltender staatlicher Repression und der Einschränkung persönlicher Freiheiten. Zu oft wurden dabei Erwartungen für politischen Wandel geweckt und blieben doch unerfüllt, zuletzt unter dem als moderat geltenden Präsidenten Hassan Rohani. Die Verzweiflung vieler Iraner*innen spiegelte sich 2017/18 und 2019/20 in landesweiten Massenprotesten wider, auf die der Staat mit der gewaltsamsten Niederschlagung der letzten Jahrzehnte reagierte. Hunderte Demonstrant*innen wurden getötet, tausende weitere verhaftet. Die wirtschaftlich ohnehin angeschlagene Lage wurde durch ein drakonisches US-amerikanisches Sanktionsregime (ab 2018) und die Coronakrise (seit 2020) noch verschärft.

Wie in nahezu allen iranischen Wahlen wurden daher auch dieses Mal Rufe nach einem Wahlboykott laut. Zahlreiche prominente Kritiker*innen der politischen Zustände wie die frühere Abgeordnete Faezeh Haschemi (Tochter des ehemaligen Präsidenten Ali Akbar Haschemi Rafsandschani) oder die Menschenrechtsverteidigerin Narges Mohammadi lehnen eine Beteiligung explizit ab. Selbst für ehemalige Verfechter einer Stimmabgabe wie den Teheraner Universitätsprofessor Sadegh Zibakalam haben [Wahlen als Mittel des politischen Wandels ausgedient](#).

AUSBLICK

Dass ein Großteil der Wahlberechtigten auf ihr Stimmrecht verzichten wird, ist wahrscheinlich, aber keineswegs sicher. Schon oft haben Präsidentschaftswahlen in Iran für Überraschungen gesorgt. Viele Iraner*innen könnten ihre Entscheidung davon abhängig machen, wer überhaupt zu den Wahlen zugelassen wird. Dennoch dürfte es gerade den Reformern schwerfallen, Wähler*innen zu mobilisieren. Deren Protagonisten, etwa Tajzadeh, stehen in der Kritik, kein tragfähiges politisches Programm, keine Strategie und generell keine Antwort auf wirtschaftliche oder gesellschaftspolitische Fragen liefern zu können. Es bleibt unklar, wieso Tajzadeh oder anderen reformorientierten Kandidat*innen gelingen sollte, was keinem Amtsinhaber seit dem ersten Wahlsieg der Reformen 1997 gelungen ist. Vielen Iraner*innen gilt das System nicht länger als reformierbar.

Manche könnten aus Apathie der Wahlurne fernbleiben, andere ihre Abwesenheit als bewussten Akt des Protestes ansehen und als wirkmächtigstes Instrument, um dem Staat die erwünschte Legitimität zu versagen und damit auch international vorzuführen.

Doch ist ungewiss, ob sich dies im amtlichen Endergebnis überhaupt widerspiegeln würde. Zum einen könnte die Wahlbeteiligung auch aufgrund der Coronakrise niedriger ausfallen. Zum anderen lässt sich die tatsächliche Zahl der abgegebenen Stimmen angesichts mangelnder Kontrollmöglichkeiten nicht zuverlässig ermitteln.

Ob iranische Bürger*innen mehrheitlich der Wahlurne den Rücken kehren oder nicht: Eine Stimmabgabe kann weder als gesellschaftlicher Rückhalt für die Islamische Republik gedeutet werden noch bedeutet sie, dass die Wähler*innen ihren gesellschaftspolitischen Anliegen nicht auch abseits der Wahlurne weiter Ausdruck verleihen werden.

ALLES BEIM ALTEN:

DER ISRAELISCHE BLICK AUF DIE IRANISCHE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

*Israelische Politiker*innen jeglicher Couleur betonen, dass die politische Ausrichtung des nächsten iranischen Präsidenten die strategische Lage nicht verändern wird.*

Im August 2013, bei einer Solidaritätsveranstaltung für die Palästinenser am „Globalen Al-Quds-Tag“, erklärte der damals frisch gewählte iranische Präsident Hassan Rohani in Teheran, dass die Besetzung Palästinas und Jerusalems „eine offene Wunde im Leib der islamischen Welt“ sei. Die Reaktion des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu ließ nicht lange auf sich warten: „Rohani zeigt sein wahres Gesicht früher als erwartet... Seine Worte sollten die Welt von der Illusion heilen, der einige seit den Wahlen im Iran anhängen.“ Zwei Monate später wandte sich Netanjahu in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung direkt an den neuen Präsidenten: „Rohani klingt anders als [sein Amtsvorgänger, der Hardliner Mahmud] Ahmadinedschad. In der Frage des iranischen Atomwaffenprogramms unterscheidet sie allerdings nur, dass Ahmadinedschad ein Wolf im Wolfspelz und Rohani ein Wolf im Schafspelz ist.“

Rohanis Überraschungssieg bei den Wahlen 2013 markierte einen wichtigen Wendepunkt in der Politik Irans. Als einer der Gründer des iranischen Regimes und Inhaber zahlreicher wichtiger Posten, darunter auch sensibler im Sicherheitssektor, galt Rohani bei nationalen und internationalen Beobachter*innen als pragmatischer Konservativer. Seine öffentlich vertretenen Positionen unterschieden sich von den Statements seines Vorgängers in innen- wie in außenpolitischen Angelegenheiten. Er äußerte sogar vorsichtig Kritik am Verhalten seines Landes in den Nuklearverhandlungen mit dem Westen. Kurz nach seinem Amtsantritt änderte er auch seine Haltung gegenüber Israel und den Juden. Nach dem radikalen Auftritt am Al-Quds-Tag im Sommer 2013 mäßigte er seine Rhetorik. Im Vergleich zu seinem Amtsvorgänger jedenfalls schien er deutlich weniger besessen von der Israelfrage.

Gleichwohl wiesen israelische Regierungsvertreter*innen und insbesondere Premierminister Netanjahu die Möglichkeit eines realen Wandels in Iran nach der Wahl Rohanis vehement zurück. Ihre Skepsis begründeten sie mit der spezifischen Struktur des iranischen Establishments, mit einem System, das keine freien und fairen Wahlen zuließe, sowie mit der ungleichen Machtverteilung zwischen Staatspräsidenten und Revolutionsführer, die zur Folge habe, dass ersterer nie gänzlich mit den ideologischen Grundsätzen der Islamischen Republik brechen oder signifikante Änderungen der Politik durchsetzen könne. Weiterhin argumentierten sie, dass der iranische Präsident nur bedingt die Möglichkeit habe, in relevanten Fragen – beispielsweise bei den iranischen Nuklear- und Raketenprogrammen oder den kriegesischen Operationen in der Region – von der offiziellen Israelpolitik des Regimes abzuweichen. In Folge der Unruhen im vergangenen Jahrzehnt, die auch Rohanis achtjährige Amtszeit begleiteten, hat die Iranische Revolutionsgarde (IRGC) ihr Engagement im Nahen Osten und ihren Einfluss auf die Außenpolitik der Islamischen Republik, vor allem im näheren Ausland, signifikant ausgebaut.

Irans feindliche Haltung gegenüber Israel bleibt eines der konsistentesten und kompromisslosesten Elemente der offiziellen Politik der Islamischen Republik. Führende Vertreter, an ihrer Spitze Revolutionsführer Ali Chamenei, melden sich immer wieder mit antiisraelischen Positionen zu Wort und rufen offen zur Vernichtung Israels auf. In dieser Hinsicht sind sich die wichtigsten politischen Gruppen in Iran auch weitgehend einig. Zwar nahm Reformpräsident Mohammad Chatami eine pragmatischere und moderatere Haltung gegenüber Israel ein – er betonte in-



den 1990er Jahren mehrfach, dass Iran kein Interesse an einer Einmischung in den Friedensprozess zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten habe, und empfahl, man solle sich auf die eigenen Probleme konzentrieren. Doch auch er unterstrich die Notwendigkeit einer Rückkehr aller palästinensischen Geflüchteten nach Israel. Überdies sprach er sich für ein Referendum unter den „ursprünglich in Palästina Lebenden“ aus, die allein über das Schicksal des Landes entscheiden sollten. Jedoch schließt diese Formulierung die meisten israelisch-jüdischen Bewohner*innen des Landes aus, womit dieser Vorschlag faktisch mit der Eliminierung Israels als jüdisch-zionistischer Staat gleichzusetzen ist.

Iranische Aggressionen gegenüber Israel beschränken sich nicht auf öffentliche Erklärungen. Unter allen Präsidenten, den Hardlinern wie den Pragmatikern, ermutigte, förderte und unterstützte das Land antiisraelische terroristische und militärische Aktionen palästinensischer Organisationen und der Hisbollah, um sich sowohl selbst als auch über Stellvertreter entlang der israelischen Grenze festzusetzen.

Beim iranischen Atomprogramm nahm Rohani eine pragmatischere Haltung ein als sein Amtsvorgänger. Im Gegensatz zur konfrontativen Politik Ahmadinedschads versuchte er, die ökonomischen und politischen Kosten auf dem Weg zum nuklearen Schwellenland zu reduzieren. Zwar begannen die vertraulichen Gespräche zwischen Iran und den Vereinigten Staaten mit Erlaubnis von Revolutionsführer Chamenei bereits in der Amtszeit Präsident Ahmadinedschads, doch ermöglichte erst die Wahl Rohanis Fortschritte bei den Verhandlungen, die im Juli 2015 zur Unterzeichnung der Wiener Nuklearvereinbarung (JCPOA) führten.

Die israelische Regierung zeigte sich vom Nukleardeal wenig angetan. Premierminister Netanjahu sprach gar von einem „historischen Fehler“. Israel hatte bereits zuvor die Versuche angeführt, das iranische Atomprogramm zu verzögern. Nun wehrte es sich gegen das Nuklearabkommen und unterstützte den von US-Präsident Donald Trump eingeschlagenen Weg des „maximalen Drucks“. In jüngerer Zeit ging es Netanjahu offenbar vor allem darum, die indirekten amerikanisch-iranischen Gespräche über eine beidseitige Rückkehr zur umfassenden Erfüllung des JCPOA auszuhebeln: durch fortlaufendes israelisches Vorgehen gegen iranische Atomanlagen und die wiederholt vorgetragene Erinnerung, dass Israel nicht an einen Nukleardeal zwischen den Weltmächten und Iran gebunden sei.

Parallel zu politischen Bemühungen setzt Israel auch seine verdeckten Aktivitäten zur Verzögerung des iranischen Nuklearprogramms – sowie der Fortschritte zwischen Iran und den USA auf diplomatischer Ebene fort. Insofern könnte der Sieg eines Hardliners bei den kommenden Wahlen durchaus im israelischen Interesse sein – jedenfalls aus Netanjahus Perspektive. Die Wahl eines konservativen Präsidenten würde zwar die Rückkehr zum Nukleardeal nicht notwendigerweise verhindern, denn das entscheidet der Revolutionsführer. Doch wenn es vor den Wahlen in Iran nicht mehr zu einer Vereinbarung kommt, könnte sich der weitere Verlauf der Verhandlungen schwieriger gestalten. Das wiederum beeinträchtigt die Möglichkeit einer Rückkehr zum JCPOA. Eine solche wäre für Israel das Worst-Case-Szenario: israelische Politiker*innen sind überzeugt, dass der Deal Iran den Weg ebnet, Atomwaffen zu bekommen, sobald die Beschränkungen des Abkommens auslaufen. Überdies würde die Wahl eines Hardliners, nicht zuletzt angesichts der Ambitionen der Iranischen Revolutionsgarde, eine Annäherung auf regionaler Ebene erschweren.

Gleichwohl spürt Israel, dass die Wahl eines pragmatischen Staatspräsidenten die größere Herausforderung darstellen könnte. Denn ein Mann an der Spitze der Regierung, der die Möglichkeit (oder zumindest den Anschein) eines wohlfeileren Agierens Irans auf internationalem Parkett impliziert, könnte die internationale Meinung über das Land positiv beeinflussen. Potenziell könnte dies heißen: weniger Sanktionen, weniger Isolierung und ein positiver Schub für Handel und Wirtschaft. Zweifellos würde ein Hardliner mit kriegstreiberischer Rhetorik, der offen zur Vernichtung Israels aufruft und sich als Falke positioniert, den israelischen Bemühungen um eine Mobilisierung der internationalen Gemeinschaft gegen die Islamische Republik besser zupasskommen.



Auf mehreren Ebenen tragen Iran und Israel heute einen komplexen Konflikt aus. Die Feindschaft gegenüber Israel bleibt dabei eine wichtige Komponente der offiziellen Politik Irans, während Israel selbst, insbesondere unter dem aktuellen Premierminister, ein fundamentales Interesse an der Aufrechterhaltung der Spannungen hat. Aufgrund des spezifischen Charakters des politischen Systems Irans betrachtet Israel das Land als existenzielle Bedrohung, gleichzeitig dienen die iranisch-israelischen Spannungen aber auch den persönlichen Interessen des Premierministers Netanjahu. Dieser nutzt die anhaltende Konfrontation, um die israelische Öffentlichkeit von seinen eigenen politischen und justiziellen Problemen abzulenken und sich als den einzigen Staatsmann zu präsentieren, der der iranischen Bedrohung erfolgreich etwas entgegensetzen kann.

Vermutlich würde aber auch ein Amtsnachfolger Netanjahus keinen fundamental anderen Kurs gegenüber Iran fahren. Der Mainstream der israelischen Politik weist keine nennenswerten Unterschiede in der Iranfrage auf. In der israelischen Politik treffen Militäroperationen gegen iranische Versuche, in Syrien Fuß zu fassen, oder verdeckte Aktivitäten gegen das iranische Atomprogramm mehrheitlich auf Zustimmung, und zwar unabhängig von der politischen Couleur. Vielleicht würde ein anderer Premierminister eine etwas abweichende Rhetorik gegenüber Iran wählen, offensive Aussagen gegen das Land abschwächen und die Iranfrage möglicherweise nicht mehr als oberste Priorität betrachten. Eine grundsätzliche Änderung der israelischen Sicht auf Iran als strategische Bedrohung oder der Entschlossenheit des Landes, gegen Irans Atomprogramm, die Raketenkapazitäten und regionale Kampagnen auch in Zukunft vorzugehen, ist dennoch nicht zu erwarten.

Sollte in Iran ein pragmatischerer Staatspräsident gewählt werden, wird Israel vermutlich daran erinnern, dass die strategischen Entscheidungen des Landes von Revolutionsführer Chamenei getroffen werden und sich an der iranischen Politik nichts ändern wird. Übernimmt ein Hardliner das Präsidentenamt, dürfte Israel argumentieren, dass die gesamte iranische Führung nun unter der Kontrolle der Radikalen stehe und fordern, dass die internationale Gemeinschaft mehr denn je gegen Iran mobil macht. Unabhängig vom Wahlausgang: Solange beide Seiten ihre anhaltende Konfrontation als Nullsummenspiel begreifen – in dem Iran das Existenzrecht Israels nicht anerkennt und Israel die essenziellen Interessen Irans leugnet – wird der iranisch-israelische Konflikt andauern.

ÜBER DIE AUTOR*INNEN

Dr Cornelius Adebahr ist ein politischer Analyst und Unternehmer in Berlin. Er berät europäische politische Institutionen, internationale Think Tanks und Universitäten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft zu Fragen der europäischen Integration, Außenpolitik und des bürgerschaftlichen Engagements. Er ist Associate Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Non-Resident Fellow bei Carnegie Europe in Brüssel und Fellow an der Hertie School of Governance in Berlin. Er ist der Autor von „Europe and Iran: The Nuclear Deal and Beyond“ (Routledge 2017) und „Learning and Change in European Foreign Policy: The Case of the EU Special Representatives“ (Nomos 2009).

KEIN TWITTER

Amir Alizadeh ist Leiter International und Mitglied der Geschäftsleitung des Beratungsunternehmens Maleki Corporate Group in Frankfurt. Zuvor war er stellvertretender Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelskammer in Teheran sowie Chefredakteur des Außenwirtschaftsmagazins Iran-Contact in Berlin.

Twitter: @amalizadeh

Dr Hamidreza Azizi ist Alexander von Humboldt-Stipendiat der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Twitter: @HamidRezaAz

Dr Aniseh Bassiri Tabrizi ist Senior Research Fellow in der Abteilung International Security Studies des Royal United Services Institute (RUSI), wo sie auch das Unpacking the MENA Programm leitet. In ihrer Forschung widmet sie sich Fragen der Sicherheit und Geopolitik im Nahen Osten mit dem Schwerpunkt Iran.

Twitter: @AnisehBassiri

Esfandiyar Batmanghelidj ist Gründer und CEO der Bourse & Bazaar Foundation, ein Thinktank zu den Themen Wirtschaftsdiplomatie, wirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftsgerechtigkeit im Nahen Osten und Zentralasien. Er ist ferner Visiting Fellow beim European Council on Foreign Relations.

Dr. Cinzia Bianco ist Visiting Fellow am European Council on Foreign Relation in Berlin und arbeitet zu

den Themen Politik-, Sicherheits- und Wirtschaftsentwicklung auf der Arabischen Halbinsel und in der Golfregion sowie zu den Beziehungen der Golfstaaten mit Europa. Sie hat einen MA in Nahost- und Mittelmeerstudien des King's College London und einen Doktor in Nahostpolitik der Universität Exeter in Großbritannien.

Twitter: @Cinzia_Bianco

Dr. Salim Çevik ist Mitarbeiter am Centrum für Angewandte Türkeistudien (CATS) der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und befasst sich in seiner Forschung insbesondere mit der türkischen Innen- und Nahostpolitik.

Twitter: @salimcevik

Borzou Daragahi ist Journalist in Istanbul. Seit 2002 berichtet er über den Nahen Osten, Nordafrika und Europa. Als internationaler Korrespondent schreibt er für The Independent und ist ferner Senior Non-Resident Fellow des Atlantic Council. Von 2002 bis 2007 lebte er in Teheran.

Twitter: @borzou

Botschafter Michel Duclos ist Sonderberater für Geopolitik am Institut Moutaigne in Paris und Non-Resident Fellow am Rafik Hariri Center des Atlantic Council. Er blickt auf eine lange diplomatische Karriere zurück. Von 2000 bis 2002 war er Botschafter bei der COPS in Brüssel, von 2002 bis 2006 stellvertretender Ständiger Vertreter Frankreichs bei den Vereinten Nationen und von 2006 bis 2009 Botschafter Frankreichs in Syrien. Von 2009 bis 2012 war er diplomatischer Berater des französischen Innenministers, von 2012 bis 2014 dann Botschafter in der Schweiz.

Twitter: @MrjDuclos

Dr. Ebtesam al-Ketbi ist Direktorin des von ihr im September 2013 in Abu Dhabi, VAE, gegründeten Emirates Policy Center (EPC). In Würdigung ihrer Rolle wurde sie als Leiterin in den Beratungsausschuss des Golfkooperationsrats (GCC) berufen. Das Arabian Business zählte sie als erste Frau an der Spitze einer der wichtigsten Denkfabriken der Region auf der im Juli 2018 publizierten Liste der 50 einflussreichsten Frauen in der arabischen Welt.

Twitter @ekitbi

Dr. Ali Fathollah-Nejad ist Politikwissenschaftler und Autor des jüngst erschienenen Buchs [Iran in an Emerging New World Order: From Ahmadinejad to Rouhani](#). Zuvor war er der Iran-Experte der Brookings Institution in Doha (BDC) und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Er promovierte an der SOAS University of London.

Twitter: @AFathollahNejad

Dr. Arash Sarkohi promovierte an der FU Berlin in politischer Philosophie und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag. Er veröffentlicht auf Deutsch und Persisch zu iranischer Politik, Kultur und Zeitgeschichte. Ferner übersetzt er deutsche, englische und spanische Literatur ins Persische. Er ist überdies Autor von [Der Demokratie- und Menschenrechtsdiskurs der religiösen Reformer in Iran und die Universalität der Menschenrechte](#) (2014).

Twitter: @A_Sarkohi

Zep Kalb ist Doktorand der Soziologie an der University of California, Los Angeles. Er hat umfangreich zu Arbeiterbewegungen, Wirtschaftssanktionen und „contentious politics“ (zivilem Ungehorsam) in Iran geforscht

Twitter: @zepkalb

Dr. Bijan Khajepour ist geschäftsführender Partner bei Eurasian Nexus Partners – einer internationalen Beratungsfirma mit Sitz in Wien. Er ist weiterhin Mitglied des Beirats der Europe Middle East Research Group (EMERG). Er ist Experte für Geopolitik der Energie und die iranische Wirtschaft.

Twitter: @BijanKK

Eldar Mamedov ist politischer Berater der Sozialdemokraten im Außenpolitischen Ausschuss des Europäischen Parlaments und betreut die EP-Delegationen für interparlamentarische Beziehungen mit Iran, Irak, der Arabischen Halbinsel und den Maschrek. Zuvor arbeitete er im Außenministerium Lettlands und war im diplomatischen Corps der lettischen Botschaften in Washington D.C. und Madrid. Mamedov ist Absolvent der Universität von Lettland und der Diplomatischen Akademie in Madrid.

Twitter: @EldarMamedov4

Dieser Artikel gibt die persönliche Meinung des Autors wieder. Er reflektiert nicht die Meinungen der sozialdemokratischen Fraktion oder des Europäischen Parlaments.

Negar Mortazavi ist eine iranisch-amerikanische Journalistin und politische Analystin mit Sitz in Washington DC. Sie berichtet seit mehr als einem Jahrzehnt über iranische Angelegenheiten und die Beziehungen zwischen den USA und Iran. Mortazavi ist Kolumnistin für The Independent und Gastgeberin des Iran Podcasts. Sie analysiert die Medienberichterstattung zum Thema Iran und US-Außenpolitik und berichtete für CNN, MSNBC, NPR, BBC, France24, Al Jazeera und andere Medien aus dem Nahen Osten, Asien und Lateinamerika. Friends of Europe, New America und der National Iranian American Council zeichneten sie als „Young Leader“ aus. Forbes ehrte sie als „inspirierende Frau“.

Twitter: @NegarMortazavi

Omid Rezaee ist freier Journalist. Er lebt und arbeitet in Hamburg, wo er Digital Journalism an der Hamburg Media School studiert hat.

Twitter: @Omid6887

Laura Rozen ist Autorin des [Diplomatic](#) Newsletter und Mitherausgeberin von [Just Security](#). Zuvor war sie diplomatische Korrespondentin bei Al-Monitor, wo sie umfassend über die Verhandlungen zum Atomdeal mit Iran berichtete. Sie schrieb überdies als außenpolitische Reporterin für Politico und das Magazin Foreign Policy.

Twitter: @LROzen

Dr. Nils Schmid ist Mitglied des Bundestages und Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Twitter: @NilsSchmid

Tara Sepehri Far ist Iranexpertin bei Human Rights Watch.

Twitter: @sepehrifar

Dr. Sebastian Sons ist Wissenschaftler beim Bonner Forschungsinstitut Center for Applied Research with the Orient (CARPO) und Experte für die arabischen Golfstaaten. Er promovierte zur Arbeitsmigration von Pakistan nach Saudi-Arabien und ist Autor des politischen Sachbuchs „Auf Sand gebaut. Saudi-Arabien – Ein problematischer Verbündeter“.

Twitter: @SebastianMSons



Adnan Tabatabai ist Mitgründer und Geschäftsführer des Center for Applied Research in Partnership with the Orient (CARPO). Als Iran-Experte berät er europäische Politik und Wirtschaft zu innen- und außenpolitischen Fragen rund um Iran.

Twitter: @A_Tabatabai

Sussan Tahmasebi ist die Direktorin von FEMENA, einer Organisation, die Menschenrechtsverteidigerinnen und feministische Bewegungen in der MENA-Region unterstützt. Zwischen 1999-2010 lebte sie in Iran, wo sie sich als Teil der iranischen Frauenbewegung für die Rechte der Frauen einsetzte und an der Stärkung der iranischen Zivilgesellschaft arbeitete.

Twitter: @sussantweets

Dr. Azadeh Zamirirad ist Politikwissenschaftlerin und stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Dr. Raz Zimmt ist Iranexperte am Institute for National Security Studies (INSS) und ehemaliger „Iran-watcher“ der Israelischen Verteidigungskräfte.

Twitter: @RZimmt.



Redaktion

David Jalilyand | Orient Matters
Achim Vogt | FES

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Achim Vogt
Leiter, Regionalprojekt Frieden und
Sicherheit im Nahen und Mittleren
Osten und Nordafrika

Nakhle Building, 97, Rue Monot
Achrafieh, P.O.Box 11-6107
Beirut 1107-2210
Libanon

Grafikdesign

Titel: Benjamin Reiter | vor/reiter

Die in dieser Publikation zum Ausdruck
gebrachten Ansichten sind nicht notwendiger-
weise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES).
Eine gewerbliche Nutzung der von der FES
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.
Publikationen der FES dürfen nicht für
Wahlkampfzwecke verwendet werden.

©2022

Impressum



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG